(Conf. n. Nyl. Bd. IV, pag. 4031, 4035 und 4041, und das sub dato Cleve am 8. September ej. a. den Gerichten gleichmäßig communicirte Circulare vom 25. August 1768, wegen der Münzsorten und Aufkündigungen der bei der Bank zu belegenden Capitalien — s. l. c. pag. 4077.)

Bemerk. Die königl. Regierung zu Cleve hat am 18. Mai 1769 die, zu Berlin am 31. März ej. a. erlassene, Instruktion und Spezial-Garantie (s. n. Nyl. Bd. IV, a. pag. 5535 und 5541, und Bd. IV, n. pag. 5237 und 5245), wegen der bei der königl. Bank zinsbar anzulegenden müßigen Gelder frommer und milder Stiftungen, gleichmäßig wie oben, den Behörden und den Vorstehern der gedachten Körperschaften zur Nachachtung mitgetheilt, und unterm 26. März 1770 die zu Cleve stattgefundene Errichtung eines, von dem Haupt-Bank-Direktorium zu Berlin abhängigen, Provinzial-Bank-Comptoirs und Lombards, zur allgemeinen Kunde gebracht, auch die Behörden, in Bezug auf den Geschäftsbetrieb desselben, mit Instruktion versehen.

2000. Cleve den 20. September 1768.

Königl. Regierung.

Die Justizbehörden werden, Behufs der im Werke begriffenen Allodification der adlichen Lehen, angewiesen, alle in ihren respectiven Gerichts-Bezirken gelegene, wirklich adliche Lehen-Güter, oder Theile derselben, sie mögen vom Adel- oder Bürger-Stande gegenwärtig besessen werden, genau auszumitteln und anzuzeigen, und diejenigen, „welche jetzt auf dem Fall, nämlich 2 Augen,“ stehen, besonders zu bezeichnen.

2001. Berlin den 24. September 1768.

Friedrich, König. u.

Als Abänderung des allgemeinen Reglements vom 22. September 1739, (s. Nyl. Cont. I, pag. 285.) und der Verordnung vom 11. März. 1765 (Nro. 1862 d. S.) wird in Beziehung auf die Bau-Freiheits-Gelder für die Städte in Cleve und Mark folgendes festgesetzt.

1. Vom 1. Juni 1769 an, sollen die Baugelder nur bei Bauten und Reparaturen vergütet werden, die entweder auf wüsten oder neuen Stellen aufgeführt, oder zur Herstellung des vornehmsten Theiles eines Hauses unternommen werden; bei Flick- und Fenster-Reparaturen, oder Hausverputzungen, finden sie gar nicht Statt.
2. Den Lokal-Commissarien müssen jährlich Ende Februar's ausführliche Nachweisen der auf das folgende Jahr sich gemeldeten Baulustigen, von den Magistraten eingereicht werden.
3. Diese Nachweisen müssen von den Lokal-Commissarien, rüchftlich der Dringlichkeit der verschiedenen Bauten und der Beträge der 20 pCt. Baugelder-Bergütung, geprüft und festgestellt, und Ende März, zur Einholung der höchsten Genehmigung, bei der Kriegs- und Domainen-Kammer eingereicht werden.
4. Die Bergütung der 20 pCt. Baugelder geschieht nur bis zu einer Summe von 200 Rthlr.; wenn der Bau einen Kosten Aufwand von mehr, als 1000 Rthlr. erfordert, so kann nur auf besondere königl. Genehmigung eine erhöhere Bergütungs-Summe gezahlt werden.
5. Deyffentliche, geistliche oder auch weltliche Gebäude, welche nicht zur Accise beitragen, sind von den Baugeld-Bergütungen ausgeschlossen.
6. Die Lokal-Commissarien haben darauf zu wachen, daß die jährlich festgesetzten Baufreiheits-Gelder nicht überschritten werden, jedoch daß auch der Zweck: „die Städte von Zeit zu Zeit zu retabliren, in Aufnahme zu bringen und zu erweitern“ so viel wie möglich erreicht werde.

Ueber die den Lokal-Commissarien und Magistraten obliegenden Pflichten wegen Beaufsichtigung der Bauausführungen und Zahlung der Baugelder, so wie über die desfalls zu entrichtenden Gebühren, werden, außer Obigen, ausführliche Vorschriften ertheilt. (Conf. n. Nyl. Bd. IV, pag. 4095.)

2002. Cleve den 17. November 1768.

Königl. Regierung.

Die Bestimmung des Art. 1. Nro. 2. der am 30. Januar 1751 promulgirten erneuerten Wechsel-Ordnung (Nro. 1603

d. S.) wird dahin deklarirt, daß die, zur Förmlichkeit und Gültigkeit eines Wechsels, erforderliche Bestimmung seiner Verfallzeit, nicht unumgänglich durch Ausdruck des Tages, Monats und Jahres geschehen muß, sondern daß die Verfallzeit auch durch Bezugnahme des Eintrittes gewisser Handlungen und Begebenheiten bestimmt werden kann. Letztere müssen aber entweder von dem Schuldner zugestanden, oder von dem Gläubiger sofort bewiesen werden können, indem in dessen Ermangelung die Wechselklage und das Wechselverfahren unstatthaft ist. (Conf. n. Nyl. Bd. IV, pag. 5031.)

2003. Cleve den 28. November 1768.

Königl. Regierung.

Da die von der Geistlichkeit eingeforderten Vorschläge über die, Behufs des Seidenbaues auf den Kirchhöfen, so wie auf den Grundstücken der Stifter, Kirchen, Klöster u. a. *piorum corporum*, zu deren eigenen Vortheil zu bewirkenden Pflanzungen von Maulbeer-Bäumen, nicht genügend besungen worden, so werden die Beamten angewiesen, mit Zustimmung der Geistlichkeit und derjenigen Ortsbehörden, welche das Eigenthum frommer Stiftungen verwalten, die zur Zucht der Maulbeerbäume geeigneten Lokalitäten zu ermitteln, und die Pflanzungen derselben, mit allem Eifer zu betreiben. (Confer. die Verordnung Nro. 2151 d. S.)

2004. Cleve den 28. November 1768.

Königl. Regierung.

Zufolge der mit den holländischen Staaten eingegangenen, und durch die Observanz bisher fortgesetzten Verträge, wegen wechselseitiger gänzlicher Abschloß-Freiheit, sollen künftig alle Erbschafts- und Vermögens-Exportationen nach Holland, ohne allen Abzug, stattfinden; „indem die Magistrate „und andere Jurisdictiones, wann sie auch sonst zu dem „Abschoß-Recht berechtigt sind, sich nach denen Conventio- „nen und Pactis, welche Wir mit auswärtigen Mächten „über die reciproque Abschloß-Freiheit einzugehen, Unsern „Staaten zuträglich finden, wann nicht in Ansehung ihrer

„Gerechtfame eine ausdrückliche Ausnahme gemachet worden,
„gleichfalls achten müssen.“

Bei Collateral = Erbschaften, welche exportirt werden,
findet jedoch das Stempeledikt vom 13. Mai 1766 seine
Anwendung.

2005. Cleve den 5. Dezember 1768.

Königl. Regierung.

Die evangel. Prediger werden angewiesen, die in den
Städten vorhandenen Schulen unverzüglich zu untersuchen,
und über den Unterricht, welcher in jeder derselben ertheilt
wird, über dessen Ausdehnung, über die Disciplin in jeder
Schule, über den Fleiß der Lehrer, über vorhandene Mängel,
und wie denselben abzuhelpen ist, so wie über die Schü-
lerzahl zu berichten.

2006. Cleve den 17. Dezember 1768.

Königl. Clev. Märk. Provinz. Medizinal-
Collegium.

Als Maßregel gegen die fortdauernden medizinischen
Pfschereien unbefugter Personen, wird die stattgefundene
Anordnung zweier Medizinal = Fiskale, einer zu Cleve und
der andere zu Herbede, bekannt gemacht, und sollen densel-
ben alle fernere Uebertretungen der Medizinalgesetze, zur
Untersuchung und Verfolgung, von den Behörden angezeigt
werden.

Bemerk. Das Clev. Provinz. Medizinal = Collegium,
hat, sub dato Cleve den 18. Juni 1770, die im Her-
zogthum Cleve befindlichen approbirten Medizinal = Per-
sonen aufgefordert, auf medizinische Pfscher genauer
wie bisher zu vigiliren, und dieselben zur Bestrafung
anzuzeigen. Die ferneren oft wiederholten gleichartigen
Verfügungen der späterhin abgesondert bestandenen Pro-
vinzial = Medizinal = Collegien zu Cleve und Hamm
sind in diese Sammlung nicht aufgenommen.

2007. Cleve den 29. Dezember 1768.

Königl. Regierung.

Behufs des schleunigeren Betriebes der den Untergerichten aufgetragenen Prozeß-Führungen, zur Ausmittlung und Confiskation des Vermögens der Desertire und ausgetretenen Enrollirten, müssen dieselben, jetzt binnen 4 Wochen, und künftig am Schlusse jedes Jahres, besondre Tabellen solcher beendigten und noch schwebenden Prozesse, mit Nachweisung des Standes der Lectern, einreichen.

2008. Berlin den 7. Januar 1769.

Friedrich, König ic.

Nachdem Seiner Königl. Majestät in Preussen, Unserm allergnädigsten Herrn, allerunterthänigst vorgetragen worden, daß zur Einrichtung einer guten Policey auf dem Lande und zur Abstellung mancher eingeschlichenen Mißbräuche, auch eine Gesinde-Ordnung für das platte Land, des Herzogthums Cleve und der Grafschaft Marck nöthig sey, wie dergleichen sub dato Berlin den 17. August 1753. in Ansehung der Städte publiciret worden; (N. 1686 d. S.)

So haben höchstgedachte Seine Königl. Majestät nachstehende, für das platte Land des Herzogthums Cleve und der Grafschaft Marck entworffene Gesinde-Ordnung genehmiget, und publiciren zu lassen, in Gnaden gut gefunden, und befehlen allergnädigst, daß darüber mit allem Nachdruck gehalten, und von allen Einwohnern bey Vermeidung der darauf gesetzten Strafe, derselben nachgelebet werden solle.

I. A b s c h n i t t.

Von denen Personen, so zu dem Gesinde gehören.

§. 1. Unter der Benennung des Gesindes werden alle diejenigen Personen begriffen, welche, es sey bey vornehmen Herrschaften, oder bey allen und jeden, mittlern und geringern Standes, Jahr aus, Jahr ein, in einem beständigen Lohn und Brod stehen, und zum standesmäßigen Wohlstande, Bequemlichkeit, und andern in der Wirthschaft vorkommenden Arbeiten gebraucht und gehalten werden müssen:

Folglich gehören dazu alle, bey den Particulier-Herrschaften, in würclichen Lohn und Brodt stehende Haus-Hofmeister, Cammer-Diener, Bereuter, Tafeldecker, Köche, Käuffer, Heyducken, Laquayen, Jäger, Dienst-Gärtner, Thürsteher; sodann Kutscher, Vorreuther, Reit-Knechte, Brau-Knechte oder Schlütter, Baumeister, Hoffes-Knechte, Dienst-Schäfer, Hirthen, Pferde- und Schweine-Jungen.

Vom weiblichen Geschlechte gehören dazu, die Cammer-Mägden, Haushälterinnen, oder Ausgeberinnen, Köchinnen, Ammen, Haus-Mägde, grosse und kleine Vieh-Mägde.

II. A b s c h n i t t.

Von Annehmung und Vermiethung des Gesindes.

§. 2. Soll niemand, wes Standes er sey, einige der vorher beschriebenen Leuthe, wenn solche vorher gedienet haben, ohne schriftliches Zeugniß ihrer vorigen Herrschaft, oder, im Fall sie jetzt zum erstenmahl in Dienste gingen, ohne dergleichen Zeugniß, von den Eltern und Predigern des Orthes, in Diensten nehmen.

§. 3. Dieses Zeugniß muß enthalten:

- a) Den Nahmen des neuen Bedienten.
- b) Dessen Geburths-Orth.
- c) Dessen Alter.
- d) Dessen Grösse und Statur, nebst der Farbe der Haare, und andern Kennzeichen.
- e) Ob er verheyrathet oder nicht?
- f) Ob und wie lange er gedienet?
- g) Wie vorhin im Dienst oder sonst seine Ausführung gewesen?

§. 4. Diejenige Herrschaft, welche erweislich, ohne dergleichen Zeugniß einen Bedienten auf- und annimmt, soll in Fünf Reichsthaler Strafe verfallen seyn, so bald vom Antritt des Dienstes, vierzehn Tage verfloßen sind.

§. 5. Es darf aber auch keine einländische Herrschaft dem Gesinde, wenn solches ab- und in andere Dienste gehet, bey Zehen Reichsthaler Strafe ein Zeugniß versagen, welches nach der Wahrheit, ohne Leidenschaften und ohne alle Rachgier, oder unzeitiges Mitleiden zu gebrauchen, nach folgenden Formular einzurichten und zu unterschreiben ist:

Nachdem N. N. aus gebürtig, seines Alters
 Jahr, von Statur Haaren, ver-

heyrathet bey mir 3 Jahr 3 Monath, als 3 3 ge-
dientet, und in solcher Zeit sich dergestalt aufgeführt,
daß 3 3 3 3 3 und aus der Ursache von mir di-
mittiret worden, weil 3 3 3 3

Als habe ihm darüber diesen Schein der publicir-
ten Königl. Gesinde-Ordnung zufolge, und der War-
heit gemäß, unter meiner eigenhändigen Unterschrift
und Petschaft ertheilen sollen.

§. 6. Daferne nun ein dergleichen Zeugniß für den
Dienst-Bothen schlecht lauten sollte, so muß solches dennoch
bey Antritt des neuen Dienstes, vorgewiesen werden, und
stehet sodann den Dienst-Bothen sowohl frey, daß er bey
dem neuen Herrn seine Entschuldigung darüber vorbringe,
oder Besserung verspreche; als dem Brodt-Herrn nachgelas-
sen bleibt, wie weit er darauf zu reflectiren nöthig achtet.

§. 7. Die Vermiethung der Bedienten, Knechte und
Mägde kann auf 1. 2. 3. oder mehrere Jahre geschehen;
auch stehet eine ordnungsmäßige Aufkündigung des Dienstes
beyden Theilen frey.

§. 8. Kein Gesinde darf sich bey zweyen Herrschaften
zugleich vermietthen, oder unter der erhaltenen Zusage besse-
ren Lohns, der ersteren aufzusagen, sich unterstehen, son-
dern muß, wenn es den Mieth-Pfennig einmahl ange-
nommen, die Zeit, auf welche es sich vermietthet, ohne
allen Einwand ausdienen. Im Fall aber, daß ein Dienst-
Bothe doppelt Mieths-Geld angenommen hätte, soll er das
erstere mit dem letzteren verlustig seyn, oder mit dreytägiger
Gefängniß-Strafe belegen werden.

§. 9. Sollte die Herrschaft dem, bey ihr dienenden
Gesinde, vor Endigung des Dienstes, das, von der neuen
Herrschaft, von dem sich bey ihr, zur Vermiethung ange-
henden Dienst-Bothen, geforderte Zeugniß nicht ertheilen
wollen; So soll die neue Herrschaft bey der vorigen ver-
nehmen lassen, ob der Dienst-Bothe um die bestimmte Zeit
werde erlassen werden, und ohne dieses, selbigen nicht mie-
then. So sollen auch

§. 10. Herrschaften ihr Gesinde einander nicht durch
Versprechungen oder Beredungen abwendig zu machen, und
selbiges an sich zu ziehen suchen; als welches auf geschene
Anzeige, und nach Befinden, ernstlich geahndet werden soll.

§. 11. Da in Ansehung des Mieths-Geldes verschiedentlich excediret worden, und die hierunter bezeigte Gutwilligkeit dieser oder jener Herrschaft, dem Publico zum Nachtheile gereichet; So soll hiernächst das Mieths-Geld, bey Specificirung des Lohns, mit bestimmet werden. Wie aber

§. 12. Der Mieths-Pfenning ohne dem kein Theil vom Lohne, sondern nur ein Zeichen des errichteten Dienst-Contracts ist; so dürfen auch diejenigen, so sich vermietthen, darunter ihrer neuen Herrschaft nicht vorschreiben, sondern müssen sich mit dem bedungenen Lohn begnügen.

§. 13. Die Mieths-Zeit, oder die Zeit, da der Dienst angehet, wird im Clevischen von Ostern und Victoris-Tag, im Märktischen aber von Ostern und Michaelis verstanden, so, daß wenn gleich ein Dienst-Bothe einige Wochen zuvor in den Dienst tritt, solcher dennoch, wenn es die Herrschaft gut findet, das gewöhnliche Dienst-Jahr bis Ostern und Victoris oder Michaelis aushalten muß.

§. 14. Damit auch die östern Veränderungen unter denen nur etwas neues oder einen müßigen Dienst suchenden Dienst-Bothen in etwas gehemmet werden; So ist keinem erlaubt, wenn nicht besondere Umstände und einzelne Fälle ein anderes erfordern, sich auf kürzere Zeit, als auf ein Jahr, zu vermietthen. Eben so wenig dürfen Dienst-Bothen einen neuen Mieths-Pfenning verlangen, wenn sie über das Jahr bey ihrer Herrschaft fort dienen, denjenigen aber, so durch ihre Schuld auch nicht einmahl ihr Dienst-Jahr aushalten, sondern die, im ersten halben Jahre, oder nach dessen Ablauf demittiret werden müssen, soll das empfangene Mieths-Geld auf ihren Lohn abgerechnet werden.

III. A b s c h n i t t.

Von den Pflichten des Gesindes gegen die Herrschaft, und wie sich dieses gegen jene zu verhalten habe.

§. 15. Jedes Gesinde muß sich in seinem Dienste und den ihm aufliegenden Berrichtungen, treu, fleißig, ohnverdrossen, gegen die Herrschaft aber, ehrerbietig und gehorsam, ohne derselben zu widersprechen, zu trogen, vorzuschreiben, oder ohngewöhnliche Dinge zu verlangen, beweisen, und zu allerley vorkommender Haus- Feld- Wiesen- und Garten-Arbeit, kurz, zu allen öconomischen Berrichtungen, auch da, wo solches zu herrschaftlichen oder Land-

Diensten nöthig ist, sich ohne Murren und Einreden gebrauchen lassen.

§. 16. Da auch die Pflicht eines jeden Gesindes ist, der Herrschaft Nutzen befördern zu helfen, Schaden aber nach äußerster Möglichkeit abzuwenden, folglich die ihm untergebene Sachen wohl in acht zu nehmen, rathsamlich zu gebrauchen, nichts verderben, oder von Händen kommen zu lassen, nichts wegzugeben, sich keines Gebrauches, der ihm nicht angewiesenen Sachen, anzumassen; So müssen sich alle Dienst-Bothen hiernach verhalten; Insonderheit ist dieses auch von Bearbeitung der Aecker und Fütterung des Viehes zu verstehen, und soll

- a) kein Knecht den Acker anders pflügen, oder mit Korn besäen, als der Haus-Herr es haben will; auch
- b) den Pferden kein anderes und mehreres Futter geben, als seine Herrschaft bestimmt; eben so wie
- c) keine Magd, oder kein Hirthe das Horn- oder ander Vieh anders, als nach der Vorschrift der Herrschaft, oder wie es derselben beliebt, füttern darf.

wie denn, wenn sich Knecht, Magd oder Hirthe, dem zuwider, unterstünde, aus unzeitiger übertriebenen Zuneigung, für das Vieh, zu stehlen, solches als eine der Herrschaft, die dadurch in ihrem Ueberschlage zu kurz kommt, geschehene Entwendung angesehen und bestrafet werden soll.

Uebrigens hat sich das Gesinde im Dienste nüchtern, verschwiegen, dienstfertig, ohne Zaud und Unruhe, ehrbar, fromm und christlich zu verhalten.

§. 17. Besonders muß sich kein Gesinde unterstehen, bey dem Einkauf oder Verkauf, oder sonst, wo es Geld zu bezahlen hat, etwas unterzuschlagen, oder zu viel anzurechnen, noch auch mit Krämern, Höckern, Wirths- oder Handwercks- und Arbeits-Leuten, Durchstecherey zu treiben, als in welchen Fällen, beyde, die Verföhler, so wie das Gesinde, nach Befinden des Verbrechens, mit Hals-Eisen, Gefängniß oder ähnllicher Strafe, als Diebes-Bold angesehen, auch die Dienstbothen für jeden Deut, den sie solcher gestalt erweislich der Herrschaft entwendet haben, von ihrem Lohn einen Stüber, zu Verpflegung der Armen des Kirchspiels, missen sollen.

§. 18. Kein Dienst-Bothe soll auf der Herrschaft Rahmen, Waaren oder dergleichen, borgen, oder, wenn es

geschiehet, höchstens am folgenden Tage, der Herrschaft Einwilligung beybringen, wann nicht das geborgte sodann bezahlet wird, und haben die Verkäufer ihres Ortes sich mit ihren Kunden zu präcautioniren, und zu mehrerer Ordnung und beyderseitigen Sicherheit gehörige Abrede zu nehmen.

§. 19. Wer dem Gesinde für sich borget, thut solches auf seine Gefahr, am wenigsten sind ihm dergleichen Sachen zu verabfolgen, deren es insgemein nicht bedarf, und müssen auch in denen Wirthshäusern keine Zechen creditiret, und dadurch Gelegenheit gegeben werden, verzehrtes Geld wiederum durch Untreue zu gewinnen, oder das, zu andern Sachen benöthigte Lohn, solchergestalt ohne Nutzen zu verwenden.

§. 20. Wenn das Gesinde verschickt wird, muß es geschwinde in seinen Bestellungen seyn, und sich nicht mit Geschwätzen, oder in Sauf- oder Spiel-Häusern aufhalten. So auch,

§. 21. Wenn ihm Urlaub von der Herrschaft gegeben worden, für sich auszugehen, ohne welchen solches niemahls geschehen darf, muß es nicht nur aller verdächtigen Dertzer und böser liederlichen Gesellschaft sich enthalten, sondern auch zu rechter Zeit wiederkommen, daß nichts dadurch versäumet, oder die gewöhnliche Ordnung dadurch unterbrochen werde; folglich darf das Gesinde nicht bis in die späte Nacht aus dem Hause bleiben.

Dasjenige Gesinde aber, welches gegen der Herrschaft Wissen, bey Schlafens-Zeit aus dem Hause gehet, und die Nacht über, oder einen guten Theil derselben, ausbleibt, hat dadurch seinen Dienst vergangen, und stehet es bey der Herrschaft, solches zu behalten, oder ihm seinen Abschied zu geben.

§. 22. Von guten und ordentlichen Herrschaften, wird vermuthet, daß sie ihrem Gesinde den gehörigen und nothdürftigen Unterhalt an Essen und Trinken, Lohn, und die etwa versprochene Kleidung geben; wie dann vorsichtig und für beyde Theile gut ist, einen Lohn-Zettul zu halten, darinnen das gegebene und empfangene Lohn aufgezeichnet werde.

Daneben stehet einer jeden Herrschaft frey, zu ihrer Sicherheit, wenn das Gesinde etwas veruntrauen, oder von dem, so es im Hause unter Händen hat, aus Nachlässigkeit,

Unvorsichtigkeit, oder gar aus Bosheit verderben, zerbreyen, oder gar abhänden bringen sollte, stets ein vierteljähriges Lohn zurück zu behalten, um allenfalls daran sich erhöhen zu können.

§. 23. Wenn das Gesinde ehrlich und treu seinen Dienst thut, so muß auch die Herrschaft demselben nicht ohne Ursach hart fallen, weder um Kleinigkeiten willen, mit empfindlichen Schimpfen und Schlägen, und dergleichen, daselbe übel tractiren, noch den Betrag eines jeden geringen zufälligen und ohne grosse Sorglosigkeit arrivirten Schadens, demselben gleich am Lohn abziehen.

§. 24. Sollte die Herrschaft bey einer oder der andern Magd, Anzeigen einer Schwangerschaft vermercken, so ist sie schuldig, solches sofort der Gerichts-Obrigkeit anzuzeigen, und sich nach denen desfalls publicirten Edicten zu achten.

§. 25. Der Herrschaft bleibt die, über ihr Gesinde zu stehenden gesetzmäßigen Zucht unbenommen; Wenn solches aber wegen verübter Bosheit, Untreue, wiederholter Böllerey verübten grossen Schadens, Zanck, Schlägerey, und dergleichen, eine geschärfte Strafe verdienet; So muß solches der Obrigkeit angezeigt werden.

IV. A b s c h n i t t.

Vom Gesinde-Lohn, Kost und Kleidung, auch dem Mieths-Geld.

§. 26. So viel das Lohn des Dienst-Bothen betrifft, sollen die Herrschaften selbige, weder mit dessen ungebührlichen Erhöhung verderben und übermüthig machen, noch darunter gegen die Gewohnheit, und dasjenige, was hier nachfolgend festgesetzt ist, etwa kürzen.

§. 27. Es verstehet sich zuvörderst, daß vornehme Herrschaften auf dem Lande, in Ansehung derjenigen Personen, so in ihrem Dienst sind, aber nicht in ordentliche Livrées stehen, als Cammer-Diener, Haus-Hof-Meister, Köche, Läufer ic. und vom weiblichen Geschlecht, Cammer-Mädgen und Haushälterinnen, überlassen bleibt, ihrem Gesinde nach Gutfinden, und wie der Accord getroffen werden kann, den Lohn zu bestimmen, zumahl die verschiedenen Umstände hierbey vieles verändern.

§. 28. Der Lohn des übrigen Gesindes soll seyn:

A. Im Clevischen.

1. Für einen Kutscher 12. bis 14. Rthlr.
2. Für einen Reit-Knecht bey 2. Pferden, 10 bis 12. Rthlr.
3. Für einen Kutscher und Reit-Knecht bey 4. oder 6. Pferden, 14. bis 16. Rthlr.
4. Für einen Laquayen 12. bis 14. Rthlr.; und wenn er zu vielen Neben-Arbeiten gebraucht wird, und dazu tüchtig ist, 14. bis 16. Rthlr.
5. Für einen Jungen, von 12. bis 16. Jahren, 6. 8. bis 10. Rthlr., das Mieths-Geld für obige 40. Stüber bis 1 Rthlr.
6. Für einen Baumeister oder Groß-Knecht, welcher die Cultur der Aecker völlig verstehet, auch über 25. Jahr alt seyn muß;
 In der Niedrigung.
 An Lohn, 16. bis 18. Rthlr.
 Statt der gebräuchlichen Zulage an Hemden, Schuhen, Strümpfen, 4. Rthlr.
 Auf der Höhe.
 inclusive der Zulage, 14. bis 16. Rthlr.
 An Mieths-Geld 40 Stüber.
7. Für einen zweyten Knecht, von 22 Jahren.
 In der Niedrigung.
 An Lohn und Zulage, 16. bis 17. Rthlr.
 Auf der Höhe.
 An Lohn 10. bis 12. Rthlr.
 An Mieths-Geld 40. Stüber.
8. Für einen Pferde-Jungen, von 17. bis 18. Jahren, in allem 5. Rthlr.
 Mieths-Geld 30. Stüber.
9. Für einen Jungen von 12. bis 16. Jahren, in allem 3. bis 4. Rthlr.
 Mieths-Geld, 20. Stüber.
10. Für einen Schäfer oder Privat-Hirten, an Lohn 4. Rthlr. und die Zulage nach Proportion, wie die Heerde groß oder klein ist.
 An Mieths-Geld, 20. bis 30. Stüber.
11. Für eine große Magd.

In der Niedrigung.

An Lohn, 6. bis 8. Rthlr.

Statt der Zulage an Linnen, Schürzen, Strümpfen ic. 4. Rthlr.

Auf der Höhe.

Lohn und Zulage, 7. bis 8. Rthlr.

An Mieths-Geld 30. Stüber.

12. Für eine kleine Magd.

In der Niedrigung.

Lohn, inclusive der Zulage 6. bis 8. Rthlr.

Auf der Höhe.

4. bis 6. Rthlr.

An Mieths-Geld, 20. Stüber.

B. In der Grafschaft Marck.

1. Für einen Kutscher, Reit-Knecht, Laquayen, so wie im Clevischen.
2. Für einen Baumeister, der die Aecker völlig versteht, und die Wirthschaft führen kan, auch über 25. Jahr alt ist.
An Lohn, 20. bis 24. Rthlr.
An Mieths-Geld, 1. Rthlr.
3. Für einen Mittel-Knecht, welcher ebenfalls alle schwere Arbeit zu verrichten, im Stande ist.
An Lohn, 12. bis 16. Rthlr.
An Mieths-Geld, 40. Stüber.
4. Für einen Pferde-Jungen, von 17. bis 18. Jahren, 6. bis 7. Rthlr.
An Mieths-Geld, 30. Stüber.
5. Für einen Pferde-Jungen, von 12. bis 15. Jahren, 4. bis 5. Rthlr.
An Mieths-Geld, 20. Stüber.
6. Für eine große Magd, welche zu aller Arbeit im Felde, und in der Scheure, auch der Wartung des Viehes geschickt ist.
An Lohn, 6. bis 7. Rthlr.
An Mieths-Geld, 40. Stüber.
7. Für eine ordinaire Haus-Magd.
An Lohn 4. Rthlr. bis 4½ Rthlr.
An Mieths-Geld, 30. Stüber.

8. Für eine Kinder = Magd.
An Lohn, 3. Thlr. 30. Stüber.
An Mieths = Geld, 20. Stüber.
9. Für einen tüchtigen Privat - Hirthen, der 25. bis 30.
Jahr alt ist.
An Lohn, 8. bis 10. Rthlr.
An Mieths = Geld, 40 Stüber.
10. Für einen Jungen, der Vieh und Schweine hütet.
An Lohn, 2. Thlr. 30. Stüber.
Mieths = Geld, 20. Stüber.
11. Die Schäfer, so an der Heerde Theil haben, erhalten weiter kein Lohn.

Sonst werden gegeben :

- a. Einer Köchin, die gut kochen und braten kann, 8. bis 9. Rthlr.
- b. Einer Magd, die feine Nch = Arbeit macht, 8 Thlr.
- c. Einer Amme, wenn sie keine geheyrathete Person ist, und kein lebendig Kind zu versorgen hat, 8. bis 12. Rthlr.
- d. Einer Amme, so lange sie ein lebendig Kind hat, 15. bis 18. Rthlr.
An Mieths = Geld für diese 40. Stüber.

Uebrigens bleibet denen Herrschaften unbenommen, mit einen Baumeister, Knecht oder Magd u. s. w. statt des baaren Geldes, auf Geldes = Werth, als z. E. auf eine gewisse Quantität Einsaat, Flachs, Leinwand ic. zu contrahiren, wenn nur der Werth nicht mehr beträgt, als vorhin an baaren Gelde festgesetzt worden.

§. 29. Obgleich denen Herrschaften überlassen bleibet, ob selbige die Kost, oder Kost = Geld geben wollen; so müssen sie doch im letzteren Falle das Kost = Geld gleich bey Annehmung der Dienst = Boten bestimmen, und so wie das Gesinde, wenn es sich anfänglich auf des Herrn Kost vermiethet, hernach während des Dienstes nicht fordern kan, daß es auf Kost = Geld gesetzt werden möge; So darf auch die Herrschaft, wenn sie Anfangs Kost = Geld versprochen, nachher dem Gesinde nicht zumuthen, die Kost in natura zu nehmen, sondern es muß bey der einmahl getroffenen Abrede bleiben.

§. 30. Wasch = Geld können Bedienten nicht besonders fodern, sondern sie müssen solches von ihrem Lohn nehmen,

wann sie ihre Wäsche mit der herrschaftlichen Wäsche nicht wollen reinigen lassen.

§. 31. Weil auch manches Gesinde sich grosser Weynachts- oder Neu-Jahrs-Geschencke gegen anderes Gesinde rühmet, und selbigen damit in den Kopf setzet, von seiner Herrschaft ein gleiches zu praetendiren; So wird hiermit generaliter verordnet, daß die Weynachts- oder Neu-Jahrs-Geschencke, kein Recht, noch der Herrschaft obliegende Schuldigkeit sey, noch auch bey Miethung der Domestiquen für eine nothwendige Bedingung gehalten, sondern lediglich dem Gutfinden und Discretion der Herrschaft überlassen werden solle, einen oder anderen sich in Dienst wohl verhaltenden Domestiquen, zur Weynachts- oder Neu-Jahrs-Zeit, zu fernerer Anfrischung, etwas an Gelde oder Geldes-Werth auszuwerfen, auch darunter eigenem Gutdüncken nach, unter denen Domestiquen selbst, einen Unterscheid zu machen, und einem derselben viel, den andern aber wenig oder gar nichts zu geben; daher denn auch hierunter nichts vorgeschrieben wird.

§. 32. Mit der Livrée, welche den Laquais auf dem Lande den Kutschern, Reit-Knechten, Vorreuthern und jungen Burschen gegeben wird, soll es dergestalt gehalten werden, daß, wenn ein Herr neben der gewöhnlichen Livrée, wozu ein Huth, Rock, Camisol, nebst Bein-Kleider, ein paar Strümpfe und ein paar Schuhe gehören, noch ein Surtout-Rock, oder Ober-Kittel, noch ein paar Bein-Kleider, ein paar Strümpfe, und ein paar Schuhe gibt, der Dienst-Bothe sich zwey Jahre damit behelfen müsse; besommt er aber über die oben beschriebene ordinaire Livrée dergleichen nicht, sollen ihm doch nicht mehr, als zwey ordinaire Livrées in drey Jahren, und etwa ein paar Bein-Kleider und Strümpfe darüber gegeben werden, und die neue Livrée, durch die alte, die erste Zeit noch geschonet werden; die Staats-Livrées verbleiben denen Herrschaften, und kan der Bediente keinen Anspruch darauf machen, er mag so lange dienen, als er wil.

§. 33. Verhält sich ein Dienst-Bothe so schlecht, daß er innerhalb eines Jahres aus dem Dienst geschaffet wird, soll er an der Livrée nichts fodern, wann er aber ein Jahr bleibt, das Camisol und ein paar Bein-Kleider samt dem Surtout haben; dienet er aber so lange, als die Zeit dauert, auf welche die Livrée gegeben ist, behält er sie, als

seine verdiente Kleider; Jedoch ist solches, wie vorgebracht, nur von der täglichen Livrée zu verstehen.

§. 34. Die Livrées müssen die Dienst-Bothen reinlich und brauchbar erhalten; wenn sie solche aber muthwillig sehr beschdnen, oder zerreißen, soll die Herrschaft berechtigt seyn, das verderbte Stück, von des Bedienten Lohn neu machen zu lassen, und wer ein Livrés-Stück, so noch nicht zu Ende getragen, erkaufet, oder versetzungsweise annimmt, soll es ohnentgeltlich wieder heraus geben, und noch dazu willkührlich gestrafet werden.

V. A b s c h n i t t.

Von Aufkündigung des Dienstes und Erlas-
sung des Gesindes.

§. 35. Wann die Zeit, auf welche ein Gesinde sich vermiethet hat, zu Ende gehet, und der Dienst-Bothe will nicht länger bleiben, oder die Herrschaft ihn nicht länger behalten, soll ein Theil dem andern, den Dienst gewöhnlichermassen, ein viertel Jahr vorher aufkündigen, und ist keine Herrschaft berechtigt, einen Dienst-Bothen, durch Vorenthaltung seines Lohns, seiner Haabseligkeiten, oder auf andere Weise, zu verlängern Diensten wider seinen Willen zu zwingen und anzuhalten.

§. 36. Wann weder von der einen noch der andern Seite eine Aufkündigung geschehen, so gehet der Dienst stillschweigend fort, dergestalt, daß der Dienst-Bothe sowohl noch ein Jahr von neuem zu dienen, als die Herrschaft solchen ferner bis zur anderweitigen gehörigen Aufkündigung zu behalten, verbunden ist.

§. 37. Solte ein Bedienter, Knecht, Pferde-Junge, Magd oder Hirthe, sich auf die liederliche Seite legen, und das, was ihm anvertrauet ist, nicht ordentlich in Acht nehmen, mithin seiner Herrschaft Schaden zubringen, so stehet dieser frey, einen solchen üblen Dienst-Bothen gleich fortzujagen; nur muß sie selbigem das verdiente Lohn, bis zum Tage der Verabscheidung bezahlen.

Hätte hingegen der Dienst-Bothe etwas entwendet, so kann dessen Lohn zur Entschädigung der Herrschaft, so viel nehmlich dazu erforderlich, einbehalten werden. Auch ist im letztern Falle die Herrschaft schuldig, den Diebstahl bey den Gerichten, worunter der Dienst-Bothe gehöret, zur gesetzmäßigen Bestrafung anzuzeigen.

§. 38. Wenn ein Dienst-Bothe diejenige Zeit, welche verabredet worden, ausgedienet, auch, wie es sich gehöret, ein viertel Jahr zuvor, aufgesaget hat, und nun zu einer andern Herrschaft ziehen will, soll selbiger von der ersten nicht aufgehalten, sondern mit prompter Bezahlung des ihm zukommenden rückständigen Lohns dimittiret werden.

§. 39. Würde sich dargegen ein Haus-Herr unterstehen, einen treuen und ehrlichen Dienst-Bothen aus Haß und Neben-Absichten, einer Untreue, öffentlich oder heimlich zu beschuldigen, so stehet, wenn solches bekant werden möchte, dem Dienst-Bothen frey, dergleichen Beschuldigungen der Obrigkeit, mit Benennung der Zeugen, zur Untersuchung und gesetzmäßigen Bestrafung, anzuzeigen.

§. 40. Da es sich auch zuzutragen pflaget, daß wenn ein Dienst-Bothe krank wird, der Haus-Herr nach geendigter Dienst-Zeit verlanget, daß für die Zeit der Krankheit nachgedienet werden solle; So soll es künftig in solchen Fällen dergestalt gehalten werden, daß, wenn die Krankheit nicht länger denn acht, oder vierzehn Tage gedauret, solches bey einem Dienst-Bothen, welcher ein ganzes Jahr gedienet, in keine Consideration genommen werde, Falls aber die Krankheit länger gewähret, soll der Haus-Herr dafür, wenn der Dienst-Bothe, nicht wenigstens noch ein Jahr bey ihm in Diensten bleiben will, so viel als das Lohn in der Zeit der Krankheit beträgt, abzuziehen berechtigt seyn, als z. E. für einen Monath $\frac{1}{2}$ tel des jährlichen Lohns, wogegen dann, wie sich von selbst versteht, alles Nachdienen cessiret, als welches sowohl dem Gesinde nachtheilig ist, da dieses ausser der Dienst-Zeit, nicht leicht in einen guten Dienst eintreten kann, als der Herrschaft, die den, in den abgehenden Platz, gemietheten neuen Dienst-Bothen, auf Ostern, Victoris und Michaelis bekommt, und also einen mehr, als sonst beköstigen muß.

§. 41. Kein Dienst-Bothe muß sich unterstehen, der Herrschaft eigenwillig aus dem Dienste zu gehen, oder zu entlaufen, und kann die Herrschaft in solchen Fällen, denselben auffuchen, und durch die Obrigkeit in Verhaft bringen lassen, damit die Desertion gebührend bestrafet werde, auch stehet der Herrschaft frey, den Lohn des entlaufenen Dienst-Bothen einzubehalten.

§. 42. Diejenigen Dienst-Bothen, welche während der Dienst-Zeit zu einer Heyrath Gelegenheit haben, müssen

solches ihrer Herrschaft auch $\frac{1}{2}$ Jahr, vor Endigung der Dienst-Zeit bekant machen, mithin diese ordentlich aushalten, oder wegen frühzeitigen Abzuges, sich entweder mit der Herrschaft vergleichen, oder einen andern, der der Herrschaft anständig in ihrem Platz schaffen; Es darf auch dergleichen Gesinde nicht ehender zur priesterlichen Verbindung gelassen werden, als bis es die Mieths-Zeit ausgedienet, oder, daß es sich mit seiner Herrschaft darüber verglichen, beygebracht hat.

VI. A b s c h n i t t.

Von andern Verfügungen und Strafen in Gesinde-Sachen.

§. 43. Wie überhaupt die Zusammenkünfte des Gesindes, bey dem Gesinde-Mäcker, verbothen sind, so werden auch Wirthe und Bier-Schencker auch andere, welche Schlaf-Stellen halten, bey willkührlicher ohnausbleiblicher Strafe gewarnet, den, in würcklichen Lohn und Brod stehenden Dienstbothen, keine Versamlungen zum Saufen, Spielen oder andern Unarthen, auch keine Verläumdung oder Abredung gegen ihre Herrschaften, zu gestatten, noch eines, im Dienst stehenden Kiste oder Sachen bey sich in Verwahrung zu nehmen.

§. 44. Diejenigen, so sich solten gelüsten lassen, das Gesinde an sich zu ziehen, um Trinct- oder Eß-Waaren, oder andere der Herrschaft entwendete Sachen, sie seyen an sich so geringe, als sie wollen, sich zuschleppen zu lassen, oder mit dem Gesinde, so dieser oder anderer Untugend und Fiederlichkeit ergeben ist, durchzustechen, und es darinn zu stärken, sollen dafür ohne Nachsicht, ernstlich und exemplarisch bestrafet werden. Hieher gehören

§. 45. Auch diejenigen, so dem Gesinde nächtlichen Aufenthalt oder Dahinkunft, wenn dessen Herrschaft sich schon zum Schlafen gelegt hat, bey sich verstaten.

§. 46. Fiederliches, weggejagtes, oder in dem Ruf der Untreue gerathenes Gesinde, soll kein Wirth lange bey sich im Hause leiden.

§. 47. Weiter soll alles junge Bold so ledig ist, und besonders diejenigen, die schon gedienet haben, ferner so lange zu dienen schuldig seyn, bis es sich verheyrathen, und selbst ansetzen, zumahl ihnen, besonders denen Mägden nicht erlaubt seyn soll, sich auf ihre eigene Hand auf besondere

Stuben oder Kammern zu seken, und sich dadurch zu einem müßigen und oft liederlichen Leben zu gewöhnen.

§. 48. Um dergleichen Gelegenheiten zum müßigen und liederlichen Leben desto mehr abzuschneiden, sollen ferner sowohl die Eltern, sonderlich gemeinen Standes, welche Kinder haben, und sie nicht füglich ernähren können, oder nicht selbst gebrauchen, solche andern Leuthen im Dienst geben, oder vermietthen, und dazu allensals mit Nachdruck gehalten werden, als auch die jungen Bursche und Mädgens, wenn sie keine Eltern haben, sich bey andern Leuthen, durch ihre Verwandte, Vormünder, Mäcker oder andere vermietthen, und sich ehrlich zu ernähren suchen.

§. 49. Damit auch die Contravenienten gehörig bestrafet, und die vorher vorgeschriebene Gesetze desto genauer in Obacht genommen werden;

So wird noch besonders festgesetzt, daß hinfüro diejenigen, so denen §. 2. zuwider, Dienst-Bothen ohne richtige Zeugnisse annehmen, oder auch dergleichen bey Erlassung des Gesindes nicht ertheilen, nach Beschaffenheit der Personen und Umständen, mit 3. 6. auch 10. Rthlr. bestrafet werden sollen.

§. 50. Diejenigen, so in solcher Absicht, falsche Zeugnisse schreiben, oder die falschen Zeugnisse für wahre vorzeigen, sollen als Falsarii angesehen, und dergestalt bestrafet werden.

§. 51. Gesinde-Mäcker und Mäckerinnen, so Dienst-Bothen ohne Zeugniß anbringen, oder vermietthen, sollen um 2 Rthlr., oder, wenn sie es nicht vermögen, mit zweitägiger Gefängniß bey Wasser und Brod, im Wiederholungs-Fall auch noch höher bestrafet werden.

§. 52. Eben dergleichen, und nach Befinden noch härtere Strafe haben diejenigen zu gewärtigen, welche einem Dienstbothen seiner Herrschaft, wo er dienet, oder wo er sich erst vermietthet hat, abspenstig machen.

§. 53. Das Gesinde, so von zweyen Herrschaften Mieth-Geld genommen, soll den legt erhobenen nicht nur erstatten, sondern auch mit etlicher Tage Gefängniß bey Wasser und Brod dafür angesehen werden.

§. 54. Widerspenstiges, trotziges, und der Herrschaft schimpflich bequenes Gesinde, ist der Obrigkeit anzuzei-

gen, von dieser aber durch Gefängniß und andere Strafen zur Besserung anzuhalten.

§. 55. Wider die würcklichen Haus-Diebe, soll nach den Edicten vom 9. Januarii (Nro. 1231 d. S.) und 29. Octobr. 1736. (s. Myl. Th. II, Abth. III, Nro. 78) verfahren werden.

§. 56. Desgleichen gegen demjenigen, der die befohlene Anzeige der, an einer Magd entdeckten Schwangerschaft, unterlässet, nach dem neuen Edicto de dato Berlin den 8. Februarii 1765. (Nro. 1877 d. S.)

§. 57. Wenn jemand die §. 43. verbotene Zusammenkünfte und Ueppigkeiten des Gesindes, ingleichen Verlästungen der Herrschaft und dergleichen, bey sich verstattet, derselbe soll mit 3. 6. bis 10. Rthlr., oder wenn er es nicht vermag, mit acht, bis vierzehentägiger Gefängniß bey Wasser und Brod, welche aber das Gesinde gar zur Untreue und Unzucht verführen oder mit ihm durchstechen, sollen noch härter bestrafet werden.

§. 58. Alle diese Gesinde-Sachen, vom platten Lande, sollen bey demjenigen foro angebracht und tractiret werden, worunter entweder die Mäcker oder das Gesinde sich aufhält, folglich müssen die Herrschaften gegen das Gesinde, ihre Klagen bey dem ordentlichen Gericht des Orthes, und hingegen das Gesinde die Klagen gegen die Herrschaften bey dem Foro der letzteren anbringen.

Wie nun die Gesinde-Sachen, ihrer Arth nach, schleunig, und ohne Weitläufigkeit tractiret und abgemachet werden müssen; Als muß überhaupt nach Vorschrift der Verordnung, wegen derer geringfügigen Sachen verfahren, kein Schrift-Wechsel verstattet, die streitigen Theile mündlich ad protocolium allenfalls vor einem Deputato des Gerichts oder in der Nähe zu vernehmenden Commissario vernommen, die ungefümt abzufassende Bescheide und Verordnungen, welche auf diese Gesinde-Ordnung und andere Policy-Constitutiones sich gründen, sofort zur Execution gebracht, und darinnen weder Appellationes noch Provocationes verstattet werden.

Solten aber besondere wichtige und zweifelhafte Fälle vorkommen, und sich jemand durch den Bescheid ersterer Instanz dergestalt beschwehret halten, daß er sich bey selbigen beruhigen zu können, nicht vermeinte; So soll derselbe seine Gravamina bey der Obrigkeit, welche das gravirte

Erkenntniß abgefaßt, binnen 8 Tagen a die publicati einbringen, dieses aber, mit Einsendung solcher Beschwerden, nebst denen verhandelten Acten, auch Abgebung eines pflichtmäßigen Gutachtens an die Regierung berichten, welche hierauf ohne weiteres Verfahren in der Sache ein anderes weitiges confirmatorisches oder reformatorisches Erkenntniß abfaßen muß, und diejenigen, so freventlich und ungegründete Beschwerden geführet, dafür zugleich mit Ahndung anzusehen habe.

Uebrigens muß die Execution der Bescheide und Verordnungen von jeder Obrigkeit über die Bauern und gemeine Leute, auf dem Lande besorget, wieder die von Adel und Eximirte königliche Bediente aber, und deren Dienst-Bothen durch die Regierung vollstreckt werden.

Die vorkommenden Strafen, in Gesinde-Sachen, sowohl bey den Unter- als Ober-Gerichten, müssen an die, im Herzogthum Cleve und der Grafschaft Marck hergebrachte ordentliche Brüchten-Cassen fließen, jedoch alles in denen Gesinde-Sachen gratis ausgefertigt werden.

S c h l u ß.

Damit nun diese Gesinde-Ordnung für das platte Land Unseres Herzogthums Cleve, und der Grafschaft Marck, zu jedermanns Wissenschaft gebracht werde; So soll solche gedruckt, publiciret, affigiret, in die Intelligenz-Zettel inseriret, und jedem Bauerschafts-Vorsteher ein Exemplar zugefertigt, auch solche jährlich einmahl von dem Küster oder Schulmeister des Dorfs, gewöhnlichen Orths öffentlich vorgelesen werden.

Urkundlich haben Seine Königliche Majestät vorstehende Gesinde-Ordnung nicht nur allergnädigst bestätigt, sondern befehlen auch Dero Cleve-Märkschen Regierung, Clevischen Krieges- und Domainen-Cammer, Märkschen Krieges- und Domainen-Cammer-Deputation, Land-Gerichten, Land-Räthen, Beamten, Gerichten, wie auch dem Officio-Fisci und jedermaniglich, sich hiernach von Ostern dieses Jahres an, zu achten, und darnach zu verfahren.

Bemerk. Die königl. Regierung zu Cleve hat die vorstehende Gesinde-Ordnung am 4. September ej. a. publicirt.

2009. Berlin den 7. Januar 1769.

Friedrich, König ic.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß nachdem über die schlechte und an verschiedenen Orten in Unserer Graffschaft Marck, fast unbrauchbar gewordene Wege, Dämme und Brücken, von denen Reisenden, Post-Ämtern, und Fuhr-Leuten, Klage geführet, auch angezeigt worden, daß solche nach der Vorschrift derer von Uns erlassenen Reglements und Circular-Berordnungen vom 25ten Julii 1730. 28. Mart. 1763. und 20ten Mart. 1765. (Nro. 1098, 1772, und 1864 d. S.) nicht in gehörigen Stand gestellet, noch unterhalten würden, wodurch dann das Commercium gestöhret, denen reisenden Fremden und Einheimischen die Communication von einem Ort zum andern beschwerlich gemacht, auch die Felder durch die Neben-Wege verdorben, und dem Land-Mann großer Schade verursacht werde; Wir aber solchen Unordnungen länger nachzusehen, nicht gemeinet sind, sondern wollen, daß alle Wege in der Graffschaft Marck in solchen Stande gestellet werden sollen, daß sie bey aller Jahres-Zeit gebrauchet, denen Reisenden die Passage erleichtert, und das Commercium ungehindert getrieben werden könne; Als haben Wir nöthig erachtet, ein besonderes Wege-Reglement entwerfen, und zu jedermanns Achtung durch den Druck bekandt machen zu lassen.

Wir verordnen demnach und befehlen hiemit ernstlich und nachdrücklich.

§. 1. Alle Land- und Post-Straßen sollen wenigstens auf 24. bis 48. Fuß breit angeleget werden, in dem gebürgigten Suderländischen Theile der Graffschaft Marck aber, so viel es die Felsen zulassen wollen 12. bis 16. Fuß breit, wo aber gar keine Verbreitung zum E. bey blossen Felsen-Wänden möglich ist, sollen Ausweichungs- und Warte-Plätze durch Sprengen gemacht, oder durch Meißel und Pickel ausgehauen werden, und zwar in solchen Distanzen, daß man beständig von einem, zum andern, sehen könne.

§. 2. Alle übrige Wege von einer Stadt zur andern, und von einem Dorffe zum andern, wohin keine Post- oder Land-Straßen gehen, sollen 12 bis 16 Fuß breit angeleget werden, jedoch wird in dem Theile der Graffschaft Süd-werts der Rhur auf die Beschaffenheit der Berge und Felsen, wie im vorhergehenden Spho bemercket, mitgesehen.

§. 3. Damit das Regen-Wasser von denen Post- und Land-Strassen desto geschwinder ablaufen könne, so sollen solche in der Mitte 4 Fuß, und an Seiten 2 Fuß höher, als das Terrain auf beiden Seiten ist, angeleget, und in solcher Höhe beständig erhalten werden, im Süderlande wird jedoch abermahls nur darauf gesehen, daß aus denen hohlen, zwischen den Klippen gehenden Wegen, das Wasser in selbige nicht zu sehr herein stürzen, und selbige auspühlen, oder zu Winters-Zeit mit Eiß belegen könne, sondern solches durch Seiten-Rennen abgeleitet werde.

§. 4. Weilen die übrigen Wege von einer Stadt zur andern, und von einem Dorf zum andern, schmaler angeleget werden können, als die Haupt-Strassen, so kann auch deren Erhöhung, in der Mitte auf 2 Fuß, und an den Seiten auf 1 Fuß höher, als das Terrain ist, hinreichend seyn.

§. 5. Weil die Hecken und Sträucher behindern, daß die Sonne und der Wind, die Wege austrocknen können, die Erfahrung auch lehret, und der Augenschein überall klar erweist, daß die Wege, welche mit Bäumen und Hecken besetzt sind, nicht allein niemals in guten Stande sich befinden, sondern auch von Zeit zu Zeit schlimmer, und endlich ganz faul und unbrauchbar werden, nicht weniger, daß alle zur Verbesserung derselben angewandte Kosten, vergeblich sind, und der geringe Vortheil, den eigennützige Eigener von denen Bäumen ziehen möchten, dagegen nicht zu vergleichen ist.

Als sollen künftighin keine Bäume, Hecken und Sträucher an denen Wegen, besonders in fetten oder Kley-Lande, sie mögen stehen auf Unseren Domainen, andern freyen Gründen, oder sonst, wie der Grund, Rahmen, und andere Freyheit haben mag, geduldet, sondern ohne die geringste Nachsicht weggeschaffet werden.

Wir befehlen demnach allen Land- und Steuer-Räthen, Magisträten, Creyß-Einnehmern, Jurisdiction-Richtern, Bauren, Schultheissen, Scheffen und Vorstehern, daß sie so fort alle Bäume, Hecken und Sträucher von den Land-Strassen und gemeinen Wegen, in so ferne solche besonders über fetten Kley-Grund gehen, durch die Eigener, auf deren Grund sie stehen, abhauen lassen, welches binnen 2 Monaten nach Publication dieses Reglements von ihnen geschehen seyn muß, widrigenfalls solches auf der Säumigen Kosten verfügt, und ohne Nachsicht durch dazu beordnete oder bedungene Leute bewerkstelliget werden wird.

§. 6. Gleichwie aber die Bäume, denen Sand=Wege nichts schaden können, weil diese aus der Natur trocken sind, überdem der Sand, wenn er etwas feucht ist, besser stehen, und das Wagen=Gelaise offen bleibt; So wird von Nutzen seyn, daß auf beiden Seiten solcher Sand=Wege, Alléen von Bäumen gesetzt werden, jedoch sollen die Wege damit nicht enger, als auf 50. Fuß breit eingeschrenket, noch Hecken oder Sträucher an denselben gebuldet werden, es wäre dann, daß an einem dergleichen die vorbeschriebene Breite haltenden Wege, lebendige Frechtungen anschließen mögten, welche in diesem Falle, jedoch unter der expressen Bedingung, daß solche nicht höher als 2 und einen halben Fuß hoch sind, und daß der neue Ausschlag ohnfehlbar alle zwey Jahre abgehauen werde, gestattet werden können.

§. 7. Da auch die Land=Strassen und Wege, nicht überall von der Ueberschwemmung, so wohl von dem Regen=Wasser, als besonders in der Niederung von dem Quell=Wasser befreuet, noch nach den dritten und vierten Sphis erhöhet werden können, es sey denn, daß das Wasser durch Graben abgeleitet werde; Als ordnen und befehlen Wir hiermit, daß alle Wege, die nicht aus der Natur die erforderliche Höhe haben, oder die nicht über sandigten und felsigten Boden gehen, und von selbst trocken sind, auf beyden Seiten in Graben geleet werden sollen.

§. 8. So vielfältig aber die Beschaffenheit des Terrains ist, über welches die Wege gehen, eben so vielfältig würde die Breite und Tiefe derer Graben, zu beyden Seiten derer Wege vorgeschrieben werden müssen, wenn solche auf alle Fälle quadriren solten, damit aber hierunter nicht mehr oder weniger bestimmt werde, als nöthig ist;

Als wird die Breite und Tiefe derer Graben, dergestalt festgesetzt, daß daraus so viel Erde genommen werden soll, als zu der §. 3. und 4. vorgeschriebenen Erhöhung derer Wege, und zu Abführung des Wassers nöthig ist.

Südwerts der Rhur in den Gebirgen und Felsen cessiret die Legung der Wege in Graben mehrentheils von selbst, und wird nur darauf gesehen, daß das Regen= und Quell=Wasser, auch das vom Gebürge hereinkommende sie nicht auspühle, und darinn Löcher reisse, sondern aus den Wegen abgeleitet werde.

§. 9. Die Erde, so aus den Graben auf beyden Seiten gegraben wird, soll nicht, wie bisher zum äußersten Verderb

derer Wege geschehen, nahe bey dem Graben niedergeleget, und der Weg in der Mitte niedriger, als an beyden Seiten, belassen werden, sondern es soll derselbe sofort, wie sie ausgegraben wird, in die Mitte des Weges geworffen, und daselbst geschlichtet und planiret werden.

Derjenige, so dagegen handelt, und die Wege verdirbet, soll für jede Ruthe, wo er die Erde nicht nach der Vorschrift ausgeworffen, und den nehmlichen Tag geschlichtet hat, mit 1. Rthlr. Strafe beleet werden.

Auch sollen alle Land- und Steuer-Räthe, Magistrate und alle übrige Bediente, denen die Direction und Aufsicht der Wege-Besserung auflieget, dahin sehen, und sofort verfügen, daß solche nicht in die Mitte desselben Weges aufgeworfene Erde, auf Kosten desjenigen, der sich hierunter mangelhaft finden läßt, dahin geschlichtet und planiret werden.

§. 10. Bey leetigten, Thonartigen, Feimigten, oder sonst ganz fetten Erdreiche aber, ist die Auswerffung der Erde aus den Graben, auf den auch schon thonartigen, kleyigten Weg nicht rathsam; weil solcher dadurch bey nasser Witterung nur tieffer und morastiger und fast impassable wird, mithin das Führwerck tieffer hinein fällt, weshalb dann die nöthige Erhöhung mit Anführung Sandes und Kiesel, wonach allenfalls zufolge §. 17. zu graben, und auf privat Ländereyen zu bohren erlaubt seyn soll, oder, wenn solcher nicht zu haben, andern magern mit Sand vermischten Erdreiche zu bewerkstelligen ist.

Gleich dann auch im Süderlaube, wo Steine und Grand genug, auch nahe bey zu haben, an solchen Orten, wo noch Graben längst den Wegen sind, die Auswerffung der Erde aus selbigen auf die Wege am wenigsten nötig seyn wird.

§. 11. Da es den Eigenthümern der auf die Wege anschliessenden Grund-Stücke zum besten Nutzen gereicht, wenn die Wege auf beyden Seiten in Graben geleet sind, indem dadurch ihre Gründe von dem Ueberlauf des Viehes, und von dem Ausbrechen derer Fahrzeuge, mithin von denen Neben-Weegen befreyet werden, auch das Regen- und Quell-Wasser dadurch von denen Gründen abgeführt wird.

Als ordnen und befehlen Wir, daß ein jeder Eigener nach der Länge oder Breite seines Grund-Stückes den Graben neben dem Wege aufräumen, und die Erde nach der Vor-

schrift, wo es dienlich und dem Wege nicht schädlich ist, in denselben und dessen Mitte aufwerfen und schlichten, sonst aber bey leimigten, thonartigen fetten Kley-Grunde, ausser dem Wege, so gut er kan, hinlegen soll.

Würde der Eigener des Grund-Stückes diese Auswerfung des Grabens, längst demselben unterlassen; muß solche durch zu bestellende Leute und bey denen jährlichen Wege-Reparationen auf dessen Kosten geschehen.

§. 12. Gleichwie es nun der Nachsicht derer Land- und Steuer-Räthe, Magistrate, Creyß-Einnehmer und Jurisdictionen-Richter, einzig und allein zuzumessen ist, daß die Abhauung derer Hecken, Bäume und Sträucher, desgleichen die Anlegung und Aufräumung derer Graben, denen deshalb erlassenen vielfältigen Verordnungen zuwider, bis jetzt noch nicht geschehen ist, Wir aber zum Nachtheil Unserer Unterthanen und des Commercii länger nicht gestatten wollen, daß eine so nützliche Sache weiter verzögert werde;

Als befehlen Wir denenselben insgesamt, und einem jeden ins besondere, daß sie von nun an, sich der Wege-Besserung mit mehrern Ernst annehmen, oder gewärtigen sollen, daß wenn nicht in der §. 5. bestimmten Frist von zwey Monathen, Hecken, Bäume und Sträucher, neben denen Wegen gänzlich abgehauen und weggeräumt, desgleichen die Graben angeleget, und ausgegraben sind, sie für jeden Baum 15. Sbr., für jede Ruthe Hecken und Sträucher 30. Sbr., und für jede Ruthe Graben, so nicht aufgegraben, Einen Rthlr. Strafe erlegen, und dazu durch militairische Execution angehalten werden sollen.

§. 13. Damit Unsere hierunter hegende heilsame Intention desto besser ins Werck gerichtet, und die Wege beständig und gut unterhalten werden mögen; So verordnen Wir allergnädigst und ernstlichst, daß solche vermessen, jeder Stadt zu ihrer Feld-Fluhr, jedem Amte, Kirchspiel, Dorfschafft, und Commune nach Proportion seiner Größe und der Höfe, Stetten und Kotten, oder wenn eine ordentliche Vermessung vorhanden, nach der Morgen-Zahl der Ländereyen eines jeden, jedoch mit Rücksicht auf die Qualitaet des Weges, ob er nach seiner Lage und Beschaffenheit des Erd-Reiches, nahen vorrätigen Materialien u. vor andern beschwerlich zu unterhalten sey oder nicht, und deshalb in drey Classen von gute, mittelmäßige und schlechte Wege zu setzen sind, zugetheilet, und solcher District des Weges von ihnen be-

ständig im Stande gehalten, auch mit einem drey Fuß hohen dauerhaften viereckigten aber platten Pfahle über die Erde, worauf der Rahme der Commune, welcher die Reparation des Districts obliegt, mit weißer oder rother Farbe deutlich abzusetzen, bezeichnet werden soll. Hiernächst soll jeder Land-Rath sothanen District des Weges, nach dem Reglement vom 25. Julii 1730., in gewisse Schläge, Blöcke oder Theile für jeden Eingefessenen, abermahlen vertheilen, dergestalt, daß ein jeder ganzer, halber oder anderer Bauer und Kötter nach Proportion seiner Stette, und der Matricul, wisse, welchen District er zu unterhalten habe, welcher jedem Eingefessenen angewiesener District sodann mit einem etwas kleinerem von ihm beyzuschaffenden Pfahle zu bezeichnen ist, worauf dessen Rahme mit großen Buchstaben eingeschnitten oder eingehauen, oder auch mit Farben, wie vorgedacht, angestrichen werden kann, und ganz am Rande des Weges, etwas ausser demselben gebogen, damit sie niemand hindern, eingeschlagen oder eingegraben werden müssen.

Wir wollen und verordnen aber ausdrücklich, daß dennoch jede Commune solcher Subdivision ohnerachtet, für die untadelhafte Reparation der Wege in ihrem Districte, wenn solche von einzelnen Eingefessenen negligiret würden, haften sollen, jedoch müssen dem ohnerachtet sothane Eingefessene zu Anschaffung der Materialien zum Besten der Commune in Strafe genommen, oder falls einer solche zu bezahlen nicht vermöchte, zu extraordinairer Arbeit auf dem Wege, und überdem zu der Ausbesserung des ihm angewiesenen Theils angehalten werden. Weiln indessen die Wege-Besserung eine allgemeine Sache ist, wozu auch die geringen Kötter, Brinklieger, welche keine Ländereyen und Pferde haben, auch in der Commune wohnende Heuer-Leute mit Hand-Diensten, jedoch in billiger Proportion gegen die grösseren Höfe und Stetten, Beyhülffe schuldig, weil sie ebemwohl die Wege gebrauchen, so kann auf selbige bey Subdivision des Wege-Districts auf einzelne Eingefessenen einer Gemeinheit, ein gewisses Theil denenselben insgesammt mit zugetheilet, oder sothane Brinklieger und Heuer-Leute zu einigen Hand-Diensten jedoch so, daß sie nicht praegraviret werden, mit aufgebotten werden. Von der also geschehenen Vermessung und Eintheilung muß sodann ein ordentliches Wege-Register gefertigt, und an Unsere Cammer-Deputation ein Exemplar davon eingesandt werden, woraus zu ersehen, was einer jeden Commune, und allenfalls jedem Eingefessenen zu machen obliegt.

§. 14. Ein jeder Land=Rath muß in dem ihm anvertrauten Creyse, mit Zuziehung der Jurisdictionen-Einhaber, Receptoren, Vorsteher, Deputirten und principalesten Geerbten binnen Zwey Monathen a die publicationis dieser Ordnung vorgedachte Vermessung und Eintheilung bey schwerer Verantwortung besorgen und einrichten, die Repartition aber Unserm Cammer=Deputations-Collegio alsofort ein-senden.

§. 15. Damit auch künftighin bey Ausbesserung und Unterhaltung derer Wege, einer vor dem andern nicht beschweret, sondern darunter die vorgeschriebene Proportion, nach der Morgenzahl observiret werde, so soll in einer jeden Feld=Marck ein Aufseher, wozu auch der Vorsteher, wenn er geschickt dazu ist, genommen werden kann, über die ihr zugehörige Wege angestellet werden, welcher einem jeden Geerbten sein Stück vom Wege, nach Proportion der Morgen-Zahl, oder Matricul, zumessen, wie dann auch derselbe dahin sehen muß, daß ein jeder den ihm nach solcher Proportion zukommenden District beständig in gutem Stande unterhalte.

§. 16. Weilen jedoch, bey Vertheilung derer Wege auf Individua, eher nicht eine billigmäßige Gleichheit getroffen werden kann, bis die Wege zuvor in gleich guten Stand gesetzt sind, denn es könnte einem der eine Ruthe lang an dem Wege zu machen schuldig wäre, ein so schlechtes Stück zugetheilet werden, welches mehr kosten würde, als 100 Ruthen an einem besseren Wege, die einem zugetheilet werden.

Als verordnen Wir hiermit, daß alle Land = Straßen und gemeine Wege, vorerst auf gemeinsame Kosten und Arbeit einer jeden Feld=Marck, in guten Stand gestellet werden sollen, und zwar in der oberwehnten und festgesetzten Frist von zwey Monathen a die publicationis dieser Ordnung.

§. 17. Wenn also die Land = Straßen und gemeine Wege zusörderst nach der Vorschrift von Hecken, Bäumen und Sträuchen befreyet, in Graben geleget, aufgehöhhet, und recht wohl planiret sind; so soll darauf wenigstens ein Fuß dick, 18 Fuß breit, wo die Wege die Breite haben können, Grand oder Sand, oder kurz geschlagener Stein=Gruß gefahren werden, der zu den Wege = Besserungen erforderliche Grand oder Sand, kann aus allen Gründen, wo er anzutreffen, und dem auszubessernden Wege am nächsten gelegen, ohnentgeltlich genommen, oder herbey gefahren werden, wo

wieder niemand befugt seyn soll, sich zu setzen, sondern solchen vielmehr bey Vermeidung willkührlicher Strafe verabsolgen zu lassen, schuldig und gehalten seyn soll, wie dann auch frey stehen soll, durch einen Erdbohr oder sonst zu erforschen; ob und wie tief Sand in der Nähe zu haben, welches in den meisten Gegenden des fetten Erdreiches, ob wohl theils 3. 4. theils 5. a 6. Fuß unter demselben seyn wird, wo sodann das oberste Erdreich, in so fern es nötig, wegzuräumen, und Sand Gruben zu machen, erlaubt seyn soll, welche auch zum künftigen Gebrauche offen, und unverschüttet bleiben sollen. Es verstehet sich aber von selbst, daß dem Eigener der daher entstehende Schaden, nach einer unpartheyischen Taxation, auch den, welcher durch die Ueberfahrt zu und von den Sand-Gruben erlitten wird, von der Gemeinde vergütet werden muß, jedoch muß zu Vermeidung der Kosten, so viel möglich dahin gesehen werden, daß ohnschädliche Stellen zu Sand-Gruben ausgesuchet werden, im Süderlande wird dieses weniger Beschwehrlichkeit finden, da der Grand daselbst fast überall gut zu haben ist.

§. 18. Wo es aber, an Grand, Sand, und Steine gänglich mangeln möchte, da sollen die Wege mit Fachinen und Holz, ob zwar solches kostbar und in der Dauer auch für die Güte und Bequemlichkeit derer Wege selbst nicht zum Besten ist, oder auch mit Heyde-Kraut, nicht aber mit Dorn-Sträuchen belegt, und darüber 1. Fuß dicke Erde gefahren, und das Holz dazu, wie bisher, angeschaffet werden.

§. 19. Weilen auch nach der unterschiedenen Höhe des Terrains nötig ist, daß das Wasser aus denen Wege-Graben, nach denen Zug-Graben, Wasser-Leitungen und Bächen, abgeföhret werde, so sollen dazu die nöthigen Brücken und Krüper unter denen Wegen, so viel immer möglich, von Steinen, weil die Kosten auf die Dauer, ganz reichlich sich rendiren, auf hinreichende Breite und Höhe angelegt, und die dazu erforderliche Gelder, wie bisher ausge-schlagen werden.

§. 20. Wann also die Wege nach obiger Vorschrift in guten Stande gebracht sind, so trägt zu deren guten Unterhaltung vieles bey, daß die Reparationes und Verbesserungen derselben zu rechter Zeit, nemlich hauptsächlich bey trockenem Wetter geschehen.

Wir verordnen und befehlen also hiermit, daß alle Wege-Reparationes im Früh-Jahr, und gegen den Som-

mer, sobald nur die Wege trocken werden, vorgenommen, bey nassem Wetter aber damit angestanden werden soll, weilen die Erfahrung bestättiget, daß die Wege durch eine vorgenommene Besserung bey nassem Wetter nur verschlimmert werden.

§. 21. Wenn jedoch einer Dorfschafft, Commune oder Feld = Marck, wegen der ganz schlechten Beschaffenheit derer Wege, und des Erdreichs, auch Mangel der Materialien, gar zu schwer und unthunlich fallen sollte, selbige in ihrem Districte im ersten Anfange herzustellen und zu unterhalten, so sollen die nächst Belegene, die nicht so viel Beschwerde haben, oder der ganze Creyß nach Billigkeit, derselben zu Hülfe kommen.

§. 22. Wo Pacta und Judicata zwischen Communen über die Wege = Reparationes sind, bleibt es dabey, in so fern sie deren Herstellung nicht entgegen sind, wo aber Streitigkeiten über die Gränzen derselben, und wer, diesen oder jenen District zu machen, schuldig sey, obwalten, muß interimistice der zuletzt solches gethan, dazu angehalten, oder nach Beschaffenheit der Sache und Umstände provisionaliter nach Billigkeit verfügt werden, worüber keine Pro-
vocationes, oder Appellationes Platz haben sollen.

§. 23. Weilen die mehreste Reparation an denen Wegen durch öftere und zu rechter Zeit vorzunehmende Schlichtung derer Spuhren auch baldigen Zuwerfung der ausgefahrnen Löcher und niedrigen Stellen in der Mitte der Wege, erspahret, und die Wege dadurch am besten im Stande gehalten werden können; So befehlen Wir hiermit, daß nicht allein im Frühling, so bald die Wege anfangen, trocken zu werden, daß Wasser aus denen tieffen Spuhren und niedern Stellen in die Seiten = Graben abgeleitet, die Spuhren geschlichtet, diese aufgehöhet und die Wege planiret werden sollen, sondern es soll, solches auch, so oft als Regenwetter gewesen ist, und die Wege wieder anfangen, trocken zu werden, vom 1ten Mart. bis den 1ten Novbr. wenigstens monatlich wiederholet, und wo die Spuhren und ausgefahrne Stellen, so tief geworden sind, daß sie mit der auf beiden Seiten, abzustehenden Erde nicht ausgefüllet werden können, da soll in dieselbe Grand oder Sand gefahren werden.

§. 24. Damit auch alles dieses bestomehr beachtet werde, so soll jeder Land, und Steuer = Rath in seinem Districte

jährlich zwey Wege-Schauen halten, eine im Früh-Jahr in der Zeit vom 15. April. bis den 24ten April, und eine vom 15. bis 24ten Septbr., und zwar respective mit Zuziehung derer Magistrate, Receptoren, Vorsteher und Deputirten, oder angesehensten Beerbte, jeder Stadt, Amtes und Dorfschaft in ihren Districten, wobey sodann examiniret werden soll, wie diese Ordnung beachtet worden, welche Gemeinden, Städte, Dorfschaften, an Unterhaltung der Wege es ermangeln lassen, die sodann zu bestrafen; Ob schadhafte Stellen darinnen, und gefährliche Brücken vorhanden, ob die Spuhren geschlichtet sind, und der Zwischen-Raum gehörig geschlichtet, auch die ausgefahrene niedrige Stellen aufgehohet worden u. was daran noch zu verbessern ist, nach dieser Ordnung sofort zu verfügen, die Protocolla von diesen Wege-Beschauungen, aber sind vor den 1ten May und 1ten Octbr. jedesmal bey fünf Rthlr. Strafe an das Cammer-Deputations-Collegium, von diesem aber sodann an Unser General-Ober-Finantz-Krieges- und Domainen-Directorium einzusenden.

§. 25. Da auch die hohlen Wege niemals gut gemacht werden können, sondern alle Kosten, so daran verwendet werden, vergeblich sind;

Als verordnen Wir hiermit, daß alle hohle Wege, abandonniret, und über die Höhe neben denenselben, neue Wege angeleget werden sollen, in so ferne sich dieses wegen der Situation, die im Suderlande aber wenig darnach ist, nur einiger maßen thun lassen will. Daß zu denen umzulegenden Wegen erforderliche Terrain, soll nach einer billigen und Land-üblichen Taxe bezahlet werden. Es soll sich aber niemand weigern, solches abzutreten, es sey solches Domainen, adelich oder sonst freyer Grund, wie er Rahmen haben mag.

§. 26. Wo mehrere Wege zusammen kommen, sollen Handweiser gesetzt, und an deren Arme die Orte, wohin sie führen und die Distantzien eingeschnitten und mit Farbe ausgezeichnet werden.

§. 27. Nach dieser Vorschrift sollen nun alle Wege nicht allein in der bestimmten Zeit angefertigt, sondern auch in gutem Stande künftig beständig unterhalten werden.

Und da Wir von dem grossen Vortheil vollkommen überzeuget sind, der einer jeden Provinz zuwächst, die gute und zu aller Jahres-Zeit brauchbare Wege hat, dagegen aber der Nachtheil leider! gar zu sehr bekandt ist, den die

jenige erleiden, so unbrauchbare Wege haben, weil diese denen Reisenden schreckhaft, und von ihnen vermieden werden, das Commercium aus denenselben verdrungen, und der Schade so ihnen daraus zuwächst, in aller Absicht unerseglich wird.

Als befehlen Wir nochmahlen ernstlich und nachdrücklich, allen Land- und Steuer-Räthen, Magisträten in denen Städten, Creysß-Einnehmern von denen Aemtern, und Richtern in denen Jurisdictionen, Vorstehern, wie auch allen Bedienten, so besonders zu der Aufsicht über die Land-Strassen und gemeinen Wege angestellet sind, daß sie fübrihin ohne alle Rücksicht, Trägheit oder Nachsicht bey Vermeidung der schweresten Ahndung, sich der Reparation und Herstellung derselben mit mehrern Ernste und Eifer, als bishero geschehen, annehmen; Widrigensfalls gewärtigen sollen, daß Wir Uns, wegen der geringsten weiteren Versäumung, an sie halten, wieder sie mit aller Strenge, und allenfalls militairischer Execution verfahren, auch diese nicht eher wieder abnehmen wollen, bis die, ihrer Aufsicht anvertraute Wege, nach der Vorschrift hergestellet sind.

Wir befehlen schließlichs Unserem Märckischen Krieges- und Domainen-Cammer-Deputations-Collegio, auch einem jeden Departements-Land- und Steuer-Rathe auf die Erfüllung dieses vorgeschriebenen Wege-Reglements mit Nachdruck zu halten, deshalb öftere Wege-Visitationes anzustellen, einen jeden zu seiner Obliegenheit, die Rentiten aber durch die nachdrücklichste Zwang-Mittel zu ihrer Schuldigkeit anzuhalten.

Urkundlich haben Wir diese Wege-Ordnung Höchstseighändig unterschrieben, und mit Unserm Königlichem Inseigel bedrucken lassen.

2010. Cleve den 12. Januar 1769.

Königl. Regierung.

Mehrere, mittelst Hofes-Rescriptes vom 2. v. M. ertheilte, Vorschriften quoad modum procedendi bei den Untergerichten werden den cleve-märckischen Justizbehörden zur genauen Beachtung und Handhabung mitgetheilt.

2011. Cleve den 16. Januar 1769.

Königl. Regierung.

Die Pfarrer aller Confessionen müssen den Cameral-Beamten, bei Aufnahme der Bevölkerung und Ausmittlung des Alters der Personen, die nöthigen Nachrichten unweigerlich mittheilen, und allenfalls die Einsicht der Kirchenbücher gestatten.

Bemerk. Unterm 2. April 1770 ist den Pfarrern aller Confessionen die Verpflichtung aufgelegt worden, die von den Civilbehörden gefertigten Populationslisten zu revidiren und deren Richtigkeit zu attestiren.

2012. Cleve den 25. Januar 1769.

Königl. Regierung.

Nachträglich zum §. 7 der Criminal-Gerichts-Instruction vom 21. Oct. 1766 (Nro. 1955 d. S.) werden sämtliche Lokal-Justizbehörden verpflichtet, sobald sich ein Criminal-Verbrechen ereignet, die Delinquenten mögen verhaftet sein oder nicht, sofort nach allen Umständen der Vorgänge zu inquiren, die Beschreibungen der dabei betheiligten Personen, gestohlenen Sachen, der, der Unthat verdächtigen, bekannten, oder nicht bekannten Personen ic. aufzunehmen und diese Protokolle sowohl der königl. Regierung, als den Criminalgerichten zu Wesel und Altena mitzutheilen.

2013. Cleve den 2. Februar 1769.

Königl. Regierung.

Bei den häufig wieder vorkommenden gewaltsamen Einbrüchen und Diebstählen, soll nicht nur, so oft es die Nothwendigkeit erfordert, sondern muß monatlich wenigstens einmal, eine allgemeine, geheim und gleichzeitig zu haltende Landes-Visitation, von den sämtlichen cleve-märkischen Behörden veranstaltet werden.

2014. Cleve den 16. Februar 1769.

Königl. Regierung.

Das zu Berlin am 12. November 1739 für die Chur-Mark erlassene königl. Edikt, — wodurch das Schießen aus Gewehren, Pistolen und Schlüsselbüchsen, so wie das Werfen von Granaten, Schwärmern und Raketen sowohl bei Tage als zur Abends- oder Nachts-Zeit, bei Kindtaufen, Hochzeiten, an Feiertagen oder sonst überhaupt, in den Städten, Dörfern und Borwerken bei 50 Rthlr. fiskalischer Strafe verboten wird (s. Nyl. Cont. I, pag. 297.) —, soll auch in Cleve und Mark überall von den Kanzeln publicirt werden. (Conf. auch Nro. 1339 und 2036 d. S.)

2015. Cleve den 20. Februar 1769

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Bei dem von dem Haupt-Banco-Directorio zu Berlin gemachten Erbieten, holländisches Geld: 35½ Stbr. (holl.) für einen Reichsthaler preuß. Courant, anzunehmen, wird es den clevischen Unterthanen freigestellt, ihre Praestanda $\frac{1}{4}$ in Gold, $\frac{1}{4}$ in Scheidemünze und, anstatt der $\frac{1}{4}$ in preuß. Ort., diese in holländischen groben Münzsorten, als gute und mallié Schillingen, Güldens, Achtundzwanziger, Dahlers und Reichsdahlers auch überhaupt in solchen Münzsorten, welche in Holland und besonders in Amsterdam zu Wechselzahlungen gebraucht werden können, mithin ausschließlich der Doppeltjes und Ein-Stüberstücke, zu entrichten.

2016. Hamm den 21. Februar 1769.

Königl. Prov.-Medizinal-Collegium.

Der Debit, so wie das Verschenken und Ueberlassen der gesundheitsnachtheiligen Schwersischen Wunder-Essenz wird bei 100 Rthlr. Strafe verboten.

2017. Berlin den 6. März 1769.

Friedrich König ic.

Nachdem Uns die vielen Unordnungen allerunterthänigst vorgetragen worden, welche von geraumen Jahren her, ohn-

erachtet des, zu deren Vorkommung bereits unterm 17ten Octob. 1726. (Nro. 1025 d. G.) emanirten Reglements auf dem Niers-Strohm, theils mit unnöthiger Aufhaltung des Wassers, theils durch veräuerte Reinigung des Flusses, theils durch ordnungswidrige Anpflanzungen und sonst zum beträchtlichen Schaden Unserer und deren benachbarten nächst der Niers liegenden Ländereyen, Wiesen, oder Bembden öfters gefließentlich veranlaßet worden: Und dann zu deren beständigen Abhelfung mit des Chur-Fürsten von Cöln Liebden, und des Chur-Fürsten von Pfalz Durchlauchten, Wir uns wegen Dero anschließenden Landen dahin vereinbahret haben, daß sämtliche Mißbräuche gemeinschaftlich untersucht, abgestellt und daß eine gemeinsame Ordnung errichtet werden soll, nach welcher der Niers-Fluß sübrohin von dem sogenannten Peel-Koch ohnfern Clörath Chur-Cöllnischen und ohnfern Suchteln Julichschen Gebiets, bis wo die Niers in die Maas ausfließet, nehmlich unterhalb Gennep im Clevischen behandelt werden solle, dieses Geschäfte auch von denen dazu gemeinsam benannten Unsern und denen übrigen Commissarien, zu einem, sämtlichen Unterthanen gedeylichen Ende gebracht und Uns über dem ganzen Besinden, sämtliche Umstände allerunterthänigst referiret worden: Als finden Wir in höchsten Gnaden gut, eben vorgedachtes Reglement und alle ältere Verordnungen hierdurch aufzuheben, verordnen und befehlen dagegen, lassen Uns auch respective allergnädigst gefallen;

§. 1. Daß die Niers sübrohin von nun gemeldten Peel-Koch bis an die Mühle zu Wachtendonck auf 24. Rheinische Fuß, jeden zu 12. Zoll gerechnet, von da bis an die Schravelsche Mühle auf 36. dergleichen Fuß, und von nun gemeldter Schravelscher Mühle bis zum Einfluß in die Maas 48. Fuß breit; sodann aller Orten so tief gehalten werden soll, daß bey niedrigem Wasser wenigstens $1\frac{1}{2}$ Fuß Wassers vorrätig sey: Wäre aber diese Breite an einigen Orten nicht anzutreffen, solle solche dem Fluß, längstens innerhalb Drey Monathen Zeit à Dato Publicationis dieses verschaffet werden; wo derselbe breiter ist, verbleibe dahingegen dessen natürlicher Lauf, welcher nicht verengt werden darf.

Nach der Breite des Flusses müssen die Defnungen derer Mühlen-Archen und die Zwang-Graben in gemeldter Frist eingerichtet anneben sämtliche über den Strohm würcklich liegende und künftige Brücken nach solcher jedoch mit der Vorsicht geleyet werden, daß der Fluß, wo die Brücken

hinkommen 4. Fuß breiter zu halten um den Raum zu ersetzen, welchen die Brücken = Pfähle dem Strohm benehmen.

§. 2. Für alle auf der Niers liegende Mühlen wird ohne Unterscheid das Pegel = Recht eingeführet, dergestalt, daß ein jeder Müller mit Pegelmäßigem Wasser sich hinführo begnügen und darüber keines aufhalten solle.

Nach dem Pegel müssen die Schleusen und Schütz = Bretter in denen Archen und Frey = Schleusen eingerichtet und derjenige Müller soll jedesmahl, mit Sechs Gold = Gulden und nach Befund des Schadens noch schärfer bestrafet werden, welcher gegen den Pegel sich verfehlet. Der Pegel wird aber nicht nur für das Ober = sondern auch für das Unter = Wasser derer Mühlen bestellet; Solcher soll von Unfern Wasser = Bau = Verständigen an bequemen Orten eingeschlagen, darüber förmliches Protocoll geführt und dieses in denen behörenden Registraturen zur steten Richtschnur bewahret werden.

§. 3. Um den Ober = Pegel richtig zu stellen, und einer jeden Mühlen nach Proportion ihrer Räder ein gleiches Gefälle zu verschaffen, haben Wir allergnädigst genehmiget, daß das Gefälle aller auf der Niers liegenden Mühlen von Suchteln bis Gennep von allerseitigen Wasser = Bau = Verständigen aufgenommen werden; Da nun diese befunden haben, daß das Total = Gefälle des Niers = Strohms in 33. Fuß $7\frac{1}{2}$. Zoll bestehe; Als werden einer jeden Mühle, die mit zwey neben einander stehenden Geläufen versehen ist, einstweilen und bis dahin Wir mit des Chur = Fürsten von Coblen Liebden, und des Chur = Fürsten zu Pfalz Durchlaucht ein anderes verordnen, 21 $\frac{1}{2}$. Rhei = ländische Zoll an Gefälle, denen aber die nur aus einem Geläufe bestehen, 16. Zoll zugetheilet und das übrige Wasser dem Abfluß des Wassers überlassen. Die Müller sind bey Vermeidung vorgemeldeter Strafe nicht befugt, sich mehreres Flusses, einigermaßen zuzulegen, folglich mögen dieselbe die Schütz = Bretter mit Aufsätze nicht erhöhen und dergleichen ic. Nur wird dem zu Gennep, für den Fall, daß die Maas steigt, und das Mahlen behindert, erlaubt, das Wasser, über den ordentlichen Pegel, bis zu 3. Fuß, mithin 1. Fuß, 2 $\frac{3}{4}$. Zoll höher aufzustauen, und soll ihm dieserwegen ein besonderer Pegel gesetzt werden.

§. 4. Damit nun das Wasser bey der ohnfern Suchteln liegenden Cameral = Mühle pegelmäßig eingerichtet, und die

anschließenden Ländereyen Unserer derer Jülichischen und Cöllnischen Unterthanen, von denen Ueberschwemmungen führohin so viel gewisser befreyet werden: So genehmigen Wir, die von Unsers und denen übrigen Commissarien getroffene Vereinbahrung dahin allergnädigst;

a) Daß der ohnfers dem Peel = Loch, zur Bestimmung derer, bey dem Niers = Fluß, bis dahin streitig gewesenem, Chur = Cölln = Jülichischen Gränzen verglichene neue Graben auf Kosten Unserer anschließenden, sodann der Chur = Cölln - und Jülichischen Unterthanen auf 12. Fuß in die Breite, und so tief, als das Niers = Bette angeleget; daß in solchem 1. Schleufe von 3. gleichen Defnungen, auf gemeinsahme Kosten gesetzt, daß die Schleusen = Bretter, nach vorbestimmten Pegel abgeschnitten, und daß dem Cameral = Müller zu Suchteln, bey jedesmahliger Strafe von Sechs Gold = Gülden verbotthen seyn soll, auf die Schleusen andere Bretter zu setzen.

b) Daß eine jede gemeldter drey Defnungen, mit einem besonderen Schloß verwahret, daß von der einen, dem Chur = Cöllnischen Vorsteher zu Hagen, von der andern, dem ältesten Bürgermeister Unserer Herrlichkeit Vierssen, und von der dritten dem zeitlichen grundherrlichen Schultzeiß zu Suchteln, ein Schlüssel mit der Weisung zu zustellen, daß ein jeder bey vorhandener Wassers = Noth die ihm anvertraute Schleufe, ohne Zeit = Verlust gratis eröffnen und hinwieder verschliessen soll; Würde aber

e) Einer derer Schlüssel = Bewahrern, seine Schuldigkeit, in Defnung derer Schleusen vernachlässigen, und solcher bey anlaufendem Wasser längstens in einer Stunde Zeit entweder selbst, oder durch andere nicht nachgekommen seyn, oder aber die Schleusen ohne Noth eröffnen; So soll derselbe jedesmahl in Sechs Gold = Gülden Brüche, und zum Ersatz, des denen benachbarten dadurch zugefügten Schadens fällig erkläret, und dafür von der behörenden Obrigkeit executive angesehen werden. Sollte es auch

d) Wegen zunehmender Wassers = Noth und Ermangelung derer Schlüssel, nothwendig werden, eine derer Schleusen, mit Gewalt zu eröffnen oder zu zerbrechen; so soll die Herstellung auf Kosten des ausgebliebenen Schlüssel = Bewahrers geschehen. Ein jeder dererselben ist annehmen, unter mehrgemeldter Strafe verbunden, die Schleusen zu schliessen, sobald das Wasser zum Fallen sich neiget, und längstens, wenn solches dem Pegel gemäß stehet. Endlich

e) Soll gemeldter neue Graben, von denen Chur-Cöllnisch- und Jülichischen Unterthanen führohin rein gehalten werden, zum Unterhalt der Schleuse aber, die zu Vierssen einen dritten Theil mit beytragen; Wann diesennach zu erwehnter Schleuse etwas zu verwenden nötig, soll solches denen benachbarten Schlüssel-Verwahrern, und von diesem der Behörde zum gemeinsahmen Einverständnis sofort angezeigt werden.

§. 5. Berordnen Wir allergnädigst, daß das Pegel-Recht auf sämtlichen Niers-Mühlen ohne Unterscheid jeden Jahres den 1. April anfangend, und bis den 1. November fort dauern soll; In denen übrigen Monathen wird dahin gegen denen Müllern erlaubet, das Wasser 6. Daumen oder Zoll höher, über den Pegel aufzuhalten und zu gebrauchen.

§. 6. Wegen Reinigung und Räumung des Niers-Strohms, von Kraut und sonstigen Unrath soll folgende Ordnung gehalten werden.

a) Alle auf dem Niers-Fluß bestehende Müller, sollen vom 1. April bis den letzten Octobris jeden Samstags-Abends, wenigstens vor Mitternacht alle Schütz- und Schleusen-Bretter ziehen, das Wasser bis Sonntag Nachmittags 4. Uhr laufen lassen, und erwehnte Bretter nicht eher einsetzen. Nebst dem

b) Soll die Niers in Unfern und denen anschliessenden Landen jedes Jahr 3. mahl, nach der ganzen Breite des Strohms geschnitten werden; Zur ersten Schneidung werden die 4. letzten Tage des Aprilis bestimmet, die andere soll den 1. Julii und die 3te den letzten August angefangen werden.

In diesen 3. Tagen sollen

c) die Scheffen, oder wer sonsten dazu berechtiget, den Stroh ohnentgeltlich visitiren, und die Orten anweisen, wo die Vertiefungen und Ausräumungen nötig oder nützlich vorzunehmen.

d) Den dritten Tag jeder Schneid- oder Räumung und zwar Abends 7. Uhr sollen alle auf der Niers liegende Mühlen aufgezo-gen, das Wasser 3. mahl 24. Stunden abgelassen, sodann jede Mühle nicht ehender, als den 3. Tag darnach Abends 7. Uhr wieder geschlossen werden.

e) Damit die Ziehung der Mühlen so viel gewisser beobachtet, und die Schleusen-Bretter bey Nacht und Un-

zeiten, nicht wieder eingelassen werden, sollen jeden Orts Scheffen, oder wer sonst dazu berechtigt, eine Wache, bey jeder Mühle, ohnentgeltlich anordnen, welcher die Müller nur das Obdach, Feuer und Licht zu geben schuldig sind;

f) Müßten gemeldete Scheffen, oder dem es sonst obliegt, besorgen, daß Sonntags vor der Ziehung in allen an der Niers liegenden Pfarr-Kirchen verkündigt werde, daß auf vorbestimmte Tage, mit gemeinsamer Schneid- und Räumung der Niers soll angefangen werden, auf daß niemand mit der Unwissenheit sich entschuldige, und damit ein jeder wegen Stillstand derer Mühlen sich in Zeiten vorsehe;

§. 7. Bey der Reinigung Räum- und Fegung der Niers selbst ist folgendes zu beobachten.

a) Die Reinigung geschieht nach der ganzen Breite des Flusses von unten herauf von denen, welche nach jeden Orts Gewohnheit dazu verbunden sind, besonders muß bey dieser Gelegenheit, das an denen Ufern auswachsende Schilf und Rohr mit denen Wurzeln so viel möglich ausgerissen, und es dürfen keine Pfäle bey 3. Gold-Gulden Strafe, in das Bette der Niers, zur Aufhaltung des Schilfs und Krauts geschlagen, sondern, wo deren sind, müssen solche vielmehr ausgeworffen werden.

b) Zur Räumung oder Fegung müssen dahingegen alle an die Niers anschließende Beerbte, imgleichen diejenige, welche mit denen Uberschwemmungen betroffen werden, bis dahin Wir ein anderes zu verordnen allergnädigst gut finden, pro Rata in denen Kösten beytragen.

Die Räumung muß annebens

c) In denen bestimmten Tagen, mit denen benachbarten gemeinschaftlich vorgenommen und bey solcher müssen alle Untiefen Grind- und Sand-Bänke, Hösten und Inseln, wo deren sich angesetzet haben, aus dem Stroh geräumt, und der Sand, Moth oder Moder, muß wenigstens 5. Rheinische Ruthen von dem Ufer hinweg geschafft werden. Gleichwohl gehöret der Moth, Leusch und dergleichen denenjenigen, welche die Räumung selbst verrichten. Wo aber die Arbeit von denen Beamten verbunden wird, mögen diese darüber zum gemeinen Besten disponiren.

d) Bey der allgemeinen Räumung und Fegung sind die Müller verbunden, allen dergleichen Unrath, welcher unter denen Mühlen-Rädern und in einer Länge von 30. Rhein-

ländische Ruthen, jede zu 12 Fuß, und von dem untersten Rade angerechnet, sich angelesen hat, auf ihre eigene Kosten hinweg zu schaffen; Wären aber die Müller an einigen Orten zu einem mehrerem verbunden, oder aber müssen andere die Müller vertreten; So hat es dabey sein Bewenden.

e) Denen Einbrüchen müssen mit Ordnungsmäßigen Battungen vorgekommen werden; wo aber die Erweiterungen nothwendig sind, da müssen solche am anwachsenden Ufer geschehen, darnach die Krümmen beurtheilet, die anwachsenden Ufer gegen die abbrechende ganz tief geschnitten; anbey müssen die abbrechenden Ufer mit denen Erweiterungen ganz verschonet werden; Sind dahingegen beyde Ufer einander gleich, ist auch auf beyden Seiten weder anwachsend, weder abbrechendes Ufer: So soll die nöthige Erweiterung von beyden Seiten, und in gleicher Maaße geschehen.

f) Damit diese Arbeit untadelhaft verrichtet werde, soll die Reinigung und Räumung der Niers nirgendwo dienstweise geschehen, sondern solchen Endes genugsame Leute von der Behörde, und mit denen benachbarten gemeinsam bedungen, Aufseher bestellt und der Lohn nach jeden Orts Herkommen umgelegt werden. Wolten aber die anschliessenden Beerbten, den sie betreffenden Bezirk selbst reinigen und räumen; So wird ihnen solches zwar zugestanden, dieselben müssen aber die Arbeit untadelhaft verrichten oder gewährleisten, daß die Mängel auf ihre Kosten verbessert und wann sie zum andernmahl säumig befunden, daß solche noch besonders bestraffet werden.

§. 8. Eben so soll es mit sämtlichen Zwang- und Neben-Graben, welche noch würcklich sind, und vorhin gewesen, gehalten werden;

Solche müssen nehmlich zu gleicher Zeit, nach vorbeschriebener Ordnung gereinigt offen belassen, und gleich dem Grund-Bette der Niers auf gemeinsame Kosten derer anschliessenden ausgetieft; daneben sollen solche in einem besondern Protocoll beschrieben werden, und die benachbarten hierunter einander die Nachrichten communiciren.

§. 9. Auf denen Ufern und sogenannten Diecken oder Dämmen, sollen fñhrohin weder aufgehende Bäume, weder Strauch-Holz in der Breite von 12. Rheinländische Fuß, vom Ufer anzurechnen, gelitten werden, außer wo die Nothwer, einige Battungen erfordert. Die auf dem Ufer der Niers

oder auf denen Diecken derer Neben-Graben, würcklich erfindliche Bäume und Strauch-Holz, sollen solchemnach in gemeldeter Breite in 3. Monathen Zeit à Die Publicatio-nis dieses, bey Vermeidung einer Strafe von Einen Gold-Gülden, für jeden Baum und Strauch weggeschafft, auch führohin deren keine in der Nähe von 12. Rheinländische Fuß angepflanget werden.

Zu so viel mehrerer Festhaltung dieser, die Reinigung und Ausräumung der Niers betreffenden Puncten sollen

§. 10. Jeden Orts Beamten oder denen es sonst zukommt, in denen nächsten 8. Tagen nach vollendeter Reinigung und Räumung die gewöhnliche Schau halten, oder den Augenschein einnehmen und untersuchen; ob alles nach vorbeschriebener Ordnung vollführet sey; sodann jeden Jahres mit allerseitigen Beamten, sich eines Tages vereinbahren, um mit Zuziehung derer Gerichts-Persohnen, den gangen Stroh, so weit die Landes-Gränzen sich erstrecken, in Augenschein zu nehmen.

Bey dieser Gelegenheit sollen die Mängel untersucht, nach Befinden bestraffet und verbessert, sodann von jeder Berrichtung, die abzuhaltenden Protocolla Unserer Eley-Märckischen, wie auch Geldern-Neursischen Krieges- und Domainen-Cammer innerhalb 8. Tagen eingesandt werden.

§. 11. Sobald unvermuthete Ergießungen des Strohmß von Platz-Regen oder sonsten sich ergeben, sollen die Müller unverzüglich alle Schleusen ziehen, und diese so lange offen lassen, bis dieselben pegelmäßiges Wasser erhalten, bey jedes-mahliger Strafe von Sechs Gold-Gülden und Ersatz des, denen anschießenden Beerbten, dadurch zugehenden Schadens; um diesen abzuwenden, und zu untersuchen, woher die Ueber-schwemmungen entstehen, wird jeden Orts Scheffen ic. oder welche sonst dazu berechtiget sind, erlaubet, nicht nur um die Zeit, da alle Schleusen-Bretter offen stehen müssen, sondern so oft es ihnen nothwendig zu seyn bedüncket, bey dem in ihrem Bezirck wohnenden auch bey dessen Ober- und Unter-Müller, jedoch ohne deren Belastung zu visitiren, ob das Wasser über den Pegel aufgehalten werde. Würde dieses befunden; so ist dem visitirenden Scheffen erlaubt, dem in dessen Bezirck wohnenden Müller die Schütz- und Schleusen-Bretter offen zu ziehen, derselbe soll aber keine Pfändungen eigenmächtig vornehmen, sondern die befundene Ungelühr der Amts-Obriegkeit und in denen benachbarten Ge-

bieten dem nächst wohnenden Scheffen oder Vorsteher zur geschwinden Abhülfe anzeigen, und daß dieses geschehen, seiner Obrigkeit ebenmäßig zur Beobachtung des nötigen hinterbringen. Dahingegen ist eines jeden Beamten Schuldigkeit zu besorgen, damit der strafbare Müller, dem visitirenden Scheffen, die Visitations-Gebühren entrichte, und Beamte mögen furohin, dergleichen Visitaciones nicht nur bey andringenden Begebenheiten, sondern so oft und wenn sie wollen, jedoch ohne Belastung derer Müller entweder selbst vornehmen, oder dieserwegen jemand schriftlich committiren.

§. 12. Genehmigen Wir allergnädigst, zu Bevorkommung und Abwendung ferneren Schadens, die von allerseitigen Commissarien getroffene Vereinbahrung, daß bey der Chur = Cöllnischen Mühle zu Oed, eine Frey = Schleuse von 3. Defnungen auf gemeinsahme Kosten derer Chur = Cöllnischen = und Jülichischen Unterthanen, bey der Mühle zu Mülhausen, ohnfern dem sogenannten Spartel - Bemd, eine andere von gleicher Defnung auf Kosten Unserer, derer Chur = Cöllnischen und Jülichischen, bey der Languedoncker Mühle, noch eine dergleichen, auf Kosten Unserer und der Chur = Cöllnischen, bey der Niersdommer dahingegen ein Zusatz von 5 Fuß $4\frac{1}{4}$ Zoll auf Chur = Cöllnische Kosten, nach der von allerseitigen Wasser = Bau = verständigen geschehenen Anweisung angeschafft werden sollen. Mit denen Schlüsseln aber wird folgende Ordnung gehalten. Von der Schleuse zu Oed soll der zeitliche Scheffen des Kirchspiels Oed Chur = Cöllnischen, sodann der älteste Scheffen oder Vorstehere der Honnschaft Vorst und der Vorsteher oder Scheffen des Fleckens Suchteln Jülichischen Gebieths; von der Schleuse zu Mülhausen ohnfern des Spartel - Bembds, der zeitliche Scheffen des Kirchspiels Oed Chur = Cöllnischen; der älteste Scheffen oder Vorsteher zu Graefraed Geldrischen; sodann der zeitliche Scheffen oder Vorsteher im Hagenbroich, Jülichischen Gebieths, von der Schleuse, bey der Mühle zu Langendonck, aber die Scheffen der Kirchspiele Oed und Graefraed; endlich von denen Schleusen zu Neersdom die nehmliche Scheffen von Oed und Graefraed die Schlüssel verwahren. Wegen Unterhaltung derer Schleusen wird es aber nach der, oben §. 4. bestimmten Ordnung gehalten.

§. 13. Würde in künftigen Zeiten nothwendig seyn, bey denen Mühlen und zugehörenden Schleusen neue Archen oder Fluß = Böden anzulegen; so sollen diese dem Grund = Bette des Niers = Flusses ganz gleich geleyet werden; diesem

Actui sollen jeden Orts Beamte mit dem Gericht, worunter die Mühlen liegen, beywohnen; Zu solchem die benachbarten Beamten und Gerichts-Perſohnen, imgleichen den Ober- und Unter-Müller veranlaſſen und denen Meist-Beerbten frey ſtellen, ob ſie, wiewohl ohne Beläſtigung des Müllers mit erſcheinen wollen; Das Gericht hat dabey zu beſorgen, daß die neue Urche der Ordnung gemäß angeleget werde; Würden aber hiernächſt bey derſelben Unterſchleiſe entdeckt; So ſoll der Eigenthümer der Mühlen und reſpective der Müller in 100. Gold-Gulden Brüche verfaſſen ſeyn, und die geſchehene Bervorthellung auf Koſten derer, bei dem Actu erſchienenen Gerichts-Perſohnen hergeſtellet werden.

§. 14. Als viel die Fiſcherey in der Niers angehet, laſſen Wir Uns, in ſo weit ſolche, Unſere, die Chur-Cöllns und Jülichſche Gebieth ſcheidet, und gemeinſahm iſt folgende Ordnung allergnädigſt gefallen.

a) Daß fübrohln nur zwey Tage in der Woche und zwar Mittwochs und Freytages, oder wann auf dieſe ein Feyer-Tag einfället, auf den unmitttelbar vorhergehenden zu fiſchen erlaubet ſeyn ſolle;

b) Alle übrige Tage der Wochen, imgleichen des Nachts ohne Unterſcheid und den ganzen Monath May iſt das Fiſchen bey jedesmaliger Strafe von 6. Gold-Gulden, oder im Fall des Unvermögens, ſo vielen Wochen Schanzen-Arbeit oder Gefängniß-Strafe verbotthen.

c) Des Fiſchens ſoll ſich keiner unterziehen, er ſey dann ein würcklicher Beerbter; für Beerbten aber werden nur diejenigen gehalten welche 250. Rthlr. an liegenden Gründen beſitzen. Alle übrige, deren Vermögen ſo weit ſich nicht erſtrecket, ſind zum Fiſchen nicht berechtiget, des Fiſchens Geräthſchaft in Ertappungs-Fall verluſtiget, und das 1te. mahl in 3. Gold-Gulden, oder ſo viel Wochen Schanzen-Arbeit, das anderemahl, in eine doppelte Strafe und ſo ſerner verfallen.

d) Die ſogenannbten Flügel- und Sez-Haamen, Fuſcken und Körbe, das Pölſen und Ausſchneidung derer Ufer, um Krebſe zu fangen, iſt unter nehmlicher Strafe verbotthen.

e) Die Fiſch-Garne derer Berechtigten ſollen ſo eingerichtet ſeyn, daß ein viertelpfündiger Fiſch durch die Moſcheln ſtreichen könne.

f) Denen Scheffen, Vorstehern und sonstiger Behörde ist verstattet, die betretende Freveler, in das benachbarte Gebieth, ohne Nachtheil der Landes-Hoheit zu verfolgen und zu arretiren, mit der Bescheidenheit jedoch, daß die geschehene Arretirung, dem benachbarten Beamten sofort notificiret werde, welcher den Arrestatum sogleich, ohne Zahlung derer Akungs-Kosten, verabsolgen lassen soll, wann diese von dem Arrestato nicht können erléget werden; jedoch halten Wir Uns bedör, an denen Orten, wo die Fischerey mit Unseren und denen Chur-Cöllnischen Unterthanen gemein ist, mit Chur-Cölln Liebden, zum gemeinen Besten, Uns näher zu vereinbahren. So viel aber Unsere ubrige Geldrisch- und Clevische Lande angehet, soll es bey der Niers-Ordnung vom Jahr 1596. (N. 105 d. S.) §. 9. 10 et 11. verbleiben; mit dem Anhange, daß das sogenannte Behren imgleichen der Gebrauch derer Flügel- und Setz-Haamen, Fucken und Körbe, in dem Strohm, als den Abfluß des Wassers behindernd, bey 6. Gold-Gulden Strafe, besonders aber denen Müllern, das so schädliche Einhängen dener Anschlags-Körbe, an denen Schleusen, in denen Monathen Martii April und May bey 12. Gold-Gulden, Brüchten-Strafe verbothen seyn soll.

Da nun des Chur-Fürsten zu Cölln Liebden und Ihre Chur-Fürstliche Durchlauchten zu Pfalz, für Dero an der Niers anschießenden Gebieth, eine dieser in allen Puncten gleiche Ordnung emaniren lassen, und Wir Uns mit denselben gemeinsam verbunden haben, daß, zu besserer und mehr zuverlässigen Beobachtung desselben, von allen Dicasteriis derer, in diesem Punct vereinigten Landen, die schärfste Aufsicht genommen werden soll, ob Beamte, Scheffen, Vorsteher und diejenigen, welche sonst die Obsicht über den Niers-Fluß und dessen Behandlung zukommet, sich solcher gemäß betragen, und daß bey befindender Versäumniß, ein jeder ohne Nachsicht mit 25. Gold-Gulden Brüchte bestraffet werden soll:

Als befehlen und verordnen Wir allergnädigst, daß diese Unsere revidirte Niers-Ordnung, zum Druck befördert, gehörigen Orts von jedem Beamten und Magistrat derer an der Niers gelegenen Städte, Dörffer oder Herrlichkeiten auf die gewöhnliche Weise publiciret und affigiret werde, damit alle und jede, wes Standes und Condition sie auch seyn mögen, sich darnach aufs genaueste und allergehorsamst zu achten, und bey Vermeidung derer darinn comminirten auch nach Befinden nachdrücklichern Strafen,

für alle Contraventiones hüten mögen; Zu welchem Ende, denen in den Niers-District belegenen Jurisdictionen - Einhaberen, denen Gerichten, wie nicht weniger denen Müllern ein Exemplar dieses Unseres neuen Niers-Reglements zu gestellt und bey solchen verwarlich aufbehalten werden soll.

Uhrkundlich haben Wir diese revidirte Niers-Ordnung Höchst eigenhändig unterschrieben und mit Unserem Königlichem Innsiegel bedrucken lassen.

2018. Cleve den 24. April 1769.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Nach Inhalt eines, mit dem Capitain und General-Inspector der Gestüte „Raison,“ Behufs der Anlage einer Reitschule in der Stadt Cleve und zur Veredlung der Pferdezucht im Herzogthum Cleve geschlossenen und genehmigten Contractes, wird zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht, daß:

1. Der Inspecteur general des Haras, Raison schuldig ist, die nach eigenen Gutfinden zu Verbesserung der Pferdezucht zu gebrauchende Beschäler und Mutter-Pferde, auf eigene Kosten anzuschaffen, und zu unterhalten und zwar die ein- und ausländische Beschäler

2. in solcher Anzahl, daß die Unterthanen und Eigenthümer der Mutter Pferde die Wahl haben können, denjenigen Spring-Hengst auszusuchen, welchen sie für ihre Pferde-Zucht am dienlichsten erachten.

3. Damit indessen allen Contraventionen wider das Edict vom 28. Octob. 1765. (Nro. 1909 d. S.) vorgebeuget werde; so soll niemand in hiesiger Provinz erlaubet seyn, einen Beschäler zu halten, der nicht von dem Land-Rath des Kreyses und dem ic. Raison gesehen, und dergestalt, wie in obengedachten Edict oder Reglement vorgeschrieben worden, anerkannt, und qualificirt befunden ist.

4. Das Spring-Geld, welches für das Belegen der Stuten von einländischen Beschälern zu bezahlen ist, weist die Anlage (fehlt) nach. Was aber das Belegen von ausländischen Hengsten anbetrifft; so kommt es darauf an, wie viel an Spring-Geld, von dem Eigenthümer der Mutter-Pferde, mit dem ic. Raison, jedesmahl verabredet wird.

5. Denen Eingefessenen soll zwar überhaupt frey stehen, ihre zur Zucht haltende Pferde und Füllen, nach dem, ihnen zustehenden Eigenthums-Rechte, nach Willkühr zu gebrauchen, und in und ausser Landes zu verkaufen. Damit aber doch der Zweck hiebey erreicht werde; so sollen die vorzüglich schöne Mutter-Pferde und Füllen, damit sie nicht in den ersten 5 bis 6 Jahren ausserhalb Landes kommen, von dem Landrath und Inspecteur - General Raison marquiset, und, ohne beyderseitige Einwilligung, ausser Landes, nicht verkauft werden; diejenigen Eigenthümer aber, welche ihre Pferde zur Zucht und zum Belegen nicht gebrauchen lassen wollen, behalten völlige Freyheit, ihre Pferde zu verkaufen, wo sie wollen, ohne dadurch behindert zu werden, daß sie zur Zucht vorzüglich schön sind oder nicht.

6. Wenn von denen, aus der Manege des *ic. Raison*, belegten Pferden der Eingefessenen ein oder anderes Füllen recht sehr schön fallen sollte; so ist der Eigenthümer desselben schuldig, solches der Königl. Manege, zur Verbesserung der Pferde-Zucht unter der Bedingung zu überlassen, daß ihm sogleich nach dem Entwöhnen des Füllens dreißig Rthlr. in Golde bezahlet werden. Jedoch soll das Aussuchen dergleichen schöner Füllen allezeit mit Einstimmung des Landraths geschehen, und deren Anzahl jährlich nicht über zehn Stück betragen.

7. Uebrigens bleibt so wohl auf einer Seite denen Eingefessenen freygestellt, ob sie ihre Mutter-Pferde belegen lassen wollen, oder nicht, als auch auf der anderen Seite dem *ic. Raison* nachgelassen, solche Stuten, welche nichts taugen, von seinen Etalons auch nicht belegen zu lassen.

Wir befehlen euch nun in Gnaden, euch nach diesen Sätzen überall zu achten, und denen Eingefessenen eures Districts das nöthige von dieser so nützlichen Anstalt, zu ihrem eigenen Vortheil, bekant zu machen.

2019. Cleve den 27. April 1769.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer
 Publikation einer königl. zu Berlin am 27. April d.
 J. erlassenen Hütten- und Hammer-Ordnung für sämtliche in den königl. Landen beständige königl. Eisen-, Blech-, Kupfer-, und andere Hütten- auch Hammer- Werke, welche

vom 1. Juni 1769 an, überall zur Anwendung kommen soll. (Conf. n. Nyl. Bd. IV. a, pag. 5717 und Bd. IV, n. pag. 5337.)

2020. Hamm den 16. Juni 1769.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer-
Deputation.

Zufolge königl. Bestimmung soll demjenigen, welcher in der Grafschaft Mark, mit Aussicht auf guten Erfolg, zuerst eine Fabrike von Einsag-Gewicht, Gold- u. a. kleinen Wageschalen, nürnbergiger Art, auf eigene Kosten anlegt und sein Fabrikat producirt, auffer den ediktmäßigen Benefizien noch eine besondere Prämie von 200 Rthlr. verliehen werden. Den zu solch einem Etablissement Lust Tragenden, wird, unter Verheissung der benöthigten Assistenz, die Stadt Schwerte als ein zu diesem Zwecke alle Bequemlichkeiten bietender Ort bezeichnet.

2021. Cleve den 27. Juni 1769.

Königl. Regierung.

Publikation eines königl. zu Berlin am 17. April c. a. erlassenen allgem. Ediktes, wodurch den Zimmerleuten verboten wird, ohne Bewilligung des Bauherrn, sogenannte Feierabends-Klöge oder sonstige Baumaterialien von der Baustelle mit sich nach Hause zu nehmen. (S. n. Nyl. Bd. IV, a, pag. 5699 und Bd. IV, n, pag. 5319.)

2022. Hagen den 8. Juli 1769.

Königl. Cleve-Meurs- und Märkisches
Berg-Amt.

Da, zufolge königl. Befehles, alle Werk-Steinbrüche, Torfgräbereien, Kalk- und Ziegel-Brennereien, wie auch Thon- u. a. Gruben, woraus irdene Gefäße ic. verfertigt werden, den Baulustigen, gegen Erlegung eines jährlichen, leidlichen Kanons, verliehen werden sollen, so werden alle diejenigen, welche dergleichen Werke, ohne desfallsige Angabe beim

Vergamte und ohne dessen Concession bisher erhalten zu haben, bearbeiten, aufgefordert, Letzteres binnen Monatsfrist nachzuholen. Nach diesem Zeitpunkte sollen fernere Unterlassungen mit 10 Rthlr. Geldstrafe belegt und die Arbeit untersagt werden, auch das Werk sofort in's Freie verfallen.

2023. Cleve den 17. Juli 1769.

Königl. Regierung.

Um, bei Vollstreckung der Todesstrafen an Missethättern, den beabsichtigten Zweck: „durch das Beispiel der Strafe, von Verbrechen abzuschrecken,“ nicht zu schwächen, und da, nach den Grundsätzen der protestantischen Kirche, die Begleitung des Delinquenten zum Richtplatz durch einen Geistlichen um so weniger für nothwendig erachtet werden mag, als die statthafte Vorbereitung des Missethätters zum Tode, bis zu dessen Abführung zum Gerichtsplatz, im Gefängnisse fortgesetzt werden kann; so sollen alle Missethäter protestantischer Religion ferner nicht mehr von Geistlichen zum Richtplatz begleitet werden.

Rücksichtlich der Delinquenten römischkatholischer Religion und deren Begleitung zum Richtplatz durch Geistliche ihrer Confession, wird nichts geändert. Der überhaupt vorbehaltenen Besuch und Zuspruch der Geistlichen im Gefängnisse soll nicht bis zu den letzten Tagen vor der Hinrichtung der Missethäter ausgesetzt bleiben, sondern zeitig und sobald, als die bevorstehende Exekution vorausgesehen werden kann, veranstaltet, und bei diesen Besuchen keine fremde Zuschauer zugelassen werden, welches dem Zweck dieser Handlung nur hinderlich ist. (Conf. n. Nyl. Bd. IV. a, pag. 6179 und Bd. IV. n, pag. 5589.)

2024. Cleve den 24. Juli 1769.

Königl. Regierung.

Da alle Landrenten, Exekutoren, Boten u. a. dergleichen Aemter durch Invaliden besetzt werden sollen, so wird den Justizbehörden befohlen, bei Erledigung solcher Stellen, geeignete Invaliden in Vorschlag zu bringen, überhaupt aber die Wiederbesetzung solcher Aemter, ohne vorher einge-

holte Genehmigung der königl. Regierung, durchaus nicht zu verfügen. (Conf. n. Myl. Bd. IV. a, pag. 6183 und Bd. IV. n, pag. 5593.)

2025. Cleve den 1. September 1769.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Zur Beförderung der Einwanderung ausländischer, sowohl bemittelter Personen und Familien, als auch Fabrikanten, Professionisten, Bauern und Handarbeiter in die Provinz Cleve, werden die den Neuanziehenden allerhöchst verheißenen Vortheile verkündigt. (Werbe- und Enrollirungs-, Religions- und Gewissens-Freiheit, unentgeltliche Ueberlassung von Baustellen und von Bauland in den Städten und auf dem Lande; Baufreiheitsgelder, Abgaben-Freijahre, Reise-Unterstützungs-Gelder ic. ic.)

Bemerk. Zufolge einer am 5. März 1770 von der obigen Behörde erlassenen Verordnung, sollen diejenigen, welche die Wirkungen der vorsehenden Bestimmungen, durch Ausstreuung von schlimmen Gerüchten, zu vereiteln suchen, oder, welche die Einwanderer grob und unanständig behandeln, ausgemittelt und mit Festungs-Strafe belegt werden.

2026. Cleve den 18. September 1769.

Königl. Regierung.

Publikation eines königl. zu Berlin am 3. v. M. erlassenen Ediktes, wodurch deklarirt wird, daß, wenn aus königl. Kassen Vorschüsse an Fabrikanten und Entreprenneurs geschehen oder sonst in königl. Namen Contrakte mit jemanden geschlossen worden, der Fiscus dieserhalb in dem Vermögen des Schuldners, so wie es schon von Pächtern und Beamten verordnet, kein Vorrecht vor ältern, eingetragenen Hypothen haben soll. (Conf. n. Myl. Bd. IV. a, p. 6197. und Band IV. n, p. 5607; sodann die daselbst Band V. b, p. 141 aufgeführte, zu Cleve am 11. Mai 1772 publicirte, desfallige nähere Verordnung vom 13. April 1772, wegen des dem Fiscus ohne Eintragung zustehenden Vorzugs-Rech-

tes in dem Vermögen der Beamten und Pächter, vor den, nach eingegangener Pacht eingetragenen, jüngern Hypotheken.)

2027. Cleve den 25. September 1769.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Publikation eines königl. zu Berlin am 30. Mai c. a. erlassenen allgemeinen Edictes, wegen Untersuchung und Bestrafung der bei königl., Landes-, Städte- und andern öffentlichen Kassen vorgehenden Betrügereien, Unterschleife und Nachlässigkeiten. (f. n. Nyl. Bd. IV, a. p. 5807 u. Bd. IV, n. p. 5429.)

Bemerk. Eine zu Potsdam am 27. Febr. 1769 erlassene königl. Instruktion für sämtliche Kriegs- und Domainen-Kammern, Behufs der bessern Einrichtung des Kassen- und Rechnungs-Wesens ic., ist durch das duisburger Intelligenzblatt vom 12. Sept. 1769 zur öffentlichen Kunde gebracht, sodann auch von der königl. Kriegs- und Domainen-Kammer zu Cleve am 23. April 1770 den sämtlichen Kassenbeamten ein Auszug aus einer, zu Berlin unterm 13. Febr. ej. a. erteilten, gleichmäßigen Instruktion mitgetheilt worden.

2028. Cleve den 27. November 1769.

Königl. Regierung.

Da Uns angezeigt worden, daß bey denen Evangelisch-Lutherischen Prediger-Wahlen öfters Unordnungen vorgehen pflegen, indem die Gemeinen solche vielmahlen ohne Vorwissen, Zuziehung, und Commission der Inspectoren und Subdelegaten, auch an denen Orten, wo sämtliche Gemeins-Glieder zu stimmen berechtigt sind, dem §. 7mo. der Evangelisch-Lutherischen Kirchen-Ordnung (Nro. 397 d. C.) zuwider auf eine eigenmächtige Weise vornehmen, und dabey selten vorher untersuchen, ob die mit auf die Wahl kommende Candidaten Unsern allerhöchsten Verordnungen gemäß eligibel seyn, nicht weniger die neu berufene Prediger bisweilen ihr Amt antreten, ohne das solche von denen Inspectoribus introduciret worden: Unsere allerhöchste Con-

firmationes über sothane Prediger = Wahlen auch zuweilen nicht gehörig nachgesuchet würden.

Wir aber dergleichen Unordnungen nicht ferner gestattet wissen wollen:

So befehlen Wir Euch (den Beamten) hiermit in Gnaden, sämtliche Evangelisch = Lutherische Gemeinden Eurer Districts mit Nachdruck dahin anzuweisen, daß sie künftig bey denen vorkommenden Prediger = Wahlen sich schlechterdings nach gedachter Kirchen = Ordnung richten sollen.

2029. Cleve den 5. Dezember 1769.

Königl. Kriegs = und Domainen = Kammer.

Zur Schügung der öffentlichen, zu gemeinnützigen Zwecken errichteten, Bau = und andern Werke, wird festgesetzt, „daß der oder diejenigen, so sich an Gefrechten, Hecken, Holz, Bäumen, Krüper, Brücken und Schleusen, oder sonstigen Wasserbau = Materialien im allergeringsten vergreifen, etwas davon entwenden, oder muthwillig verrücken, wenn sie dabey ertappt werden, sofort arretiret, und mit dem Pranger, oder einer ähnlichen Strafe belegt, dem Befinden nach aber mit Festungsarbeit bestrafet werden sollen.“

Gleichzeitig wird den Thorschreibern und Pfortner jedes Ortes aufgegeben, die verdächtigen Einbringer solcher Materialien anzuhalten, und wird es den Fassbindern, bei Confiskation der Gegenstände und verhältnismäßiger Geldstrafe, verboten, Bandholz von Leuten, welche kein dergleichen Eigenthum besitzen, zu kaufen.

2030. Cleve den 4. Januar 1770.

Königl. Regierung.

Mittheilung an die sämtlichen Justizbehörden eines zu Berlin am 11. v. M. erlassenen Circulars, die Legitimation eines Erben zur Sache und Klage betreffend. (Conf. n. Mysl. Bd. IV, a. p. 6585. und Bd. IV, n. p. 5721.)

2031. Cleve den 25. Januar 1770.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Publikation eines königl. zu Berlin am 13. April v. J. erlassenen Patentes und einer Instruktion, wodurch den Behörden und Unterthanen ihr Verhalten bei einer eintretenden Vieh-Seuche vorgeschrieben wird. (Conf. n. Nyl. Bd. IV, a. pag. 5635. und Bd. IV, n. pag. 5255, und eine zu Cleve ebenfalls publicirte Instruktion d. d. Berlin den 11. April 1781, für diejenigen, welche bei der grassirenden Vieh-Seuche ihre Heerden durch die Inokulation in Sicherheit setzen wollen.)

2032. Cleve den 2. April 1770.

Königl. Regierung.

Der mit dem 1. Juni d. J. für sämtliche cleve-märkische Landes-Schulden zu Ende gehende Indult wird, wegen der, durch die jüngste Ueberschwemmung und das noch anhaltende Viehsterben veranlaßten, schlechten Umstände des Landes, auf königl. Befehl, noch auf fernere 3 Jahre, nemlich bis Trinitatis 1773, verlängert.

Bemerk. Die königl. Regierung zu Cleve hat am 4. März 1776 die wiederholte Verlängerung des, mit Trinitatis 1776 zu Ende gehenden, Indults auf fernere 3 Jahre bekannt gemacht.

2033. Cleve den 4. April 1770.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Demnach zeithero mißfälligst bemercket worden, daß der so deutlichen und bestimmten Verordnungen ohnerachtet, bey den erkannten Executionen auf eine ganz wiederrechtliche Weise verfahren, und besonders darin von den Executanten angestossen worden, daß selbige, ohne sich an die vorgeschriebene Tage, binnen welchen nur die Execution statt hat, genau zu binden, ganze Monate selbige fortgesetzt haben; dadurch dann die Unterthanen auf ganz enorme Kosten getrieben worden, und dennoch die Executiones ohne Nutzen geblieben.

So hat, zur Abhelfung aller der eingeschlichenen Mißbräuche, und damit die zur Bezahlung außer Stand gesetzte Unterthanen nicht fernerhin über die Gebühr durch die Executiones mitgenommen werden, und auf der andern Seite, der dadurch intendirte Endzweck erreicht werde, die Kriessges- und Domainen-Cammer allen denen, welchen Executiones aufgegeben werden zu ihrer Nachricht und Achtung, durch dieses Publicandum eine Vorschrif., wie sie die Executiones zu verrichten haben, bekannt machen lassen, mit der ernstlichen Verwarnung, daß falls selbige auf eine oder die andere Art darwider handeln, und sich einer Contravention zu Schulden kommen lassen werden, sie ohne alle Nachsicht, mit Erstattung sämtlicher erhaltenen Gebühren sowohl, als auch dem Befinden nach mit Verlust ihres Dienstes, oder gar empfindlicher Leibes-Strafe bestrafet werden sollen. Wenn

I. Die Execution erkannt und das Mandat dem Executanten eingehändiget worden, so muß derselbe, sich sofort zur Vollstreckung der erhaltenen Ordre aufmachen und sich wo möglich des andern Tages zu dem Schuldner, oder demjenigen wider welchen die Execution verhänget worden, hinbegeben, demselben die erhaltenen Befehle originaliter vorzeigen, und diesen buchstäblich und aufs genaueste befolgen. Um die Bezahlung zu bewürken, muß

II. Der Executant sich bey den Schuldner, ordentlich einlegen, und daselbst 3 Tage liegen bleiben; Wenn aber nach Ablauf dieser 3 Tagen keine Zahlung erfolgt, oder selbige von den Schuldner nicht bescheiniget werden kann, so muß der Executant wieder abweichen, wenn die beyzutreibende Summe über 50 Rthlr. beträgt, und dem Collegio oder dem, der das Mandat ertheilet, davon sogleich pflichtmäßige Anzeige thun. Belaust sich aber die schuldige Summe auf 50 Rthlr. und darunter, so muß Executant vor seiner Abweichung mit der Pfändung noch verfahren. Diese geschieht nun erstlich, wenn kein baar Geld vorhanden, in den dem Schuldner am wenigsten nothwendigen und entbehrlichsten Mobilien, als Gold, Silber, Zinn, Kupfer, Kleider, Betten und Hausgeräthe, und dürfen diejenige Sachen und Moventien, welche der Schuldner zu Gewinnung seiner Nahrung nicht entübrigen kann, zuletzt und nur als denn angegriffen, und genommen werden; Wenn von den übrigen Hausgeräthe nichts vorhanden ist, so muß ein Landmann sein Vieh und Geschirr, einem Handwerks-Mann sein

Werkzeug, den Kranken die Betten und so weiter, so lange als sonst noch die Zahlung erhalten werden kann, gelassen werden. So wie aber

III. Der Executor dahin sehen muß, daß er soviel Pfand als nach der ohngefährlichen Würdigung der Sachen zur Beyschaffung der schuldigen Summen erforderlich ist, erhalte; so lieget ihm auch ob, die gepfändeten Sachen sofort zu verzeichnen, und selbige sodann mit diesem Verzeichniß dem nächsten Gericht, Magistrat, und wenn beyde zu entfernt sind, den Deputirten und Scheffen des Orts selbst in Bewahrsam zu überliefern.

Von diesem hat er sothanes Verzeichniß attestiren zu lassen, wenn er die abgepfändeten Sachen abgeliefert und selbige dem Collegio mittelst Anzeige zu überreichen, und ferneren Befehl zu gewärtigen. Die Gebühren

IV. Anlangend, so sollen einem jeden Executori, von dem ersten Tag 40. stbr. und vor die andere Tage jedesmahl 30. stbr. zugebilliget werden, überdem aber ihm, wenn er die Execution auf dem Lande oder in einer Landstadt verrichten muß, vor jede Stunde Weges noch 15. stbr. besonders an Meilen-Gelder passiren; und es verstehet sich von selbst, daß der Executant diese Gebühren sogleich einzufordern muß, wenn er abweicht, und wenn er dazu nicht gelangen kann, so stehet ihm frey, wenn auch gleich die bezureichende Summe bezahlet und abgeführt ist, deshalb ein Pfand zu nehmen, und damit wie §. 3. verordnet worden, zu verfahren. Der Executant muß

V. Dasjenige was ihm in dem executions Mandat befohlen wird genau und gehorsamst ohne alle Ausnahme und Ansehen der Person verrichten, und wenn ihm aufgegeben worden ist, eine oder die andere Person in Verhaft zu nehmen, so muß er mit aller Vorsicht dieser Verordnung nachleben, und suchen sich derjenigen Person zu ermächtigen, dabey er sich aber wohl bey empfindlicher Ahndung aller Beleidigung und brutalen Bezeugung zu enthalten hat, findet es sich aber daß ihm Widerstand gethan worden, so hat er denen, die sich ihm widersetzen, vernünftige Remonstrations zu thun, und im Fall diese vergeblich sind; So muß sich der Executor bey den nächsten Gerichten und Magistraten in Ermangelung derselben bey den Deputirten und Scheffen des Orts oder Gemeinheit melden und sich die erforderliche Mannschaft zur Hülfe geben lassen, von der vorgefal-

lenen Wiedersehlichkeit aber zur ernstlichen Bestrafung jedesmahl Anzeige thun. Vor die Arretirung selber soll er von jeden Tag bis der Arrestant in das verordnete Gefängniß gebracht worden 40 sbr. nehmen dürfen. Und so wie endlich

VI. Der Erecutant, alles von Anfange der Erecution an genau protocolliren muß, damit er allemahl nachzuweisen im Stande sey, daß er vorschriftmässig zu Werke gegangen, so soll er sich auch nicht unterstehen bey Verlust sämmtlicher Gebühren, oder Remotion vom Dienst, und dem Befinden nach Leibesstrafe, ein mehrers an Gebühren, als vorstehend ihm festgesetzt ist, zu nehmen, oder länger als 3 Tage es wäre dann, daß ihm ausdrücklich befohlen nicht eher abzuweichen als bis der Schuldener alles praestiret, in welchem Fall er durchaus so lange bey demselben liegen bleiben muß, die Erecution fortsetzen. Diese muß er mit aller Bescheidenheit jederzeit verrichten, und wenn sich einer oder der andere mit Worten, oder gar thätlich an ihm vergreift, so hat er einen oder zwey Zeugen darzu herbey zu rufen, und nachhero fordersamste Anzeige davon zu thun, da ihm dann alle Assistance gegeben, und ein solcher widerpensziger Unterthan empfindlich bestrafet werden solle.

2034. Cleve den 5. April 1770.

Königl. Regierung.

Publikation eines königl. zu Berlin am 8. Februar d. J. erlassenen Edictes, wodurch bestimmt wird, daß, vom 1. October d. J. an, alle Contracte, Verträge und Versprechungen, deren Gegenstand die Summe von Fünffzig Reichsthaler übersteigt, schriftlich errichtet werden müssen, widrigenfalls aber unverbindlich sein sollen. (Conf. n. Nyl. Bd. VI, pag. 6669.)

2035. Hamm den 10. Mai 1770.

Publikandum wegen eines auf königl. Befehl am 2. Juli c. a. zu Hamm beginnenden Lehr - Courses für die Hebammen in der Graffschaft Mark, nebst Einladung zur

Theilnahme, an die Hebammen, Wicelfrauen und andere Weiber, welche sich künftig dem Hebammendienste widmen wollen.

Bemerk. Diese Bekanntmachung ist von dem angeordneten Hebammen-Lehrer für die Grafschaft Mark erlassen, und ist, von einem für die Provinz Cleve angestellten Hebammenlehrer, eine gleichmäßige Aufforderung sub dato Cleve den 21. Juni 1771 publicirt worden. Die Erstere macht es den Hebammenschülerinnen zur Pflicht, sich durch glaubwürdige Zeugnisse, über ehrliches Herkommen und untadelhaften Wandel auszuweisen, die Letztere verheißet den Schülerinnen gründlichen und unentgeltlichen Unterricht und vorzugsweise Berücksichtigung, bei Besetzung vacanter Hebammenstellen, vor andern Hebammen, welche nicht ordentlich gelernt haben.

Die Andeutung dieser beiden Bekanntmachungen in dieser Sammlung erscheint als erste historische Notiz, über die dem Gegenstande gewidmete Sorgfalt des Staates; späterhin hat das königl. Provinzial-Medizinal-Collegium zu Hamm, in den duisburgischen Intelligenzblättern vom Jahr 1800 bis 1805, den jährlichen Wiederanfang des dreimonatlichen Hebammen-Lehr-Courses, bei dem desfalls zu Hamm, und im Jahr 1802 auch zu Hattingen, angeordneten Hebammen-Lehrer, bekannt gemacht, und die qualificirten Candidatinnen zur Theilnahme aufgefordert.

2036. Cleve den 14. Mai 1770.

Königl. Regierung.

Publikation des nachstehenden zu Berlin am 19. November v. J. erlassenen königl. Ediktes:

Friedrich, König ic.

Fügen hiermit jedermänniglich zu wissen, daß, ob Wir zwar hiebvor verschiedentlich das ungebührliche und höchstgefährliche Schiessen an den Heiligen Abenden vor Weynachten, Neu-Jahr, oder andern grossen Fest-Tagen, auch in solchen Fest-Tagen selbst, imgleichen bey Hochzeiten, Kind-Laufen und andern Ausrichtungen, auch sonst, sowohl bey Tage als des Abends, und zur Nachtzeit in denen Städten

und Dörfern, durch öffentliche Edicte, und andere Verordnungen bey empfindlicher Strafe verbothen haben, Wir dennoch zu Unserm höchsten Mißfallen vernommen, daß solchen Unsern heilsamen Verordnungen, nicht überall gehörig nachgelebet, sondern durch dergleichen gefährliches Schiessen verschiedentlich großes Unglück und Schaden, als Feuersbrünste, auch wohl sogar Menschen = Mord verursacht worden.

Wenn Wir nun dergleichen Frevel und Unwesen, mit allem Nachdruck gesteuert wissen wollen;

Als haben Wir nöthig befunden, die dieserhalb vorhin ergangene Verordnungen, und Edicta zu erneuern und zu schärfen.

Wir setzen, ordnen und befehlen demnach hiermit und in Kraft dieses auf das ernstlichste, und bey Vermeidung der hierinn erwehnten Strafen, daß, wie in allen Unsern Landen, also auch in denen Cley- und Märckischen Geldern- und Meursischen Städten und Vorstädten, desgleichen in denen Dörfern, und Amts- oder Vorwercks-Häusern, niemand, er sey wer er wolle, vom Militair- oder Civil-Stande, Hohen oder niedrigen Ranges, sie seyn in Unsern oder anderer Herren Dienste, Adlichen oder Bürgerlichen Herkommens, oder auch von dem Bauren-Stande, und wie es sonst Rahmen haben möchte, so wenig am Tage als bey Abends- oder Nachtzeit, weder bey Hochzeiten, Kind-Tauffen und andern Ausrichtungen, noch vor und in den Heiligen Feyer-Tagen, ProceSSIONen und Umtrachten, oder auch sonst aus Muthwillen und zur Lust einiges Schieß-Gewehr, es seyen Büchsen, Flinten, Pistolen oder Puffert oder sogenannten Schlüssel-Büchsen, oder, wie es sonst Rahmen haben kann, es mag solches Gewehr scharf geladen seyn oder nicht, zu lösen, weniger Schwärmer daraus zu schiessen, oder dergleichen zu werfen, oder Raqueten steigen zu lassen, oder Granaten zu werfen sich unterstehen soll, widrigenfalls der, oder die Uebertreter dieses Edictts, zum erstenmal jeder mit Fünffzig Rthlr. fiscalischer Strafe, wenn es Personen vom Civil-Stande sind, obgleich durch dergleichen Schuß kein Schade geschehen seyn möchte, unnachbleiblich beleet, bey wiederholtem Verbrechen aber, dergleichen Frevler, nach Befinden der Umstände härter bestrafet werden sollen, und werden die daher fallende Geld = Strafen allenthalben, wo Uns die Gerichte zustehen, und auch in Städten, wo solche die Magisträte haben, zu

Unserm oder derer Magisträte Antheil, zu Anschaffung und Unterhaltung derer Feuer-Instrumente, ein für allemahl hierdurch gewidmet; wie sie andernwärts unter denen Abnutzungen derer Gerichte verbleiben. Im Fall auch diejenigen, so sich gelüsten lassen wider dieses ernstliche Verboth zu handeln, etwa nicht vermögend seyn möchten die 50 Rthlr. Strafe zu bezahlen, sollen dieselben ohne einige Gnade auf die Festung gebracht, und drey Monath lang, respective zum Festungs-Arrest oder Arbeit angehalten werden. Woferne aber durch dergleichen Verbrechen würklich eine Feuerbrunst oder Menschen-Mord oder sonst Schaden entstände, sollen die Uebertreter sofort zur Haft gebracht, und mit der Untersuchung wider sie schleunig verfahren, dieselben auch nach Befinden, nicht allein zur Erstattung des Schadens, wenn sie des Vermögens sind, angehalten, sondern auch über das, noch mit einer, zu pflichtmäßiger richterlicher Ermäßigung ausgesetzten proportionirten Strafe, unnachbleiblich gegen sie verfahren, wenn aber in dergleichen Fällen die Verbrecher den Schaden zu ersetzen nicht vermögend sind, die Strafe nach denen Umständen geschärfet werden.

Da Uns auch berichtet worden, daß dergleichen Excesse öfters von Beurlaubten, Unter-Officiers und Gemeinen Soldaten oder Enrollirten, verübet werden, Wir aber denenselben, darunter ebenfalls im geringsten nicht nachgesehen wissen wollen: Als wird insonderheit auch gedachten Beurlaubten, Unter-Officiers, Gemeinen Soldaten und Enrollirten hiermit dergleichen frevelhaftes Schiessen, nicht minder die Beförderung oder Bertheidigung desselben, bey Strafe des Gassen-Lauffens oder Festungs-Arbeit an der Karre, nach Befinden der Umstände, ernstlich und auf das Schärfste verboten.

Wir befehlen auch hiermit allen und jeden Land- und Steuer-Räthen, Magisträten auch andern Gerichts-Ortlichkeiten auf dem Lande und in denen Städten, wo keine Garnisons sind; wann solche Verbrechen von beurlaubten Unter-Officiers oder Gemeinen Soldaten und Enrollirten in ihrer Gerichtsbarkeit verübet werden, oder dergleichen Uebertreter dieses Unfers ernstlichen Verboths, sich unter ihnen aufhalten, dieselben sofort zu arretiren, und sie unverzüglich an die nächste Garnison liefern zu lassen, von welcher die Beurlaubten weiter an die Regimenter, worunter sie gehören, die Ueber-Completen und zum Zuwachs Enrollirten aber,

wenn sie von ihren Regimentern nicht über Fünf Meilen entfernt sind, ebenfalls dahin geschicket, wenn aber die Regimente weiter entlegen wären, selbige bey der Garnison, wo sie zuerst abgeliefert worden, examinirt und abgestraffet werden sollen: Wornach sich Unsere hohe und niedere Krieges- und Civil-Bediente, Land und Steuer-Räthe, Magistrate, nicht minder alle und jede Gerichts-Obriechten in denen Städten und auf dem Lande, auch sonst jedermänniglich, insonderheit auch das Officium Fisci gehorsamst zu achten, mit allem gehörigen Ernst hierüber zu halten, und die Verbrecher zur Bestrafung anzuzeigen haben.

Damit auch hierüber desto genauer gehalten, und insonderheit in denen Dörffern, und zwischen Rohr- Strohs- und Schindel-Dächern, durch das verbotene Schiessen, Schwärmer- und Granaten- oder Raqueten-Werfen nicht Unglück oder Feuer-Schaden verursacht, bey dergleichen Uebertretung aber die Verbrecher so vielmehr entdeckt, und zur gebührenden Strafe gezogen werden mögen; So soll, wenn ein beurlaubter Unter-Officier oder Soldat, Enrolirter oder eine andere Person dergleichen Schiessen und Excesse vornehmen wollte, der Eigenthümer und Einwohner des Hauses, sich demselben auf alle Weise widersetzen, und solches allenfalls, mit Zuziehung des Schulken, der Scheffen und derer Gerichts-Leuthe zu hindern suchen.

Daferne aber solches Schiessen, und Unfug, ehe und bevor derjenige, bey welchem der Thäter sich aufgehalten, solches Vorhaben gewahr worden, oder, ohne daß er es verhindern könne, geschähe:

So soll derselbe den Thäter denen Beamten, Obriechten und Gerichtslenten alsofort melden, um sich des Thäters zu bemächtigen, im Fall aber der Eigenthümer oder Einwohner des Hauses selbst der Thäter wäre, oder mit diesem unter der Decke steckete, und die That zu verhehlen suchte: so sollen die nächsten Nachbarn, auch sonderlich der Schulze sammt denen Gerichts-Leuten, so bald sie einen Schuß gehört, sich an den Ort begeben, wo derselbe geschehen, und sich des Thäters ebenfalls bemächtigen, mitbin selbigen ihrer Obriechtheit einliefern, woferne aber indessen der Thäter entsprungen wäre, muß die Sache nach ihren Umständen der Obriechtheit ohne den geringsten Zeitverlust angezeigt werden, um in der Sache weiter, nach Vorschrift dieses Edicti zu verfahren.

Da Wir übrigen auch häufig bemerken müssen, daß durch unbehutsamen Gebrauch des Schieß-Gewehrs, Menschen zu Schaden und um das Leben kommen, wozu denn die mehreste Veranlassung dadurch gegeben wird, daß das geladene Gewehr unvorsichtiger Weise an Orten aufbehalten wird, wo junge Leute, Weiber, Dienst-Böthen, und andere, so damit nicht umzugehen wissen, noch die darauf liegende Gefahr kennen, solches ergreifen und sich damit abgeben können: So befehlen Wir, daß jedermann der geladenen Gewehr in seiner Wohnung haben will, auch für dessen sorgfältige Aufbehaltung stehen, jeder Haus-Vater hierauf selbst aufmercksam seyn, und denen Seinigen keine Unvorsichtigkeit nachsehen soll, damit nicht, wie sonst seyn würde, die, so hierunter etwas versäumet, bey entstehendem Unglück dafür verantwortlich werden; und da in denen Städten vollends unnöthig ist, geladenes Gewehr in denen Häusern zu haben, so soll, wenn durch dessen unvorsichtige Lösung in denen Häusern, ein Mensch das Leben verlieret, jedesmahl der, so das geladene Gewehr in seiner Verwahrhaftig gehabt, bloß deshalb, und ohne auf die, bey dessen Verwahrung begangene Vor- und Unvorsichtigkeit zu reflectiren, als welche nach dem Grade der Verschuldung besonders bestrafet wird, mit Fünfzig Rthlr. und wann er unvermögend ist, mit Dreymonathlichen respectiver Festungs-Arrest oder Arbeit belegt werden. Hiervon nehmen Wir allein die, auf der Reise begriffene, und in denen Städten sich im Durchreisen verweilende, aus, als welchen darüber, daß sie geladenes Gewehr, auch während ihres Aufenthalts in Städten, bey sich gehabt, nichts zur Last gelegt werden soll, wo im übrigen, wenn sie in dessen Verwahrung in großem Grad unvorsichtig gewesen, ihre Bestrafung nach befundenen Umständen vorbehalten wird. Auf dem Lande hingegen ist niemanden zur Strafe anzurechnen, daß er geladenes Gewehr in seiner Verwahrhaftig hat, als welches zu seiner Sicherheit erforderlich seyn kann, nur daß ihm über dessen Verwahrung keine Unvorsichtigkeit zur Last falle.

So oft demnach eine, durch unvorsichtige Lösung eines Feuer-Gewehrs geschehene Tödtung eines Menschen zur Untersuchung kommt, sollen die inquirirenden Gerichte, dafern das Unglück nicht mit einem, in eigener Verwahrhaftig gehaltenen Gewehr geschehen, oder da der, so das Gewehr in Verwahrung gehabt, nicht der Haus-Vater selbst ist, zugleich; ob bey der Verwahrung des Gewehrs, oder auch bey der, dem Haus-Vater darauf obliegenden Aufsicht,

eine strafbare Unvorsichtigkeit untergelaufen, auf das genaueste untersuchen, und nöthigen Falls diejenigen, denen hierunter etwas zur Last fällt, mit ihrer Vertheidigung versehen, damit zugleich in einem Erkenntnisse, die Schuld oder Unschuld sowohl derer, so das Unglück unmittelbar angerichtet, als derer, so durch unbehutsame Aufbewahrung des geladenen Gewehrs, deren Unvorsichtigkeit zum öftern die größte ist, oder aus Mangel der ihnen darauf obliegenden Aufsicht, Veranlassung dazu gegeben, durch richterliches Erkenntniß festgesetzt werden könne; und wie alle Erkenntnisse über Vorfälle, wobey ein Mensch sein Leben verlohren, zur Einsicht und Confirmation Unseres Justiz-Departements gelangen müssen; So wird dieses die Gerichte, welche die Verordnung nicht gehörig in Execution bringen, dazu anhalten, und dem Befinden nach zur Verantwortung ziehen; Unser General-Directorium aber wird an die Policey-Directorien in Städten die Verfügung ergehen lassen, daß die Verordnung wegen Aufbewahrung von geladenem Gewehr in Häusern, und die darauf angedrohte Strafe gehörig bekannt gemacht, und die Bekanntmachung von Zeit zu Zeit wiederholet werde, auf daß dieses Gesetz beständig in Vigueur bleibe. Damit nun dieses erneuerte und geschärfte Edict zu jedermanns Wissenschaft kommen möge: So soll dasselbe nicht allein jezo, sondern auch künftig alljährlich zweymahl, und zwar am ersten Sonntage des Monathes Julii, und am letzten Advents-Sonntage nach der Predigt, von denen Canzeln öffentlich verlesen, und überdem sowohl in denen Städten als auf denen Dörfern an öffentlichen Orten angeschlagen und ausgehangen werden.

Bemerk. Zufolge eines in Cleve und Mark publicirten allg. königl. Edictes, d. d. Berlin den 11. Juli 1775 (s. n. Nyl. Bd. V, e. pag. 205), sind die oben aufgeführten Bestimmungen erneuert, und auch das Abbrennen von Feuerwerken bei gleicher Strafe verboten worden. Die königl. Kriegs- und Domainen-Kammer zu Cleve hat unterm 2. März 1789 einen Auszug der im obigen Edicte vom 19. November 1769 enthaltenen Strafbestimmungen wiederholt verkündigt, und jene zu Hamm, sub dato den 8. August 1794, die Vorschriften des allgem. Edictes vom 11. Juli 1775 erneuert.

2037. Cleve den 19. Juli 1770.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.
 Publikation eines königl. zu Berlin am 19. Juli c. a. erlassenen Edictes, wodurch das Abschneiden der jungen Eichen, und der Gebrauch und Verkauf der daraus verfertigten Peitschenstöcke wiederholt verboten wird. (Conf. n. Wyl. Bd. IV, pag. 7313.)

2038. Cleve den 13. August 1770.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.
 Zur Beseitigung eines seither bestandenen Vorurtheils, als seien die märkischen Steinfohlen zur Ziegel-Brennerei nicht geeignet, wird das Publikum davon benachrichtigt, daß ein zu Ruhrort deshalb gemachter Versuch das Gegentheil vollständig erwiesen habe.

2039. Berlin den 20. September 1770.

Königl. Gen. Ober-Finanz-, Kriegs- und Domainen-Direktorium.
 Auf königl. Befehl werden, zur Beförderung und Ermunterung der Landes-Cultur und der Industrie, so wie des Fabrik-, Manufaktur- und Gewerbe-Betriebes, ein und zwanzig Prämien für desfallsige Leistungen, Entdeckungen und Erfindungen verheissen.

Bemerk. Das obige Publikandum und die Bekanntmachung der stattgefundenen Prämien-Verleihungen sind sowohl, als die spätern alljährlich wiederholten gleichartigen Prämien-Verheissungen und Verleihungen, durch das duisburg'sche Intelligenzblatt, in Cleve und Mark publicirt worden; sie sind jedoch in dieser Sammlung ferner nicht angedeutet, sondern nur diejenigen ebenmäßig erlassenen Bekanntmachungen hier aufgenommen worden, welche die provinzielle Landes-Cultur und Industrie ins Besondere betreffen.

2040. Cleve den 29. October 1770.

Königl. Regierung.

Alle im Wasser betroffene menschliche Körper, in so fern sie nicht bereits in Fäulniß übergegangen, oder mit solchen Merkmalen behaftet sind, daß alle Hoffnung zur Wiederbelebung verschwunden ist, müssen sofort aus Land, in das nächst gelegenste Wirthshaus, oder, wo deren keins vorhanden, in ein anderes Haus gebracht werden, und muß möglichst schnell ein Arzt oder Wundarzt herbeigeholt werden, um durch diesen alle mögliche Rettungs-Mittel anwenden zu lassen. Jeder Unterthan, besonders aber die Gastwirth und Herberger, sind verpflichtet, bei 10 Rthlr. Strafe, ihr Haus zu solchen Rettungsversuchen unweigerlich herzugeben.

2041. Cleve den 5. November 1770.

Königl. Regierung.

Unter Feststellung des Grundsatzes, daß in denjenigen Rechtsstreitigkeiten, welche vor der königl. Regierung in erster Instanz abgeurtheilt worden, und in welchen den Untergerichten die Exekution der Urtheile aufgetragen wird, diese durchaus keinen fernern Prozeß gestatten dürfen, sondern allein den Auftrag des committirenden Collegiums, seines litterlichen Inhalts nach, vollstrecken müssen, werden die cleve-märkischen Justizbehörden mit ausführlicher Anweisung über das desfalls von ihnen zu beachtende Verfahren versehen.

2042. Hamm den 3. Januar 1771.

Königl. Prov. Medizinal-Collegium.

Alle Streitigkeiten über die Bestimmung des Arztlohnes und der Preise der Medicamente, so wie alle gerichtliche Einforderungen desfallsiger Rückstände, gehören zur ausschließlichen Cognition der Provinzial-Medizinal-Collegien, an welche sich daher die Partheien zu wenden haben.

Bemerk. Die königl. Regierung zu Cleve hat die Gerichte unterm 10. Februar 1774 angewiesen, alle Klagen über vorangedeutete Gegenstände an die Provinzial-

Medizinal-Collegien zu Cleve und resp. zu Hamm zu verweisen.

2043. Hamm den 11. Januar 1771.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer's
Deputations-Collegium.

Zur Verhütung der gesundheitsnachtheiligen Folgen des, unter dem Roggen sich findenden, Brand- oder Mutterkornes, wird es den Müllern, bei 5 Rthlr. Strafe pr. Scheffel, verboten, dergleichen, mit schwarzen, langen und krummen Körnern angefüllten, mithin noch nicht gesiebten, Roggen zum Mahlen anzunehmen.

2044. Cleve den 25. März 1771.

Königl. Regierung.

Die, Behufs der Rentbarmachung, bei der königlichen Bank zu hinterlegenden Gelder der Gerichte, Kapiteln, Gymnasien u. a. Stiftungen ic. sollen ferner nur in runden, wenigstens 50 Rthlr. betragenden, und mit 10 Rthlr. steigenden Summen dahin gerichtet, und abschlägliche Aufkündigungen ebenfalls nur in runden Beträgen von 10, 20, Rthlr. u. s. w. bewirkt werden. (Conf. n. Nyl. Bd. V, a. pag. 43.)

2045. Berlin den 10. April 1771.

Friedrich, König ic.

Remissions-Reglement für die königl. Domainen im Herzogthum Cleve, im Fürstenthum Moers und in der Grafschaft Mark, wodurch die Fälle bestimmt werden, in welchen den Zeichtpächtern der Domanal-Güter, Zehenten, Mühlen ic., bei vertragsmäßig nicht übernommener Gefahr aller Zufälligkeiten, Pachtzuschlässe angedeihen sollen, sodann auch die Grundsätze festgesetzt, und die Formlichkeiten vorgeschrieben werden, wonach die Vergütungen bemessen und wie sie verwirklicht werden müssen. (Conf. n. Nyl. Bd. V, a. pag. 89.)

2046. Cleve den 15. April 1771.

Königl. Regierung.

Behufs der von den Kammerei-Kassen in eigenen Prozessen zu zahlenden Gerichts-Sportuln, sind in den Etats der Kammereien jährliche Beyträge ausgeworfen, die nur zu den Prozeßkosten verwendet, im Nichtverwendungsfalle für künftige Fälle asservirt, im Fall der Unzulänglichkeit aber nicht erhöht werden sollen. Hiernach werden die Gerichte angewiesen, bey dem Ende jeder Instanz der Kriegs- und Domainen-Kammer die Designation der den Kammerei-Kassen zur Last fallenden Sportuln mitzutheilen und, wenn sich ergibt, daß das, zu Prozeßkosten ausgelegte, Etats-Quantum der Kammerei, zur Zahlung des Sportuln-Betrages noch nicht zureicht, für den Ausfall, Zahlungs-Ausstand bis zur Einnahme des folgenden Jahres zu gewähren. Dieses Verfahren soll auch auf die von den Kammerei-Kassen bereits schuldigen Sportuln Anwendung finden. (Conf. n. Nyl. Bd. V, a. pag. 75.)

2047. Cleve den 18. Juli 1771.

Königl. Regierung.

Die Verordnung vom 20. Dezember 1731 (Nro. 1135 d. S.), wonach diejenigen schon lange gerichtlich deponirten Testamente, deren Autoren, so viel wie bekannt ist, oder wie nach Maßgabe des Zeitraumes zu vermuthen stehet, nicht mehr leben, eröffnet, und die etwa darin enthaltenen Legata ad pias causas, gehörigen Ortes abgegeben werden sollen; sodann auch das Edikt vom 21. Juni 1753 (Nro. 1679 d. S.), wonach alle dergleichen Vermächtnisse an Kirchen u. a. fromme Stiftungen, Behufs der landesherrlichen Bestätigung, an die königl. Regierungen eingesendet werden müssen, werden den sämtlichen Justizbehörden zur genauern Beachtung in Erinnerung gebracht. (Conf. n. Nyl. Bd. V, a. pag. 253.)

2048. Cleve den 18. Juni 1771.

Königl. Regierung.

Die in den allgemeinen Rescripten d. d. Berlin den 12. Juli 1767 und 27. Juni c. a. enthaltenen Bestimmun-

gen, daß die Eintragungen und Löschungen in den Hypothekenbüchern nur auf den Grund gerichtlicher, oder außergerichtlicher, jedoch letztern Falls vor einem Gerichte, oder vor denjenigen, welche das Hypothekenbuch führen, oder endlich vor Notar und Zeugen recognoscirter, Urkunden, geschehen dürfen; sodann die in dem allgemeinen Rescripte d. d. Berlin den 2. d. M. erteilten Vorschriften über die Zulässigkeit der Ediktal-Citationen von Gläubigern und Anspruchs-Berechtigten, bei Verlust ihrer Forderungen und Rechtsansprüche, — werden den cleve-märkischen Justizbehörden zur Beachtung mitgetheilt. (Conf. n. Nyl. Bd. IV, pag. 927, und Bd. V, a. pag. 249. u. 255.)

2049. Cleve den 26. Juli 1771.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Das in der Jagd- und Wald-Ordnung enthaltene Verbot, bei 20 Stüber Strafe und eben so viel Pfandgeld, Vieh, und weniger noch Pferde, in die königl. Forste ungehütet einzutreiben, wird in Erinnerung gebracht.

2050. Cleve den 29. Juli 1771.

Königl. Regierung.

Den Justizbehörden in der Grafschaft Mark wird, unter Mißbilligung ihrer seitherigen Saumseligkeit, befohlen: die vorschriftsmäßigen Quartaltabellen der bei ihnen anhängigen Prozesse, gegen ausgetretene Landeskinder und Cantonisten, auch wegen ihres hinterlassenen, confiscirten und zur Invaliden-Casse beizutreibenden Vermögens, wenigstens 3 Tage vor Ablauf des Quartals, an die märkische Kammer-Deputation zu Hamm oder an den betreffenden Landrath, bei Vermeidung einer Brüche von 5 Rthlr. einzureichen

Bemerk. Die letztere Bestimmung ist am 27. April 1780 erneuert worden.

2051. Cleve den 11. August 1771.

Königl. Regierung.

Publikation eines königl. zu Berlin am 11. August c. a. erlassenen Edictes gegen die Untreue der Postillione, Vorspänner und Dienstknechte in Entwendung resp. Veräußerung des ihnen bei Verrichtung der Vorspann- und Post-Führen anvertraueten Futters. (Conf. n. Nyl. Bd. V, a, pag. 299.)

2052. Cleve den 12. August 1771.

Königl. Regierung.

Die sämmtlichen Justizbehörden werden angewiesen, gegen die aus dem Holländischen in die königl. Lande herüberkommenden Schuldner, auf den Grund eingehender Klagen ihrer holländischen Gläubiger, nicht eher zu verfahren, bis daß von den holländischen Gerichten oder den sogenannten desolaten Budel-Kammern Requisitoriales eingekommen sind; damit nicht Gläubiger, welche bei den Budel-Kammern ganz oder theilweise schon befriedigt sind, sich noch einmal melden.

2053. Cleve den 9. September 1771.

Königl. Regierung.

Publikation einer königl. zu Berlin am 10. Juli c. a. erlassenen Verordnung, daß die Justiz-Collegien die adlichen Güter, welche wegen Schulden zum gerichtlichen Verkauf kommen, anjeho nicht unter zwei Drittel der Taxe adjudiciren, sondern bis sich solche Käufer dazu finden, den Creditoren selbst zum Genuß in Besiß geben, und dadurch zugleich die Deterioration der Güter evitiren sollen. (Conf. n. Nyl. Bd. V, a, pag. 267.)

2054. Cleve den 3. October 1771.

Königl. Regierung.

Bermächtnisse und Schenkungen an cleve-märkische Universitäten und öffentliche Schulen sollen unter die Ausnahmen des beschränkenden Edictes vom 21. Juni 1753 (Nro.

1679 d. S.) gezählt und denselben unverkürzt abgetragen werden, in so fern die dadurch benachtheiligten Erben des Testators, mit demselben in entfernterem Grade der Blutsfreundschaft als Geschwister stehen, oder wenn sie selbst dessen Geschwister, jedoch kundbar, oder nach etwaiger gerichtlicher Festsetzung, in ihren Umständen nicht dürftig sind. (Conf. n. Nyl. Bd. V, a, pag. 333.)

2055. Cleve den 19. Dezember 1771.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Die den cleve-mörsischen Städten, anstatt der seithe- rigen Accise-Abgabe von Naturalien, zugestandene firirte Consumtions- und Servis-Steuer, muß, zufolge des des- falligen zu Berlin am 14. Jan. 1767 von Sr. Majestät allerhöchst selbst vollzogenen Reglements, von den vermög- dern Contribuenten vierteljährig, von den Mindervermögen- den aber monatlich praenumerando, und zwar vor dem 10. des Anfangs-Monates des Quartals, resp. jedes Monates, an die Accise-Kassen entrichtet werden. Rückstände dürfen von den Letztern nicht geduldet werden, sondern sollen sie am 16. jedes Monates die Nachweisen der Restanten den Magistraten einreichen, welche auf deren Grund die Ere- cution, und nachdem diese während 3 Tagen fruchtlos an- gewendet worden ist, die Pfändung verfügen müssen. Ueber die zu beachtenden Cassen-Operationen werden außerdem noch ausführliche Vorschriften ertheilt.

2056. Cleve den 21. Dezember 1771.

Königl. Regierung.

Die Justizbehörden und Stadt-Magistrate werden an- gewiesen, die Rechnungen von allen vorhandenen piis Cor- poribus, es seyen Armen-, Waisen- und Arbeitshäuser, Kir- chen, Schulen, Hospitäler, gemeine Armen-Fonds oder der- gleichen, mit Ausnahme jener Kirchen, Diaconien und Schu- len, welche ohne ihre Concurrenz unter Aufsicht der Geist- lichkeit und Consistorien stehen, wegen welcher besonders ver- fügt worden ist, ohne Verzug pro 17 $\frac{20}{71}$ abzunehmen und, mit den Belegen, unter portofreier Rubrik einzusenden.

2057. Cleve den 30. Januar 1772.

Königl. Regierung.

In allen Rechts-Sachen über Supplirung der elterlichen oder vormundschaftlichen Consense bei Eheverlöbnißnen der Kinder und Mündel, so wie überhaupt in allen Sponsalien-, Ehe- und Ehescheidungs-Sachen, darf künftig gar kein schriftliches Verfahren gestattet, und müssen solche Sachen mündlich gehöret, auch vor allen andern beschleunigt werden.

2058. Cleve den 13. Februar 1772.

Königl. Regierung.

Die seither nicht beachtete Vorschrift (Nro. 777 d. S.), daß die evangelischen Prediger ihre Predigten, ausschließlich des Gebetes und des Gesanges, bei 2 Rthlr. Strafe, nicht über die Dauer einer Stunde ausdehnen dürfen, soll von den Beamten strenger gehandhabt und die Geistlichen zur genauern Befolgung der königl. Verordnungen angehalten werden.

2059. Berlin den 18. Februar 1772.

Königl. General-Directorium.

Demnach Seine Königliche Majestät in Preussen etc. Unser allergnädigster Herr, das Mühlenwesen in Dero Herzogthum Cleve, Fürstenthum Neurs und Grafschaft Mark, auf einen gewissen und beständigen Fuß einrichten, mithin das bishero gebräuchlich gewesene Mühlen-Reglement revidiren zu lassen, allergnädigst gut gefunden; Als befehlen und verordnen Höchstgedachte Seine Königl. Majestät, zu dem Ende hiermit allergnädigst, und Kraft dieses ernstlich.

1. Soll ein jeder sich zu derjenigen Mühle halten, und daselbst mahlen lassen, wo er hingewiesen ist, folglich niemand sich unterstehen, durch muthwilliges Wegfahren, oder Tragen seines Getreides, nach einer andern Mühle, dem Müller, welchem er als ein Mahlgast zugeschlagen worden, das Mulfter- oder Mahlgeld, nachdem solches jeden Orts, entweder in natura abzugeben, oder in Gelde zu entrichten eingeführet ist, zu entziehen.

Der, oder diejenige, welche solches thun, sollen als Uebertreter dieses Reglements, nicht allein angehalten werden, das verordnete Mulfster oder Mahlgeld, denen Mül- lern, und überdem eine Strafe, von Einem Scheffel und darunter Zwey Rthlr., von Zwey Scheffel und darunter Vier Rthlr. und so weiter von Scheffel zu Scheffel zu steigen, wovon ein Drittel Seiner Königl. Majestät zu berechnen, ein Drittel der Denunciant, und das übrige ein Drittel entweder Höchstderoselben Schläter oder Rentmeister oder wer sonst pro Administrators oder Aufseher bestellt ist, zu genießen haben sollen, zu bezahlen, sondern es soll auch das auf einer fremden Mühle gebrachte Getreide confisciret werden, und hat dieses zu entrichtende Mulfster oder zu be- zahlende respective Mahlgeld und Strafe, jeden Orts Haupt- pächter oder Administrator, in vorkommenden Fällen, nach vorher gegangener legalen Untersuchung und Ueberzeugung des Contravenienten, ohne Weitläufigkeit beyzutreiben. Je- doch müssen Hauptpächtere sich hüten, daß niemanden eine Contravention angedichtet werde, massen wenn hierunter Beschwerde geführt werden sollte, die Krieges- und Domain- en-Kammer, den Hauptpächter nach angestellter Unter- suchung, ernstlich dafür ansehen wird.

2. Und damit künftig alles in denen Mühlen ordentlich hergehen, auch ein jeder wissen möge, was an Mulfster oder Statt dessen an Mahlgeld bezahlet werden muß; So wird hiermit festgesetzt, daß bey denen Mühlen, wo das Mulf- ster bishero in natura erhoben worden, von dem zur Mühle kommenden Getreide, nach der bisherigen Observanz, im Herzogthum Cleve und Fürstenthum Meurs, nicht mehr als ein sechzehn Theil Mulfster, hingegen in der Graffschaft Mark, nicht mehr als ein zwanzigtel Theil, oder wie es sonst jeden Orts zeithero gebräuchlich gewesen, genommen und gegeben werden darf, und muß eine jede Sorte von Getreide aparte, nicht aber melirtes Getreide zur Mühle gebracht werden. Auf denen Mühlen aber wo bishero das Mulfster mit Geld bezahlet werden muß, daferne nicht in denen Anschlägen und Contracten, andere Sätze bestimmet worden, und so lange bis die jezige Cammertare des Getreides geändert wird, im Herzogthum Cleve und Fürstenthum Meurs,

Vor einen Berl. Scheffel Weizen	5	Stbr.
• • • • Roggen	3	1
• • • • Gerste und Malz	3	•
• • • • Brandtweinschrot von Weizen	5	•

Vor einen Berl. Scheffel von Roggen	3½ Stbr.
„ „ „ „ Buchweizen, Hafer und Futterschroth	2 „
In der Grafschaft Mark aber	
Vor einen Berl. Scheffel Weizen	4 „
„ „ „ „ Roggen	3 „
„ „ „ „ Gerste und Malz	2½ „
„ „ „ „ Brandtwainschrot von Weizen	4 „
„ „ „ „ von Roggen	3 „
„ „ „ „ Hafer, Buchweizen und Futterschroth	2 „

gegeben, und nach eben diesen Sätzen, auch von dem ein-
kommenden fremden Mehl, Brodt, Kuchen, Bier und Brandt-
wein das Mulfster an denen Orten, wo bishero dergleichen
davon zu nehmen gebräuchlich gewesen, entrichtet werden.

3. Am Gewicht sollen beym Eingange zur Waage, ex-
clusive des Sacks, welcher, wann selbiger keinen ganzen
Scheffel hält, auf

von 1 Scheffel und unter 2 Scheffel auf	1 Pfund
von 2 Scheffel und darüber auf	2 „
von 2 Scheffel und darüber auf	3 „

gerechnet wird.

das Scheffel Weizen zu	88 „
„ „ Roggen	80 „
„ „ Malz	50 „
„ „ Weizen zum Brandtwainschroth	88 „
„ „ Roggen zum Brandtwainschroth	80 „
„ „ Buchweizen, Hafer und Futterschroth	72 „

passiren.

4. Obgedachtes Gewicht, muß denen Mahlgästen, wo das
Mulfster in Gelde erhoben wird, in guten ausgemahlener
Mehl wiederum zurückgeliefert, und aus dem jeden Orts zu
haltenden Borrathskasten, im Fall daran etwas fehlen sollte,
so fort ersetzt, dagegen auch dasjenige, so an dem Mehl
an dieser Pfundzahl überschossen sollte, wiederum in den
Borrathskasten geschüttet werden; Wo das Mulfster aber in
natura gehoben wird, muß denen Mahlgästen, das §. 3.
bestimmte Gewicht, jedoch nach Abzug des ein Sechzehntel
Mulfster, im Herzogthum Cleve, und Fürstenthum Neurs
und das ein Zwanzigtel Mulfster in der Grafschaft Mark,
in guten ausgemahlener Mehl zurückgeliefert werden, und
daferne der Müller oder dessen Knechte das Mehl verbor-
ben, muß ersterer nach vorhergegangener Untersuchung so

fort zur Erstattung des Schadens angehalten werden. In Ansehung des Staubmehls, bleibet es, wie es bishero an jedem Ort gebräuchlich gewesen, jedoch wird hierdurch festgesetzt, daß von 100 Pfund Weizen höchstens 2 Pf. und von 100 Pfund Roggen nur 1 Pfund Staubmehl an denen Orten, wo dafür bishero etwas gerechnet worden, von Hafer, Buchweizen, Malz und Futterschroth, aber gar kein Staubmehl passieren soll.

5. Die Mahlgäste, müssen in der Ordnung und ohne Vorzug, wie sie zur Mühle kommen, gefördert, und keiner dem andern sonder Ausnahme, vorgezogen werden, es wäre denn Seiner Königl. Majestät Getreide, so jedesmal den Vorzug hat.

6. Ein jeder Mahlgast, ist also schuldig, seine Reihe abzuwarten, und soll niemand Schwierigkeit machen, erforderlichen Falls auch des Nachts zu mahlen, indem das Mahlwerk seinen ungehinderten Fortgang haben muß.

7. Wenn eine Mühle wegen Wassers oder Windmangels binnen drey mal 24 Stunden zu mahlen nicht im Stande ist, so soll der Müller gehalten seyn, denen Zwangsmahlgenossen, gedruckte Passierzettel, welche allenfalls, wenn die Müller solche selbst drucken zu lassen nicht im Stande, jeden Orts Magistrat oder Rentmeister, denen die Mühlen angehen, auf des Müllers Kosten, für denselben drucken lassen muß, ohnentgeltlich zu geben, damit diese Mahlgenossen ihre Nothdurft auf andern Mühlen suchen, und finden können. Wann aber ein wichtiger Bau vorkommen sollte, und die Mühle dahero 3 oder 4 Wochen lang stille stehen müste, so soll der Müller denen Mahlgenossen solches 4 Wochen vorher bekannt machen, damit sie sich in Borrath mit Mehl versehen können, und muß der Müller sie zu helfen auch zu sorgen suchen, daß die Mühle in der Zeit wieder in Gange komme, weil davor keine Remission gegeben werden soll. Daserne aber in solchem Fall der Müller die Mahlgäste nicht fördern kan, muß er ihnen vorgedachte Passierzettel, nach der zunächst gelegenen Königl. oder Privatmühle, ohnweigerlich und ohnentgeltlich ertheilen, und mit der Halbscheid des Mulsters von dem Müller, der die Mahlgenossen unterdessen fördert, zufrieden seyn, als weshalb er sich mit dem Müller, wohin die Mahlgäste gewiesen worden, zu arrangiren hat, indem letztere nur das einfache Mahlgeld oder Mulster in natura zu geben verbunden sind.

An denen Orten, wo Rosmühlen bestündlich sind, muß der Müller davor sorgen, daß solche im guten Stande erhalten werden; Und da solchergestalt bey einer anhaltenden Windstille, denen Mahlgenossen, welche selbst Pferde haben, solche vorzulegen, ohnverwehrt bleibet, so muß der Müller für diejenigen, welche keine Pferde haben, dergleichen anzuschaffen, und dieselbe also binnen denen gesetzten drey mal 24 Stunden fortzuhelfen suchen, sonst aber, da dieses nicht geschehen sollte, denenselben die Passierzettel ohnweigerlich ertheilen, hingegen auch befugt seyn, von denen Mahlgästen, wofür er selbst Pferde zum Rossen anschaffet, außer dem ordinären Mulster- oder Mahlgelde, das bishero jeden Orts gebräuchlich gewesene Geld, falls hiebey nichts unbilliges, oder eine übermäßige Beschwerde der Mahlgenossen anzutreffen, zu fordern; wobey es sich jedoch von selbst versteht, daß wo bishero nichts davon gegeben worden, solches auch ferner ohnentgeltlich geschehen müsse.

An denenjenigen Orten, wo wegen Hergebung der Pferde zum Rossen, nichts gewisses bestimmt, müssen Hauptpächter so bald als sie anmerken, daß die Mahlgenosse willkürlich behandelt werden, solches der Cammer anzeigen, und bey derselben, was hierinnen der Billigkeit gemäß festzusetzen, in Vorschlag bringen.

8. Soll kein Müller, er sey auf einer königl. Amts-Adelichen- oder anderen Privatmühle, sich bey Zehen Rthlr. Strafe unterstehen, einen fremden Mahlgast, ohne dergleichen im Anfange des vorigen Sphi bemerkten Zettel, anzunehmen.

9. Im Fall in einer Privatmühle, mit Vorwissen des Eigenthümers hiergegen gehandelt wird, so soll dieser gleichfalls so hoch bestrafet werden.

10. Wenn aber auch der Müller selbst, eine Quantität Mehl in Borrath zu halten, und dadurch die ankommende Mahlgäste, sowol nach Verlauf derer im 7ten Spho determinirten drey mal 24 Stunden, als auch bey einem vorzunehmenden Mühlenbau, zu helfen im Stande, sollen die Mahlgäste für ihr Getreide, gemahltes Mehl nach der Spho 3 gemeldten Pfundenzahl, und nach Abzug des Staubmehls, wo solches zeithero üblich gewesen, anzunehmen schuldig, und der Müller solchenfalls nicht gehalten seyn, die Spho 7 gedachte gedruckte Passierzettel zu ertheilen.

Es verstehet sich gleichwol von selbst, daß der Müller bey Zehen Rthlr. Strafe, keinen Accisanten, dergleichen Mehl verabsolgen lassen muß, bevor solches nicht zur Waage gebracht, mithin gewogen, und sodann darüber der Waage und Accisezettel gelöst und produciret worden.

Der Müller aber selbst ist schuldig, dasjenige Getreide, so er dieses Behufs wegen abmahlet, bey der Waage und Accise ordentlich anzugeben, damit darüber eine Annotation auch das Mehl bey denen Mühlen in den Städten nach Vorschrift der Erläuterungen des Capituli Imi des Accisetariffs mit unter der Acciseschloß, gehalten werden kan.

Solte aber der Müller diesem zuwider handeln, und denen Accisanten aus dem Meßkasten, oder von seinem Boden Getreide verkaufen, und solches ohne Waage und Accisezettel abmahlen lassen, soll derselbige in obige festgesetzte Strafe, und wenn es auch nur ein viertel Scheffel wäre, verfallen seyn, wovon:

1) Der Poecaliencasse	• • • • •	$\frac{5}{8}$ tel
2) Denen Armen	• • • • •	$\frac{3}{4}$ tel
3) denen Denuncianten und Accisebedienten	• • • • •	$\frac{1}{3}$ tel

zufließen, und soll auf den Fall, wenn dergleichen Unterschleife, mit einer größeren Parthey Getreide vorgenommen würde, die Strafe nach Proportion verdoppelt und durch Execution beygetrieben werden.

11. Um den untersten Mühlenstein, muß die Lage allemal 4 Zoll hoch, der Rand oder Kuppe aber, so darauf zu stehen kommt, 22 Zoll hoch seyn, daß folglich die Lage und Kuppe an den Steinen, zusammen die Höhe von 26 Zoll ausmachen, und müssen die Kuppen jederzeit dergestalt gemacht seyn, daß solche oben am Stein nicht mehr als 1 Zoll, unten aber auf der Lage 3 Zoll vom Stein abstehen, damit der Stein freyen Lauf behalte, auch durch gar zu große genaue Einschränkung der Luft das abzumahlende Getreide, insonderheit wenn solches etwa angefeuchtet, nicht zu Schaden komme, und soll sich kein Müller unterstehen, einen Lauferstein aufzulegen, der nicht vorhero Circulrund, auf der untern und obern Seite oder Fläche zu gleicher Höhe gearbeitet, auch in der Mitte so gefasset ist, daß er egal laufe und dabey kein Geyrassel gehöret werde.

Gleichwie nun auch jeder Müller schuldig ist, die Mühle, wenn selbe scharf und zurecht gemacht worden, ehe das Getreide von den Mahlgästen aufgeschüttet wird, rein auszu-

mahlen; also muß derselbe zum erstenmal kein Raff auf den Stein schütten, und denselben damit füllen, sondern es muß solches mit reiner Kleye geschehen, dahero kein Mahlgast sein Getreide aufzuschütten verbunden seyn soll, bis die Mühle rein ausgemahlet, und die aufgeschüttete Füllkleye oder Semmel hervorkommt, mithin jedermänniglich das seine erhält, und auch gut Mehl verschaffet wird.

12. In denen Mühlen soll richtig Berlinisches Maas, und zwar im Herzogthum Cleve und Fürstenthum Neurs, wo der 16te Theil vom Scheffel an Mulster genommen wird, eine von Kupfer oder Eisen geeichte und gestempelte Meze, so acht Zoll im Diameter halten muß, in der Grafschaft Mark aber, wo der 20te Theil genommen wird, ein dergleichen Mulstermaas so 7 Zoll im Diameter und 4 Zoll im Rande hoch seyn muß, gehalten, und mit einem Streichhölzgen und eisern Kettchen an selbige festgemacht werden, da denn die abzuliefernde Getreidemeze über des Mahlgastes Sack, gehörig abgestrichen werden muß, jedoch da Malz und Mengekorn sich aus der Meze streichen läßt, so wird nachgegeben, daß solches mit der Hand abgestrichen wird, das übrige reine Getreide aber ist mit dem Streichstöckchen gleich abzustreichen.

13. Denen Mahlgästen stehet allezeit frey, auf den Mühlen herum zu gehen und nach dem Ihrigen zu fragen, auch dahin zu sehen, daß alles richtig zugehe, wie denn zu dem Ende die Mühlen nicht finster, sondern durch Fenster und Lücken dergestalt, Licht zu halten seyn, daß ein jeder sehen könne, wie mit seinem Getreide und Korn umgegangen werde.

14. Kein Müller soll sich unterstehen, ein mehreres an Mulster- oder Mahlgeld, als verordnet ist, es sey unter was für Vorwand es wolle, weder zu fordern, noch zu nehmen, oder Umgriffe zu tentiren wofür er bey jedem Contraventionsfall, um 10 Rthlr. bestrafet auch vorkommenden Umständen nach, und wann er darüber öfters betreten worden, als ein Dieb dem Criminalgericht zur Untersuchung und Bestrafung, überliefert werden soll, wie dann derselbe auch für seine Knechte und Gesinde deshalb stehen muß.

15. Soll sich weder der Müller noch dessen Knechte unterstehen, denen Mahlgästen, unter irgend einem Vorwand, auf dem sogenannten Fastenabend, oder bey anderer Gelegenheit, Wurst, Fleisch oder ein Trinkgeld abzufordern,

bey Bierzehntägiger Gefängnißstrafe, und sollen die Rentmeistere und Receptores, auf die Abstellung dieser eingerissenen üblen Gewohnheit, welche bereits durch die gedruckte Cammer-Verordnung de dato Cleve den 2ten Decemb. 1745. (No. 1480 d. S.) aufs ernstlichste untersaget worden, mit allem Ernst bey selbst eigener Verantwortung halten, damit dergleichen ungebührliche Plackerey der Mahlgenossen unterbleibe.

16. Die Accise-Defraudationes sollen äusserst vermieden, mithin kein Sack von denen Stadteinwohnern, wo die Mühlenkarren eingeführet sind, anders als von solchen, ingleichen keiner der nicht deutlich gezeichnet wem er angehöre, wie auch der nicht mit einem daran gebundenen Waagezettel versehen ist, und daß der Zettel auch mit der darauf beschriebenen Sorte von Getreide stimmig sey, abgemahlen werden, sondern der Müller soll solchen Sack, woran ein oder anderes dergleichen ermangelt, bey Seite setzen, der Accisecasse des Orts davon Nachricht geben, und selbigen ohne vorherige Examination und Ordre der Accisecasse, nicht verabsolgen lassen, und soll der Müller, oder dessen Leute, als für welche er allemal stehen muß, so sie im geringsten hierunter ermangeln, jedesmal mit Zehen Rthlr. bestrafet werden.

So oft ein neuer Müller oder Gesell, auch Mühlenkarren-Knecht ankommt, oder angenommen wird, soll derselbe sich auf der Accise stellen, und durch einen Handschlag angeloben, sich aller Accise- und anderer Unterschleife, nicht allein selbst zu enthalten, sondern auch auf das sorgfältigste dahin zu sehen, daß dergleichen nicht von andern begangen werden, wie denn die Müller und deren Leute, in alle demjenigen, so nur die geringste Connerion mit der Accise hat, unter der Accise-Casse eines jeden Orts stehen, mithin dieselbe sich in allen, nach der davon dependirenden Ordnung gehörig zu achten haben, und auch der Mülster- und Borrathskasten, unter der Accisecasse-Schloß gehalten werden muß.

Und da, wie vorgedacht, die Gesellen, von Leistung eines wirklichen Eides befreyet, sie aber auf alle Defraudationes bey den Mühlen, wegen der Accise mit Acht zu geben, durch einen Handschlag angeloben müssen, so sollen selbe, wenn sie zu Unterschleifen mit conniviren, oder selbst Anlaß dazu geben, doppelt so hoch als der Defraudant selbst bestrafet werden.

17. Damit auch alle Klagen, sowol bey Stadt, als Landmühlen, zwischen Müllern und denen Mahlgästen desto ehender, wegen Vervorthellung in der Meze, exitiret werden mögen: So sollen die Müller gehalten seyn, den Kumpf eichen zu lassen, also daß man gleich bey dem Aufschütten sehen könne, ob 1. 2. 3. 4. oder mehr Scheffel aufgeschüttet werden, damit darnach der Müller die gewöhnliche Meze und ein mehreres nicht nehmen, und auch von denen Mahlgästen nicht vervorthellet werden möge, und wenn die Müller nicht a dato publicationis, binnen 6 Wochen den Kumpf solchergestalt eichen lassen, und nach dem §. 12. keine geeichte Meze angeschafft, und auf der Mühle hätten, soll ein jeder derselben, so darunter ermangelt, in Fünf Rthlr. Strafe verfallen seyn, als worauf sowol die Rentmeister als Magistrate und Accisecassen in den Städten Acht haben müssen.

18. Wenn in Mühlsachen Klagen vorkommen, so sollen selbige bey dem Hauptpächter, daferne aber dieser zu weit entlegen, bey dem nächsten Landrath, Magistrat oder Accisecasse angebracht, und wann es eine Kleinigkeit, solche nach geschעהer Untersuchung so fort entschieden, wann aber die Sache von Importanz ist, und über Zehn Rthlr. betrage, daß darüber aufzunehmende Protocoll im Herzogthum Cleve, an die dasige Krieges- und Domainen-Cammer, im Fürstenthum Neurs und Grafschaft Mark aber, an die dortige Krieges- und Domainen-Cammer-Deputationen, zur weiteren Verfügung eingeschicket werden.

19. Damit nun dieses Mühlen-Reglement zu jedermanns Wissenschaft kommen möge, und sowol der Mahlgast, als auch der Müller, sich darnach richten könne, so soll solches überall gewöhnlicher massen publiciret und bekant gemacht, auch in jeder Mühle ein Exemplar ausgehangen werden.

Wie nun Höchstgedachte Seine Königl. Majestät, über obiges alles mit Nachdruck gehalten wissen wollen; Also hat jedermann sich hiernach allerunterthänigst zu achten und für Schaden und Ungelegenheit sich zu hüten.

2060. Cleve den 2. April 1772.

Königl. Regierung.

Zufolge höherer Bestimmung d. d. Berlin den 17. v. M., müssen künftig die Dokumente über die mit Arrest beschla-

genen Forderungen zu gleicher Zeit, als der Arrest deferirt wird, von den Inhabern abgefordert und in gerichtliche Verwahrung, bis über die Justifikation des Arrestes erkannt ist, genommen, außerdem aber auch der Arrest-Schlag, sofort in der Provinz, wo der Schuldner der mit Arrest belegten Forderung ansässig ist, durch die öffentlichen Intelligenzblätter, zur Warnung gegen alle inzwischen vorzunehmende Acquisition solcher Forderung, dem Publikum verkündigt werden. (Conf. n. Mhl. Bd. V, b, pag. 123.)

2061. Cleve den 2. April 1772.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Im Herzogthum Cleve und Fürstenthum Neurs darf kein junger Bursche, ohne einen Paß der königl. Kriegs- und Domainen-Kammer und, in den Cantons-Distrikten ebenfalls von den betreffenden Regimentern, nachgesucht und erhalten zu haben, zur Erlernung der Handlung, einer Profession, zum Wandern, oder sonst, sich ausser Landes begeben, am allerwenigsten aber in fremde Kriegsdienste treten. Bei Contraventionen dieser Vorschriften, sollen die Eltern und Verwandte der Ausgewanderten dafür haften, und das Vermögen der Letztern in Anspruch genommen, ihnen auch nach Vorschrift der Edicte der Prozeß gemacht werden. Bei der jährlichen Wiederaufnehmung der Personenzahl, soll wegen der fehlenden jungen Leute Erkundigung eingezo-gen, resp. das obige Verfahren eingeleitet werden.

Bemerk. Die Publikation von den Kanzeln der vorstehenden Verordnung ist von der königl. Regierung am 22. Juni ej. a. besonders verfügt worden.

2062. Cleve den 4. Mai 1772.

Königl. Regierung.

Bei vorkommenden gerichtlichen Exekutionen dürfen die Korn-Früchte nicht auf dem Halme veräußert werden, sondern es müssen dieselben, — „damit Kaf und Stroh auf dem Lande bleibe,“ — nach Anleitung des Steuer-Reglements de 1687, (No. 399 d. S.) gehörig eingeschauert, durch da-

zu bestellte Leute gedroschen, und diesernach dem Meistbietenden öffentlich verkauft werden.

2063. Berlin den 19. Mai 1772.

Friedrich, König ic.

Wochen-Markt-Ordnung für die größern Städte des Herzogthums Cleve und der Grafschaft Mark als: Cleve, Wesel, Emmerich, Rees, Duisburg, Calcar, Kanten und Goch und resp. Hamm, Soest, Unna, Iserlohn, Hagen, Altena und Schwelm folgenden Inhaltes:

So unablässig Wir jederzeit dahin durch die geschärftesten Verordnungen Bedacht genommen, Unsere getreuen Unterthanen, gegen die so eigennützig als verderbliche Absichten derer Auf- und Verkäufer in Sicherheit zu setzen; So haben Wir doch mit größestem Mißfallen bemerken müssen, wie sehr diese dem ohngeachtet ihren gewinnsüchtigen Endzweck zu erreichen gewust, und unseren vielfältig schon vorhin ergangenen, auch dem unter dem 5ten November 1749 (Nro. 1559 d. S.) wieder die Auf- und Verkäuferey erneuerten Edict zuwider, den verbotenen Handel mit Getreide, Wolle und allerhand Lebens-Mittel getrieben, und dadurch nicht nur alle gute Pollicey-Anstalten wegen der Wochen-Märkte fruchtlos gemacht, sondern auch mit sträflicher Uebertretung dieser Unserer heilsamen Verordnungen und Wochen-Markts-Einrichtungen, sowohl Unseren Garnisons, als andere Eingefessene in den Städten zu gegründeten Klagen und Beschwerden Anlaß gegeben, daß sie die benöthigten Lebens-Mittel nicht für bares Geld erhalten können. Da Wir aber solchem das Publicum äußerst drückenden Unwesen gesteuert und alle daraus entstehende Inconvenienzen und Unordnungen durchaus mit der äußersten Schärfe abgestellt wissen wollen: Als befehlen, setzen und verordnen Wir hierdurch so gnädig als ernstlich; daß

§. 1. Ein jeder, weß Standes oder Würden er auch sey, sich nach dem ausdrücklichen Inhalt der vorhin ergangenen Verordnungen und ins besondere nach der Vorschrift des obenerwehnten, wider die Auf- und Verkäuferey, auch den verbotenen Handel mit Getreide, Wolle und allerhand Lebens-Mitteln auf dem platten Lande sub dato Berlin den 5. November 1749 emanirten geschärftesten Edicts, ohne

Ausnahme und bey Vermeidung der darin festgesetzten Strafe, ganz genau achten soll.

§. 2. Wie nun hiernach denen Eingefessenen des platten Landes; als denen von Adel, Beamten, Eigenern oder Pächtern der Güter, Geistlichen, Capituln ic. ic zwar nach wie vor verstattet bleibet, ihr Korn, Holz, Vieh und andere Sachen, nach ihrer besten Bequemlichkeit, Nutzen und Vortheil zu verkaufen und loszuschlagen; So müssen selbige doch dagegen sich aller und jeder Kaufmannschaft, wie auch aller, dem Handel und Wandel in den Städten, oder sonst dem Publico nachtheiligen Auf- und Verkäufereyen gänzlich enthalten und vielmehr ihre Feld- und Land-Früchte denen Städten, an den hierin festgesetzten Markt-Tagen, in zu reichender Menge zuführen. Jedoch bleibet denen in Unseren Städten wohnenden Brauern, Bäckern, Schlächtern, Stellmachern, Böttchern und Tischlern, wie bishero ferner, nach Vorschrift des angeführten Edicti vom 5. November 1749. Sp. 2 nachgelassen, zu denen von Adel, Beamten und Pächtern zu reisen und die Nothdurft an Korn und Vieh, sowohl zu ihrer Wirthschaft, als auch zum Handel, daselbst einzukaufen.

§. 3. Damit aber die von Adel, Beamten und alle übrige auf dem platten Lande wohnende Unterthanen ihren Zuwachs an Getreide, Flachs, Wolle, Holz und allen übrigen Victualien zu verkaufen Gelegenheit haben; So sollen in den großen Städten des Herzogthums Cleve, als: Cleve, Wesel, Duisburg, Embrich, Rees, Calcar, Fanten und Goch, und in der Graffschaft Marck, als Hamm, Soest, Unna, Iserlohn, Hagen, Altena und Schwelm wöchentlich zwey öffentliche Wochen-Märkte, nemlich am Mittwochen und Sonnabend, oder, da auf einen derselben Tage, ein Fest- oder Buß-Tag einfiel, den nächsten Tag vorher, und zwar Früh-Morgens von 7 bis 11 Uhr, auf den gewöhnlichen Markt-Plätzen gehalten und allerhand Lebens-Mittel und Waaren, überhaupt auch alle Consumtabilia zum offenen freyen Kauf gebracht, und nach Maasgabe der folgenden festgesetzten Markt-Verfassung verkauft werden.

§. 4. Alle und jede Victualien und Waaren welche die Land-Leute zur Stadt bringen, als allerhand Getreide und Korn, lebendiges Vieh, geflügeltes, feist und mageres, rohe und gedorrte Fische, allerhand Wildpret, Butter, Eyer, Milch, Käse, Speck, gedörrtes und gekochtes, wie auch gebratenes Fleisch und Würste, ohne Unterschied, im-

gleichen Mehl, Grütze, Fleisch, Garn, Wolle, Hanf, wie auch allerhand Garten-Gewächs, an Ober- und Unter-Früchten, imgleichen Heu, Stroh, Loh, rohe Häute ic. ic. sollen von den Thorschreibern nach dem öffentlichen Markt, zum Verkauf gewiesen, diejenigen aber, welche dieser Ordnung entgegen handeln, und ihre Waaren in den Straßen und an den Häusern feil biethen, sofort denen regierenden Bürgermeistern, oder denen hierzu besonders zu bestellenden und sich des Endes an den Wochen-Markt-Lagen bey der Hand zu haltenden Magistrats-Personen, angezeigt, und in Einem Rthlr. Strafe genommen werden. Der Markt-Meister soll auch einem jeden der etwas zu Markte bringet, seinen Platz anweisen, und dieser sich solches, bey nemlicher Strafe gefallen lassen.

§. 5. Allen und jeden Einwohnern, welche keine Händlerey und Handlung treiben stehet zwar frey, ohne Unterscheid auf dem Wochen-Markte einzukaufen. Es darf sich aber keiner bey Strafe der Confiscation unterstehen, hierunter mit den Aufkäufern zu colludiren, und für dieselbe unter irgend einem Praetexte einzukaufen, noch selbige für die Höcker so lange die Markt-Stunden dauern zu besprechen.

Damit auch der arme und geringe Bürger, sowohl, als der reiche und bemittelte, der in grösseren Quantitäten kauft, sich seine Bedürfnis bequem anschaffen könne: So wird hierdurch ein für allemahl festgesetzt, daß an den Markt-Lagen,

- 1) Des Morgens bis um zehn Uhr nur allein die Consumenten,
- 2) Von zehn bis elf Uhr aber auch die Bäcker und Brauer, und
- 3) Von elf Uhr an, erst die Höcker und Kaufleute und überhaupt alle und jede, ohne Unterschied, das Bedürfnis sollen einkaufen dürfen.

Zu dem Ende sollen diese verschiedene Zeiten des Einkaufens entweder durch das Läuten der Markt-Glocke, wie in der Stadt Cleve geschieht, oder aber durch eine ausgesteckte doppelte Markt-Fahne dergestalt beandt gemacht werden, daß der Anfang des Markts, durch das Läuten solcher Glocke, oder die Aussteckung zweyer Markt-Fahnen geschehe, da denn, wenn um zehn Uhr wieder geläutet, oder alsdenn die eine Markt-Fahne eingezogen wird, die Bäcker

und Brauer daran ein Zeichen haben können, nunmehr einzukaufen zu dürfen, und, wenn um Eilf Uhr geläutet, oder die zweyte Marckt-Fahne eingezogen wird, solches für die Höcker und Kaufleute und überhaupt für jedermann, ohne Unterscheid, ein gleichmäßiges Zeichen abgeben könne.

Uebrigens stehet einem jeden frey, diejenigen Waaren, Getreide und Victualien, die er nicht verkaufen können, nach eigenem Gefallen, und ohne die geringste Hindernis oder Auffenthalt am Thore, wieder mit zurück zu nehmen.

§. 6. Kein Käufer soll dem andern, auf dem Marckte in den Kauf fallen, noch die Waaren überbiethen, sondern so lange warten, bis der erste Käufer mit dem Kauf fertig oder aber davon gänzlich abgestanden. Derjenige, der dawider handelt, soll so fort wie Spho. 4 bemercket, angezeigt, und in 30 Stüber Strafe genommen werden, worauf dann die Pollicey-Bediente fleißig acht zu geben und die Contravenienten zur Strafe anzuzeigen, das Gesinde, und die Dienst-Bothen aber, welche sich zu dergleichen Unordnungen verleiten lassen, gleichfalls dem Magistrat anzugeben haben, und von demselben die verwürckte Gefängnis oder härtere Strafe erkandt werden soll.

Damit aber ein jeder wisse, wie weit der Käufer des ersten Geboths berechtigt sey; so muß dieser, sobald er sein Geboth auf die Sache oder Waare gethan, ohne langes Verzögern, den Kauf schliessen und den Verkäufer nicht vorsätzlich aufhalten. Wann sie des Kaufs sich nicht vereinigen können, und der Käufer gehet davon, oder bietet und handelt nicht ferner, so ist der Verkäufer an den angefangenen Handel nicht weiter verbunden, sondern kan seine Waaren an den erst kommenden verkaufen.

§. 7. Obnerachtet nun zwar, nach dem oft angeführten Edict und dem §. 2. dieser Marckt-Ordnung denen Städtischen Eingefessenen und auch solchen, die ihre Nahrung damit treiben, frey stehet, allerhand Victualien auf dem platten Lande einzukaufen und sie entweder zur eigenen Consumption, oder zum feilen Verkauf, in die Städte zu bringen; So soll doch solches an den Marckt-Tagen schlechters dings verbotthen, auch zur Abstellung aller schädlichen und einer guten Marckt-Ordnung zuwider laufenden Vor- und Aufkäuferereyen, niemanden, er sey Consument oder Höcker, verstattet seyn, denen Landleuten, welche an den Marckt-Tagen, schon im Begriff sind, zur Stadt zu gehen, es sey,

unter welchem Vorwande es immer wolle, ihre habende **Producte** und **Victualien**, weder außerhalb der Stadt und vor dem Thore, noch auch in der Stadt vor den Häusern und in den Strassen abzukaufen, zu besprechen oder zu besdingen.

Hierauf soll ganz genau gehalten und derjenige, der dawider handelt, und dessen überführet wird, ohne Unterscheid, zur Edictmäßigen Strafe gezogen, des Endes von den Thor-Schreibern hierauf sorgfältig vigiliret werden.

§. 8. Es sollen auch bey den, auf den Marckt-Tagen hereingebrachten Arten von Getreide oder Victualien, die Einwendungen ganz und gar nicht Platz finden, als sey solches schon verhandelt, oder aber an Bezahlung gegeben, und wie dergleichen Praetexte immer heißen mögen, sondern es soll alles, zum Besten des Publici ohne Unterschied, auch das zum öffentlichen Verkauf bestimmte Holz, wenn es gleich außer denen Marckt-Tagen zur Stadt gefahren wird, gleichfals zu Marckte gebracht werden.

Da aber in Unfern vorbenandten größeren Städten des Herzogthums Cleve und der Grafschaft Marck, verschiedene Stifter und von Adel, auch andere Einwohner vorhanden, welche von ihren Hofes-Pächtern und Zins-Leuten, Getreide, Hühner, Gänse, Eyer und dergleichen zu erheben haben, auch sich von ihren Gütern bringen lassen; So passirent solche sowohl, als wenn sonst dieser oder jener Einwohner, der kein Höcker oder Ankäufer ist, sondern sich zur eigenen nothwendigen Consumption ein und die anderen Bedürfnisse bey den Landmann bestellet hat, ohne auf den Marckt-Platz gebracht zu werden. Es muß aber solches, wenn es an einem Marckt-Tage geschiehet, von dem Einbringer, bey dem Thorschreiber durch ein Attest verificiret werden. Solte sich indessen äussern, daß das Vorgeben unrichtig, der Einbringer also wider diese Wochen-Marckts-Ordnung handel; so soll mit der Confiscation und Verlust des dafür erlegten Geldes verfahren und Käufer und Verkäufer bestrafet werden.

§. 9. Damit alles dieses desto genauer beobachtet werde, so haben Wir in jeder Stadt, einen besonderen Policey- und Marckt-Meister nebst einem Policey-Diener angeordnet. Diese sollen nicht nur auf richtige Maas und Gewicht sorgfältig acht haben; sondern auch auf alle und jede Contravention und besonders auf die Hauswir, Auf- und Verkäufer, wie auch diejenigen eigennützigen Leute, welche dieser

Wochen=Marckts=Ordnung entgegen, und zum Nachtheil der Consumenten, die Waaren besprechen, und darauf unzulässig bieten, oder auch sonst ungebührlich handeln, und wohl gar mit dem Verkäufer colludiren, daß er ihm die Waaren die gesetzte Zeit über, aufbehalten solle, ein wachsames Auge halten.

Der Marckt=Meister muß sodann die wahrgenommene Contraventiones gleich wie oben verordnet ist, dem regierenden Bürgermeister, oder denen beiden besonders bestellten Magistrats=Persohnen, zur gebührenden Bestrafung anzeigen. Daneben wird zugleich jedermann frey gegeben, dergleichen Unordnungen dem Magistrat, oder dem Marckt=Meister anzuzeigen, und hat er dagegen sich versichert zu halten, daß sein Nahme verschwiegen bleiben soll.

§. 10. Denen auswärtigen und fremden sowohl, als denen einheimischen Landleuten, bleibet auch auffer den Marckt=Lagen, fernerhin nachgelassen, zu aller Zeit nach unsern Städten zu kommen, und dasjenige, was sie zu verkaufen haben, daselbst feil zu biethen und zu verkaufen.

Nur aber sind sie schuldig und sollen bey der Einpassirung, von den Thorschreibern auf eine gute Art angewiesen werden, ihre Waaren, es sey an den Marckt= oder andern Lagen, nach dem ordentlichen Marckt=Platz zu bringen, und sie daselbst bis um Eiß Uhr Vormittags feil zu biethen. Finden sich in solcher Zeit keine Käufer so stehet beiden, den Einheimischen sowohl als den Auswärtigen sodann frey, ihre Waaren an den Häusern feil zu biethen.

§. 11. Die Einwohner der bemeldten Städte werden diesen Marckt dadurch zur Aufnahme bringen, und die gute Einrichtung, die einem jeden zur Bequemlichkeit gereicht, merklich befördern helfen, wenn sie den Ueberfluß ihres Gewinnes, oder sonstige Victualien auf öffentlichem Marckte verkaufen lassen.

§. 12. Denen Bäckern aber wird anbefohlen, auf denen Marckt=Lagen allerhand frisches wohl ausgebackenes Roggen= und Weißbrod in der Form, wie es ein jeder am besten loszuwerden gedenket zu verkaufen, und die festgesetzte Taxe und Gewicht genau zu observiren, auch sollen die Schlächter allerhand gutes und gesundes Fleisch, auf dem ordentlichen Scharren, oder, wo dergleichen nicht vorhanden, in ihren Häusern, so wie täglich, also besonders an den Marckt=Lagen zum Verkauf haben, und alles, das Lamm=Fleisch

ausgenommen, bey vollwichtigen Pfunden, wie es ein jeder begehret, ohne Weigerung zu ein, zwey oder drey Pfunden, nach den festgesetzten und im Scharren aushangenden Taxen verkaufen, widrigenfalls die Bäcker und Fleischer mit harter Leibes- und Geld-Strafe belegen werden sollen.

§. 13. Wann auf denen Markt-Tagen zwischen Käuffern und Verkäuffern Streit und Irrungen entstehen; so sollen selbige zwar, im Fall die streitenden Parteyen, in den Umständen der Sache übereinkommen, von dem Polickey- und Markt-Meister, im Fall sie aber sich der Handlung halber einander widersprechen, von dem Magistrat, ohne Verstattung einiger Weitläufigkeit, mündlich verhöret und die Sache so fort ohnentgeltlich und ohne Erlegung einiger Protocoll- und anderer Gebühren entschieden, und den bedrängten Theile forderfamste Hülfe geschaffet, das Erkante augenblicklich exequiret, und die aufkommende Strafen unter den Polickey-Strafen mit berechnet werden; immassen wir alle diejenigen, welche auf besagten Wochen-Märkten erscheinen, samt ihren Waaren, und was sie bey sich führen, wider alle Ungerechtigkeiten vertheidiget und beschützet wissen wollen.

§. 14. Es ist auch Unser allerhöchster Wille, daß der Landmann an den Thoren, unter keinerley Vorwand und bey Vermeidung Unserer höchsten Ungnade nicht aufgehalten, sondern gleich abgefertiget werde; wie denn auch denen Commandeurs der Garnisons in den Städten, Wesel, Hamm und Soest hiermit ausdrücklich befohlen wird, bey denen Thor-Wachten und sonst überall die Ordre zu stellen und darüber zu halten, daß niemand von denenjenigen, welche etwas zu Markte bringen, weder von denen Ober-Officiers, noch von denen Unter-Officiers oder gemeinen Soldaten, im geringsten vor und in den Thoren, oder auf den Strassen angehalten und gezwungen werde, ihnen ihre Lebens-Mittel und Waaren zu verkaufen, oder jemand anders zu überlassen: Solte solches aber dennoch geschehen, darüber vom Landmann Klage geführet, und solche von ihm, bey dem Markt-Meister, von diesem aber bey dem Commandeur angebracht werden; So ist derjenige, welcher den Landmann, es sey auffer, oder auf dem Markt-Platz, auf eine ungebührliche Weise zum Handel genöthiget hat, so fort ohne Weitläufigkeit nach denen vorkommenden Umständen, dergestalt zu bestrafen, damit künftig der Landmann nicht behindert werde, sich dieser Ordnung gemäß zu verhalten.

Es werden demnach alle und jede von Adel, Beamten und übrige Unterthanen des platten Landes sowohl, als die Einwohner in den Städten hiermit nochmals erinnert, sich in allen Stücken dieser Wochen-Markt-Ordnung, bey Vermeidung der in dem mehrmals erwehnten Edict festgesetzten Strafe, gemäs zu verhalten, von allem Hausiren, schädlichen Vor- und Aufkäuferen abzustehen, alles, was ein jeder zu verkaufen hat, auf den angeordneten Wochen-Märkten, daselbst, an den festgesetzten Tagen und Orten, feil zu bieten und zu verkaufen.

Wir befehlen demnach Unserer Clev-Meursischen Krieges- und Domainen-Cammer, wie auch Märktischen Krieges- und Domainen-Cammer-Deputation, desgleichen allen Unseren fiskalischen und anderen Bedienten, fürnemlich aber denen Land- und Steuer-Räthen, Renthmeistern, Greis-Einnehmeren, Zoll- und Accis-Bedienten, auch Land- und Policey-Ausreutern, ingleichen denen Magisträten, Beamten und übrigen Gerichts-Obrikeiten, auch derer Unterbedienten, hiermit nachdrücklich und alles Ernstes, hierauf genau Acht zu haben, die Uebertreter respective so fort zur Verantwortung zu ziehen, und zur Bestrafung gehörigen Orts anzuzeigen; immassen Wir hierdurch ausdrücklich verordnen und festsetzen, daß diejenige Gerichts-Obrikeit, so entweder das Hausiren oder Auf- und Vorkäuferen zu treiben, geschehen läffet, oder den Uebertreter dieser Wochen-Markt-Ordnung nicht zur Verantwortung und Strafe ziehet, mithin nicht darauf achtet, daß der Landmann seinen Zuwachs in die Städte zum Verkauf bringet, so fort zur edictmäßigen Strafe und schweren Verantwortung gezogen werden soll.

Wir befehlen auch, daß diese Wochen-Markt-Ordnung sowohl in den Städten, als auf dem Lande, an allen öffentlichen Orten, in denen Wirthshäusern und sonst überall angeschlagen und zweymal im Jahre, als den 1ten Sonntag im Monat May und November von den Sazeln publiciret werden soll, damit sich niemand mit der Unwissenheit entschuldigen könne.

B e m e r k. Die vorstehende Marktordnung findet sich in n. Nyl. Bd. V, c, pag. 131, irrtümlicher Weise unterm 19. Mai 1773 aufgeführt; das bei obigem Abdruck benützte Original-Edict führt das vorbemerkte Datum.

2064. Cleve den 25. Juni 1772.

Königl. Regierung.

Unter Erneuerung der am 29. Juli 1749 (Nro. 1545 d. S.) wegen der Bücher-Censur und wegen des verbotenen Debits der im Auslande erschienenen Druckschriften ärgerlichen Inhalts, publicirten Bestimmungen, werden die höhern Ortes neu ernannten Censoren bezeichnet, und die durch die Zeitumstände nothwendig gewordenen Modificationen der Censur-Vorschriften bekannt gemacht. Schließlich wird bemerkt, daß, bei dieser vorgeschriebenen Censur, die Absicht Sr. Maj. des Königs keineswegs dahin gerichtet ist, eine anständige und ernsthafte Untersuchung der Wahrheit zu hindern; sondern nur vornehmlich demjenigen zu steuern, was den allgemeinen Grundsätzen der Religion sowohl, als der moralischen und bürgerlichen Ordnung entgegen ist. (Conf. u. Myl. Bd. V, b, pag. 175.)

2065. Cleve den 20. Juli 1772.

Königl. Regierung und Kriegs- und Domainen-Kammer.

Publikation eines königl. zu Berlin am 11. Juni c. a. vollzogenen Reglements, wodurch, zur bessern Justiz-Pflege in Accise- und Zoll-Angelegenheiten, ein neues Ober-Accise- und Zoll-Gericht, und für jede Provinz besondere, jenem subordinirte Provinzial-Accise- und Zoll-Gerichte konstituiert, und denselben (in 4 Kapiteln und 206 §§.) ihre Pflichten und Verfahrungsweisen ausführlich vorgeschrieben werden. (Conf. u. Myl. Bd. V, b, pag. 191.)

2066. Berlin den 28. Juli 1772.

Friedrich, König. ic.

Obwohl die Stadt Cleve, seit vielen Jahrhunderten, für grosse Feuersbrünste, nächst göttlicher Hülfe bewahret worden; so erfordert doch; die Nothwendigkeit, dergleichen auf diese Stadt sich schickende Vorkehrungen zu treffen, daß nicht nur Feuers-Brünste, so viel solches durch menschliche Vorsicht geschehen kan, verhütet, sondern auch, wenn dergleichen ja entstehen, selbige so geschwinde als möglich ge-

löschet werden. Um diese Unsere heilsame Absichten zu erreichen, ist nicht nur die unterm 20ten Sept. 1717. (No. 785 d. S.) für sämtliche Cleve- und Märkische Städte, von Unsern in Gott ruhenden Herrn Vater, König Friederich Wilhelm Majestät, christmildesten Andenkens, emanirte Feuer- und Brand-Ordnung genau durchgegangen worden, sondern auch für die Stadt Cleve, nach Anleitung der, in Unserer Residentz-Stadt Berlin, auch in andern grossen Haupt-Städten vorhandenen, wohl eingerichteten Feuer-Ordnungen, gegenwärtige für die Stadt Cleve besonders entworfen worden; Wir verordnen und setzen demnach hierdurch feste:

Tit. I. Von Abschaffung dessen, was zu Feuer-Brünsten Anlaß geben kan.

§. 1. Alle Feuer-Stellen, sollen von Mauerwerk, auch besonders alle Camine, sonder Ausnahme, von solcher Weite seyn, daß sie vom Schornsteinfeger gehörig bestiegen und gereinigt werden können, diejenigen aber, welche die dazu erforderliche Weite nicht haben, sollen, so wie es die Nothwendigkeit so viel mehr erfordert und nach den Umständen der Eigenthümer, eingeschlagen, und soll darüber gleich, welche zuerst geändert werden müssen, die Designation angefertigt und die Auflage darnach an den Magistrat geschehen, damit solche endlich nach der Vorschrift, ohne daran etwas ermangeln zu lassen, eingerichtet, auch so oft neue Gebäude oder Haupt-Reparaturen gemacht, bey Abnahme des Baues, Behuf der Bau-Freyheits-Gelder, genau darauf allemal gesehen werden, daß auch dieses dann genau befolget werde.

§. 2. Alle mit Stroh und Leimen verkleidete Schornsteine, müssen eben wie vorgeordnet, von den Eigenthümern abgeschaffet werden, und muß bey jedesmaliger Feuer-Visitation, wenn sich ein dergleichen schadhafter und gefährlicher Schornstein findet, solcher sofort eingeschlagen, auch der Eigenthümer sowohl, als der Schornsteinfeger weßhalb sub Tit. III. besonders verordnet, die solches nicht angezeigt, in Strafe genommen werden.

§. 3. Die Braupfannen, Backöfen, Brandtweinstöpfe, Seiffensieder, Färber und andere Kessel item Schmiede, Eisenschmelzer und wo sonst stark Feuer gebraucht wird, sollen hauptsächlich verwahret und mit tüchtigen Schornsteinen versehen seyn, für allen Dingen aber dahin gesehen werden, daß solche gegen kein Holz, sondern tüchtiges Mauerwerk

gefekt werden, noch in deren Rahm Holzwerk, als Stiele, Balken, ic. vorhanden seyn, weniger in diesen Häusern, während dergleichen Feuer im Gange sind, gedroschen, oder an Flachs gearbeitet werden.

§. 4. Alle Blendwerke von Stöcken und Leimen oder hölzernen Feuerbusen sollen abgeschafft werden, und muß bey jedesmaliger Feuer-Visitation, wenn sich ein dergleichen schadhafter und gefährlicher Schornstein findet, solcher so fort eingeschlagen, auch der Eigenthümer so wohl als der Schornsteinfeger, weshalb sub Tit. III. besonders verordnet, die solches nicht angezeigt, in Strafe genommen werden.

§. 5. Alle Schornsteine groß und klein, sollen ohne Unterscheid durchgehends gemauert, und also drey bis vier Fuß aus dem Dach geführt, keine aber, so von Holz, gelitten werden, wie denn auch, durch hölzerne Scheunen, Schornstein, noch zu denen Fenstern hinaus, blecherne Ofenröhren zu führen, gar nicht zu gestatten.

§. 6. Die Rauchkammern, wo dergleichen befindlich, müssen entweder ganz sicher seyn, oder gar abgeschafft werden, das Loch, daraus der Rauch zum Räuchern gehet, muß nicht unten am Beschluß, noch oben unterm Boden mit einer eisernen Kappe, sondern mit einem Schieber versehen, nicht weniger den Fußboden und die Wände stark gewalbert und mit nöthigen Leimen bekleidet seyn; Rauchkammern von Brettern oder Holz, sind gar nicht zu dulden, weshalb bey allen Feuer-Visitationen genau darnach zu sehen ist.

§. 7. Vor der Mündung derer Windofens und vor den Caminen soll der Fuß auf allen vier Füßen von Steinen, oder aber vor die ersteren eine Platte von eisernen Blech oder Blechplatte von zwey Fuß ins gevierte gelegt seyn.

§. 8. Sämtliche Dächer in der Stadt müssen von Ziegel oder Schiefer seyn, und durchaus keine von Rohr oder Stroh gelitten werden.

§. 9. Alle Dächer von Bohnhäusern, in welchen Feuer oder Licht gehalten wird, sind, mit denen sogenannten Strohpoppen zu unterziehen, gänzlich bey harter Geld- und Leibestrafe verbotthen, die untergezogene aber, sollen binnen sechs Wochen nach geschehener Visitation bey einer Geldbusse von 3 e h e n Rthlr. abgeschafft werden.

§. 10. Soll niemand mit einem Lichte oder Lampe im

Stall oder Scheure, noch auf die Bodens gehen, sondern mit einer guten Laterne.

§. 11. Das Dreschen und Hereschneiden soll anders nicht, als bey einer guten und wohl verwahrten Laterne, welche an einer Wand oder Stände anzuhanen, Hanf und Flachs bereiten, Lichte ziehen und Talgschmelzen aber nicht anders als bey hellem Tage geschehen, bey Vermeidung nachdrücklicher Strafe.

§. 12. Da man auch wahrgenommen, daß die Torf- und Holz-Asche von einigen Einwohnern oder deren Gesinde in den Häusern, auf den Mist und besonders letztere wohl gar auf die Bodens geschüttet wird; So wird solches bey Fünf Rthlr. Strafe, oder wann dadurch gar ein Unglück entstehen sollte, bey schwerer Leibes- oder Geldstrafe verbothen, dahingegen aber verordnet, daß dergleichen Asche entweder im Hause in einer ausgemauerten mit einer eisernen Kappe versehenen Dampfgrube oder in einem eisernen Topf mit einer Stülpe geschüttet, und mit Wasser begossen werden solle; wie denn auch hiermit ernstlich und bey Strafe von Zwey Rthlr. untersaget wird, den Flachs in der Stadt zuzubereiten, sondern es soll solches vor denen Thoren und eine gute Ecke vor der Stadt, das Schwingeln und Hecheln aber zwar in der Stadt, jedoch nicht an solchen Orten, wo Feuer oder Licht hinkommt geschehen.

§. 13. Das Feuer in denen Darren soll Abends höchstens um 9 Uhr erloschen seyn, es kann aber bey kurzen Tagen des Morgens um zwey Uhr im Sommer, bey Winterszeit um 4 Uhr, wieder angeleget werden, wobey expresse verordnet wird, daß bey jeder Darre ein Rufen mit Wasser, nebst einem Cymer parat stehen, weshalb von denenjenigen Magistrats-Personen, welchen das Feuer Departement aufgetragen ist, öftere unvermuthete Visitationes geschehen, und die Contravenienten jedesmahl mit Zwey Rthlr. bestrafet werden sollen.

Und da bis dato in der Stadt Cleve keine hölzerne Darren mehr befindlich sind, so soll auch künftig bey Zehen Rthlr. Strafe, dergleichen nicht angeleget werden.

§. 14. Die Tischler, Drechsler und Rademacher, auch alle, die in Holz arbeiten, sollen vor Abends jederzeit ihre Werkstätte rein machen, und die Hubel- oder andere Späne an einen sichern Ort in Verwahrung bringen; diejenigen so

solches unterlassen und bey denen solches befunden wird, sollen jedesmal mit Zwey Rthlr. bestrafet werden.

§. 15. Weder Späne, Stroh, Heu oder andere feuerfangende Sachen, dürfen an solchen Orten in denen Häusern liegen, da Licht oder Feuer hinkommt, insbesondere aber müssen solche von denen Schornsteinen oder Rauchkammern 6 Fuß entfernet seyn; desgleichen muß weder Stroh noch Heu an offenen Fenstern, oder über ausgestreckten Ofenpfeiffen geleyet werden, bey Zwey Rthlr. Strafe, wie denn auch überhaupt die sogenannten Eulenlöcher abgeschafft und mit ein Glas, oder Fensterladen versehen werden sollen.

§. 16. Toback soll weder auf denen Strassen, noch weniger in denen Höfen wo Stroh vorhanden, noch in Scheunen, Ställen oder in Werkstätten wo an Holz gearbeitet wird, gerauchet werden, und da man ohnerachtet derer hierwieder so oft ergangenen Verbothen dennoch angeordnet hat, daß darauf nicht geachtet wird; So soll derjenige, welcher sich mit einer Tobackspfeife auf der Straffe, auf einen Hof wo Stroh und Heu lieget, oder auch in Scheuren und Ställen, bey dem Dröschchen oder Hereschneiden sich betreten lässet, wenn er das Vermögen hat, jedesmal mit Zwey Rthlr. Strafe oder wenn er solche nicht bezahlen kan, mit achttägigem Arrest bey Wasser und Brod, der Hausherr aber, so solches gestattet, mit Fünf Rthlr. bestrafet werden, wovon dem Denuncianten der dritte Theil, die zwey übrige Theile aber der Kammerey zufließen sollen, und bleibet es wegen des daher entstehenden Schadens bey dem Inhalte des unterm 19ten Januarii 1764. erneuertet Edicts vom 8ten Julii 1744. (Nro. 1815 d. C.)

§. 17. Die Gastwirth und ein jeder Einwohner haben dahero dahin zu sehen, daß sie keine verdächtige Leute logiren und bey dem Schlafengehen alles Feuer und Licht gelöscht, in denen Wirthshäusern aber ein Nachtlicht unterhalten werde, gestalt dann in deren Ställen ein Ständer dergestalt vorhanden seyn muß; daß die Laterne daran gehangen werden kan, es muß auch unten am Ständer ein Gefäß mit Wasser stehen und die Wirth darauf achten, daß weder ihr Gesinde noch fremde Knechte mit dem Licht rucklos umgehen.

§. 18. Pulver soll in keiner Boutique mehr als zwey Pfund vorhanden seyn, an Vorrath muß weiter nichts, als

höchstens vierzig Pfund auf dem obersten Boden im Hause verwahret werden, und nichts anders dabey liegen.

§. 19. Terpentin-Dehl und dergleichen leicht brennende Sachen, müssen bloß in gewölbten Kellern liegen, auch davon Abends mit brennendem Lichte nichts herauf gebolet werden.

§. 20. Alles Schießen mit Büchsen, Flinten oder Pistolen, Raquetten-Werfen, papierne Laternen, soll bey Vermeidung harter Strafe verbotthen seyn, und derjenige, so wider einen dieser Punkte handelt, mit 5. 10. 50. und mehr Thalern auch wohl am Leibe, diejenigen aber, so auf die Art aus Unvorsichtigkeit ein Feuer erregt, mit Bestrafungsarbeit, oder auch nach Befinden am Leben gestrafet werden. Pechfackeln bey Leichenbegängnissen oder sonst, sollen gar nicht mehr, sondern statt deren, Laternen gebraucht werden.

Tit. II. Wenn sich Feuersgefahr äussert, was denn zu beobachten.

§. 1. Die sämtliche Nachwächter müssen mit Blasen im Winter von 10 bis früh 5 Uhr, und im Sommer von 11 bis 3 Uhr ihre Stunde accurat halten und dabey so wohl auf Feuersgefahr als auch auf die Diebereyen, auch, daß sonst kein Unglück auf der Strasse vorgehe, genau acht haben, derjenige Nachwächter, so eine Stunde verabsäumet, soll aufs schärfste gestrafet werden.

§. 2. Wenn die bestellte Nachwächter etwa in einem Hause verdächtiges Feuer oder ungewöhnlichen Rauch merken, müssen sie an dasselbe, ohne unzeitigen Lärmen oder Ungestüm, anklopfen und sich dessen erkundigen, auch wenn Hülfe von nöthen ist, die allernächsten Nachbarn ermuntern; wäre es aber gefährlich, und schiene der Stadt zum Schaden zu seyn, so sollen dieselben mit ihrem Horn blasen, auch ohne den allgeringsten Anstand, solches dem Commissario Loci, desgleichen dem Bürgermeister und Feuerherrn melden, damit von letztern so fort die gewöhnliche Zeichen gegeben werden, auch von denen Bürger-Compagnien die Trommel gerühret, und wenn es nöthig die Brandglocke gezogen werden, auch alle Bürger so viel möglich ermuntern und zur Rettung herbey rufen.

§. 3. Ein jeder Einwohner und Hausvater aber soll, wenn Feuer in seinem Hause auskame, solches nicht ver-

schweigen, sondern die Nachbarn sofort um Hülfe rufen; wo es aber ein Hauswirth zu verschweigen und mit denen Seinigen zu löschen gedächte, und es nicht eher meldet, als bis gestürmet wird, derselbe soll, andern zum Exempel und Abscheu, aufs schärfste am Leibe, oder an Gelde gestraffet werden.

§. 4. Bemerkte und erführe einer der Nachbarn, daß Feuer in der Nachbarschaft wäre, sollen dieselbe, desgleichen das Gesinde im Hause, wo Feuer entstehet; wenn es der Hauswirth nicht thut, ein Geschrey, es sey Tag oder Nacht, machen, und Leute, zur Hülfe und Rettung rufen.

§. 5. So bald Feuer entstehet, müssen die sämtlichen Einwohner, wenn es Abend und in der Nacht ist, sogleich die Fenster-Läden öffnen, und Licht vor die Fenster stellen, damit es auf denen Gassen helle werde, und aus denen Häusern zum Löschen eilen, und ein jeder sich nach dem Feuer, wozu er in der Anlage, angewiesen ist, hinbegeben.

§. 6. Insonderheit müssen diejenige, so zu Herbeybringung derer Spritzen, Anfuhrung derer Küvens, und zu Herbeybeschaffung derer Feuerleitern und Hackens angeordnet sind, sich nicht säumig erzeigen, sondern an die ihnen angewiesene Küppen mit ihren Pferden eilen und damit zum Feuer jagen.

Tit. III. Von den Zimmerleuthen, Maurern und dem Schornsteinfeger.

§. 1. Die Zimmerleute sollen die Gebäude, oder wo sie was altes ausbessern, dergestalt beschicken, daß die Maurer zu ihrer Sache vollständigen Raum behalten, und dem Gebäude zum Schaden, weder Ständer, Riegel noch Balken zerschnitten zu werden bedarf, falls sich aber das Gegentheil herfür thun sollte, ist der Zimmermann allen Schaden zu ersetzen schuldig, und soll überdem noch bestrafet werden.

§. 2. Die Maurer müssen bey Anlegung der Feuerstellen oder Ofens alles genau erwegen, und dahin sehen, daß kein Holz mit ins Mauerwerk gemauret werde, ob es gleich in einem Stall oder Scheune wäre, wo keine Feuerstelle vorhanden; Es sind auch die Lust- und Gartenhäuser innerhalb der Stadt, wenn Schornsteine und Camine darzu angeleget werden, mit Holz oder Schindeln beleset, nicht zu gedulden, wie denn auch diejenige, worinnen keine Schorn-

steine oder Camine befindlich sind, wenigstens 50 Schritt von allen Haupt- und Nebengebäuden entfernt seyn müssen.

§. 3. Ueberhaupt aber dienet denen Maurern, Zimmerleuten auch den Schornsteinfegern zur Nachricht und genauen Achtung, daß sie, bey entstehenden Feuer im Schornstein, sogleich mit einer Stange oder Hacken die Haube vom Schornstein zerschlagen und die Stücke am Schornstein herunter fallen lassen (vorher aber die Unterstehende warnen, damit solche dadurch nicht beschädiget werden:) es muß auch in den Schornstein eine nasse Decke oder Sack worinnen ein Stein gewickelt, herunter geworfen, derselbe aber mit einer andern nassen Decke zugedeckt und ein Brett darüber gehalten, von unten aber mit Handspritzen in den Schornstein hinauf gesprizet werden; zu denen Decken sind haaren Pferdedecken, welche die Motten nicht fressen, anderthalb Ellen lang und eben so breit, lose gearbeitet, damit sie desto mehr Wasser an sich ziehen, auch solches allenfals desto besser laufen könne, zu nehmen, und sollen derselben 12 Stück auf Kosten der Kämmerey verfertigt, auch in jedem Quartier der Stadt in die Eckhäuser der Strassen vertheilet werden, daß sie daselbst beständig hinter der Hausthüre hangen, und zu nichts anders gebraucht werden, wie denn bey allen Feuer-Visitationen besonders nachgesehen werden muß, ob solche an dem gehörigen Ort befindlich und in gutem Stande sind.

§. 4. Der Schornsteinfeger, soll in denen Brauhäusern oder Fustelstockereyen, und wo sonst stark Feuer gebrandt wird, wenigstens alle 2 Monate die Schornsteine, einen Küchenschornstein aber alle 3 Monate tüchtig reinigen und fegen, wobey sich von selbst versteht, daß ein jeder Hauswirth seine Feuerstelle alle 8 bis 14 Tage unten umher, so weit man reichen kan, reinigen läffet, auch daß, in grossen Häusern, wo täglich, besonders unter die Küchenschornsteine stark Feuer gehalten wird, man sich an die 3 monatliche Zeit nicht binden, sondern die Schornsteine, so oft es die Noth erfordert, reinigen lassen müsse.

§. 5. Es muß aber ermeldter Schornsteinfeger sich keines weges auf seine Leute allein verlassen, sondern wenigstens bey der alle 3 Monate vorgeschriebenen Hauptreinigung derer Schornsteine selbst zugegen seyn, und nachsehen, damit sowohl alles tüchtig verrichtet, als auch die Mängel, so er gegen die Feuerordnung findet, specificiret, und dem Magistrat zur Reinedur eingereicht, auch dem Commis-

sario Loci solche Specification übergeben werden, welcher dann mit darauf sehen muß, daß solche Mängel so fort abgestellt und redressiret werden.

§. 6. Entstände in einem Schornsteine ein Brand, so soll der Schornsteinfeger jedesmahl Zehn Rthlr. Strafe zur Kämmerey erlegen, indem wenn irgend jemand weigerte, die Schornsteine seines Hauses fegen zu lassen, ersterer es nur dem Magistrate anzuzeigen hat, da denn derselbe so fort dazu anzuhalten ist.

§. 7. Wer aber zur gesetzten Zeit nicht fegen lassen will, den soll der Schornsteinfeger dem Magistrat, auch allenfals dem Commissario Loci anzeigen, welcher die Widerspänstigen mit Nachdruck anzuweisen, und überdem noch, nach Beschaffenheit ihrer Umstände mit 30 Stüber bis zu einem á Zwey Rthlr. zu bestrafen, und soll allenfals der Commissarius Loci die verordnete Strafe durch den Polickey-Ausreuter bestreiten lassen, welcher auch davon nach Proportion 6 á 12 Stüber zu genießen haben, der übrige Theil aber zur Kämmerey fließen, und zur Reparation derer Feuer-Instrumente, so wie alle in diesem Reglement verordnete und einkommende Strafen, mit verwendet werden sollen.

Tit. IV. Von Feuer-Geräthschaften.

§. 1. Die Stadt und Bürgerschaft soll mit hinlänglichen Feuer-Instrumenten versehen seyn, welche samt und sonders zweymal, als um Ostern und Michaelis zu probiren und zu visitiren sind, auch wenn sodann etwas schadhafft befunden wird, muß solches sofort gebessert werden.

§. 2. So oft nun der Commissarius Loci oder der Magistrat die Feuer-Instrumente zu probiren nöthig finden, welches wenigstens zweymal im Jahr, einmal im Frühjahre und das zweytemal im Herbst geschehen muß, müssen die Sprüzen herausgerücket und wohl attendiret werden, ob sich daran und besonders an denen Schläuchen einiger Mangel findet, welche befundene Mängel denn sofort ausgebessert, und die Kosten von denen, so solche zu unterhalten schuldig sind, willig und ohne Aufenthalt hergegeben werden; wie dann die zwey Feuerherrn nebst dem Ober-Brandmeister davor repondiren sollen, daß alles im gehörigen Stande sich befinde.

§. 3. Und damit genugsame Feuer-Instrumente vorhanden seyn mögen, so soll zu denen, welche hiez bereits befindlich sind, folgende annoch angeschaffet werden, als: (Hier folgt die Aufzählung der auf dem Schlosse, bey der königl. Accise-Kasse, so wie in den Klöstern der Kapuziner, Minoriten und Nonnen noch anzuschaffenden Geräthschaften.)

§. 4. Die Stadtbrunnen und dabey stehende Wasser-Küven, müssen durch die Brunnen-Interessenten, vornemlich aber durch die dazu angeordneten Brunnen-Meister, die auf dem Schlosse von dem dazu angeordneten Brunnen-Meister, die in der Münze und Kloster vorhandene Brunnen und Küven aber, gleichfals von besonders dazu angeordneten Leuten in tauglicher Aufsicht gehalten und verhütet werden, daß weder Unrath noch Steine, in die Küven geworfen werden. Zu dem Ende sollen von denen Feuerherren oft unvermuthete Visitaciones angestellet, und dahin gesehen werden, damit im Sommer die Küven beständig mit Wasser angefüllet stehen, alle 8 Tage aber umgeworfen, gereiniget und mit frischem Wasser versehen werden, des Winters aber, und vornemlich bey hartem Frost müssen selbige ledig stehen, überhaupt müssen die Schlitten mit runden Hölzern unterleget werden, damit sie nicht anfrieren, sondern nöthigen Falls sogleich weggebracht werden können.

§. 5. Das Ablassen des Wassers, reinigen und wieder Anfüllen der Küven geschieht von denen Brunnen-Interessenten nach der Reihe, von denen der Brunnen-Meister eine ordentliche Liste halten, und dahin sehen muß, daß solches von einem jeden, wann die Reihe an ihn kommt, gehörig verrichtet werde. Würde sich nun bei der Visitation finden, daß obigem allen nicht gebührend nachgelebet würde; so soll der Brunnen-Meister davor zur Verantwortung gezogen werden.

§. 6. Die Schlüssel zu denen sämtlichen Feuer-Geräthschaften werden auf dem Rathhause verwahret, und muß an einem jeden ein Blech mit einem Drath festgemachet auch deutlich darauf geschrieben werden, wozu er gehöret, damit im Fall der Noth ein jeder Schlüssel sofort zu unterscheiden ist; Desgleichen ist auch ein jeder Brand-Meister mit einem Schlüssel von denen in seinem District vorhandenen Feuer-Instrumenten zu versehen, welchen dieselben bey offenbarer Bestrafung wohl verwahren müssen.

§. 7. Es soll Niemanden eine Leiter oder Hacken zum Gebrauch ohne derer Feuerherren Vorbewußt und expressen Bewilligung, geliehen werden, welche dann auch dahin sehen müssen, daß solche hiernächst und zwar in gutem Stande wieder an Ort und Stelle gebracht werden.

§. 8. Ueberdem muß ein jeder Hauswirth mit Einem, die Bemittelten aber mit zwey Feuerreimer, desgleichen ein jeder mit einer hölzernen Handsprünge versehen seyn, welche jederzeit im Vorhause hinter der Thüre parat hängen müssen, worauf bey denen Feuer-Visitationen wohl zu attendiren, und ist derjenige, wo solches dergestalt nicht befunden wird, mit 30 Stüber bis Einen Rthlr. zu bestrafen.

§. 9. Damit auch hierunter keine Unterschleife vorgehen und bey Visitationen ein Bürger aus dem visitirten Quartier sich Sprünge oder Eimer entlehnen; so soll auf jeder Handsprünge und Eimer der Name des Eigenthümers deutlich gezeichnet werden.

Tit. V. Von Feuer-Visitationen.

Die Feuer-Visitationes sollen jährlich 2 mal durch die ganze Stadt sonder Ausnahme und zwar gleich nach geschehener Hauptreinigung der sämtlichen Schornsteine vorgenommen werden, und wohnen derselben bey, die drey Feuerherren vom Magistrat, ein Bürger-Capitain von jeder Compagnie, drey Mauermeistere, drey Zimmermeistere und der Schornsteinfeger. Solten nun bey solchen Visitationen Mängel befunden werden, sind solche dem Magistrat so fort anzuzeigen, welcher der Bestrafung halber in Gegenwart und mit Approbation des Commissario Loci das Nöthige zu verfügen hat, und muß letzterer allenfals dieserhalb das Nöthige bey der Krieges- und Domainen-Cammer vorstellen.

Ob nun wohl bey der Feuer-Visitation keine eigentliche Maasse zu geben, indem ein jedes Gebäude seine eigene Einrichtung hat, so soll dennoch vornemlich dabey auf nachfolgende Punkte genau attendiret werden:

- a) Ob in denen Wirthshäusern die Laternen an gehörigen Ständern hängen, und Wasser darunter stehe?
- b) Ob ein jeder Bürger eine gute Handsprünge, und solche im Vorhause an der Thür hängen habe?
- c) Ob in jedem Hause ein Exemplar der Feuer-Ordnung vorhanden sey?

- d) Ob jeder einen guten ledernen Feuereimer gleichfalls im Vorhause in Bereitschaft habe?
- e) Ob auf dem Boden oder andern Orten im Hause, wo es verbothen ist, heiße Asche liege?
- f) Ob die Schornsteine nach der Vorschrift eingerichtet und rein sind?
- g) Ob dem Schornsteine etwas Feuerfangendes zu nahe liege?
- h) Ob bey denen Darren Wasser stehe?
- i) Ob die Rauchkammern nach der Vorschrift eingerichtet sind?
- k) Ob unterhalb denen Darren oder in der Gegend der Schornsteine Strohecken liegen, als welches durchaus nicht zu dulden.
- l) Ob die Ofenpfisen auch bergestalt liegen, daß sie keinen Schaden thun können.

Damit aber auch die, zu denen Feuer-Visitationen verordnete Handwerker solche desto williger thun, so sollen denselben aus denen einkommenden Strafgefällen jedesmal 1 und eine halbe Tonne Bier, wie bisher üblich gewesen, noch ferner zur Ergögligkeit, und im Fall in der Straßcasse nicht so viel vorhanden, solches aus der Cämmerey gereicht werden.

Tit. VI. Von Feuersbrunst

Wann würcklich Feuer entstehet, deshalb Lärmen wird, und Hülfe nöthig ist, müssen sich alle Bürger der Stadt nach denen Anlagen, sonder den geringsten Zeitverlust aufmachen, und an denjenigen Ort, wohin sie, nach der, in dem als denn laufenden Quartal, gemachten Einrichtung, zu denen Feuer-Instrumenten verwiesen sind, verfügen, die richtige Geräthschaften, als Feuersprüzen, Hacken, Wasserkuven, und Handsprüzen an den Ort wo das Feuer ist, bringen, diejenigen Bürger aber, so zu keinen besondern Verrichtungen angewiesen sind, jeder ihren Wassereimer und Handsprüzen gleichfalls dahin bringen, woselbst diejenigen, die dazu angeordnet, sie anweisen werden, was sie thun sollen.

§. 2. Die zur Wache benandte Numern versamlen sich sogleich vor ihres benandten Capitains Quartier, und besetzen die Gassen.

§. 3. Dieselben müssen dann alle müßige Zuschauer fortjagen, und die Gassen offen halten, damit die Wasserföhren, auch diejenigen, so die Feuergeräthschaften herbeybringen, imgleichen die Arbeiter, den Platz und eine freye Passage haben, auch sehen sie dahin, daß keine Diebereyen vorgehen, sondern, wenn Leute ihre Effecten retten und wegtragen, so müssen sie denenselben einen Mann zur Begleitung bis an denjenigen Ort geben, wo die Sachen sicher liegen können, als woselbst gleichfalls eine genugsame Wache von sichern Leuten angeordnet seyn muß, damit denen verunglückten Leuten das ihrige nicht geraubet, oder entwendet werde, der Ort aber muß so nahe als möglich erwählet, und von dem, der die Direction führet, benennet werden.

§. 4. Die Stadt-Capitains müssen sich nach der Anlage No. 2, die Lieutenants und Fähndrichs aber, nach der Anlage No. 3 richten.

§. 5. Was bey denen Leitern, Sprützen, Hacken und Wasserkuven zu observiren, zeigen die übrigen Anlagen, wohin so wohl die Stadt-Offiziers als übrige Bürger verwiesen werden.

§. 6. Und da wegen Anfüllung der Wasserkuven das nöthige darin verordnet wird, so sollen in denen Häusern, in welchen Brunnen vorhanden, die Frauens, Kinder und Gesinde vor denen Thüren Gefässe mit Wasser angefüllet in Bereitschaft halten, damit die ab- und zufahrende Wasserkuppen aus denenselben desto eher vollgemachet werden können.

§. 7. Wie denn auch im Sommer bey großer Hitze und Dürre, ein jeder Hauswirth in seinem Hause ein Gefäß mit Wasser angefüllet, vor der Thür parat haben soll, derjenige, so solches nicht beobachtet, soll mit 20 à 40 Stüber bis Einen Rthlr. bestrafet werden.

§. 8. Die Schuster, so zu denen Feuersprützen verordnet sind, müssen Hanf, Pech und Geräthschaften bey sich haben, um nöthigen Falls, wenn an denen Schlangen etwas zerbricht, solches auszubessern.

§. 9. Die Zimmer- und Mauerleute müssen ihre Axen, Hammer und Brecheisen mitbringen, und das nöthige wozu sie vom Burgermeister angewiesen werden, niederreißen.

§. 10. Jeder muß seinen angewiesenen Posten treulich wahrnehmen, und sich in nichts anders meliren, als wozu

er, von seinen Vorgesetzten angewiesen wird, damit alle Confusiones vermieden werden.

§. 11. Wenn sich an einigen Häusern noch hölzerne Dachrinnen finden, so ist ein jeder Hauswirth verbunden, solche bey entstehendem Brande mit genugsamen Leuten zu besetzen, um auf das Flockfeuer acht zu haben.

§. 12. Diejenige Bürger bey denen die Haarendecken in Verwahrung liegen, eilen mit denenselben zum Feuer, und der Schornsteinfeger siehet dahin, daß solche wo, und wie es nöthig employret werden.

§. 13. Der Bürgermeister und übrige Magistrats-Personen sind bey dem Feuer gegenwärtig, und giebet ersterer die nöthigen Ordres.

§. 14. Der Stadt Secretarius, die Stadtdiener und zwey Portiers müssen sich auf dem Rathhause einfinden, um wenn es die Noth erfordert, mittelst der in Bereitschaft habenden Säcke, das Archiv zu retten.

§. 15. Wenn der Brand dermassen überhand nimmt, daß die Rendanten Unserer Cassen solche wegzubringen für nöthig finden, schaft der Bürgermeister ihnen auf die erste Requisition hiezu die erforderliche Mannschaft von den Bürger-Compagnien.

Tit. VII. Wenn das Feuer gelöscht ist.

§. 1. Gleichwie sich nun keiner unterstehen muß, nach Hause zu gehen, ehe und bevor das Feuer gänzlich gelöscht worden; So muß der Capitain von der ersten Compagnie alsdenn eine Wache von 20 Mann dabey stellen, welche unter Aufsicht der Fähndrichs gedachter Compagnie, so lange dabey verharret, bis gar kein Feuer mehr zu verspühren ist, die Wächter gehen denen Officiers zur Hand, und diese sehen nebst denen Feuerherren insgesamt dahin, daß alle publique Feuergeräthschaften von denen dazu verordneten Bürgern wieder an Ort und Stelle gebracht werden, wenn zuvor sowohl die Schlangen an denen Sprüngen, die Feuer-eimer von denen drey ältesten Meistern des Schusteramts in Augenschein genommen, und dasjenige so daran schadhast ist, gehörig repariret worden. Würde ein Dieb, der auch nur eine Kleinigkeit bey dem Brande entwendet, ausfündig gemacht; So soll derselbe außs schärfste, auch nach Befinden mit Bestungsarbeit bestrafet werden, wie denn auch die Hec-

ler gleiche Strafe zu gewärtigen haben; Wer aber bey dem Feuer das Seine nicht thut, oder auch wohl gar zurück bleibet, wenn er in der Stadt befindlich ist, soll nach seinen Umständen am Leibe oder mit Ein bis Fünf Rthlr. an Gelde bestraft werden.

§. 2. Wer zuerst ein Feuer entdeckt, und es kund macht, es sey auch der Nachwächter, soll Einen Rthlr. zum Recompens haben, demjenigen, der den ersten Wasserküppen zum Feuer bringet, sollen zwey Rthlr., vor die zu erst ankommende Sprütze Zwey Rthlr., Leiter 30 Stbr., Feuerhacken 20 Stbr. aus der Straf-Casse, oder in Subsidiu aus der Kämmerey gereicht werden, welches, wann das Feuer durch jemandes Fährlässigkeit entstanden, von demselben, wann er bey Mitteln ist, wieder beygetrieben werden soll.

§. 3. Damit auch Niemand sich mit der Unwissenheit entschuldigen könne, so soll diese Ordnung zum Druck gebracht, öffentlich angeschlagen, und jeder Hauswirth sich ein Exemplar anzuschaffen gehalten seyn.

§. 4. Schließlich werden alle und jede Einwohner der Stadt nochmalen ernstlich erinnert, die ihnen, in denen Anlagen bey entstehender Feuersbrunst angewiesene Functiones treulich und fleißig zu beobachten, und nichts anders, als wozu ein jeder geordnet ist, vorzunehmen, wie sich denn auch ein jeder der Pferde hält ohne Unterscheid bescheiden wird, daß obgleich zu Heranbringung derer Küppen, der gleichen besonders benennet sind, dennoch, wenn diese ausser der Stadt, und nicht gleich bey der Hand seyn solten, zu der Wasserküppen schleunigen Herbeyschaffung dieselben herzugeben.

Beylagen der Feuer-Ordnung.

No. 1. Der regierende Bürgermeister und sämtliche Magistratsglieder müssen, wenn Feuer entstehet, sich so gleich an den Ort, wo die Gefahr ist, hinbegeben, um daselbst so wohl alles in Ordnung zu halten, als auch zu sorgen, daß die Feuer-Instrumente auf das geschwindeste herbey geschaffet, die Strassen besetzt, die Wache zum Ketten reguliret, sonst alles, was zu Löschung des Feuers dienlich ist, beygetragen werde, und der dirigirende Bürgermeister den Brand bey Erhaltung der erstern Nachricht sogleich Unserm Krieger- und Domainen-Cammer-Praesidenten anzeigen.

No. 2. Die 6. Stadt-Capitains sollen, so bald sie hören, daß Feuer entsteht, an dem Ort sich einfinden, wo der Magistrat oder einige Membra desselben versammelt sind, und die Ordnung folgendergestalt machen. Der älteste muß bey dem dirigirenden Bürgermeister sich halten, und empfänget von demselben die Ordres, eröffnet solche denen andern, die ihm hierunter ohne Verzug folgen müssen.

Der jüngste Capitain soll mit 54 Mann, welche von gesammten Bürger-Capitains quartaliter zu benennen, und Magistratui, mittelst einer davon einzureichenden Liste, nahinhast zu machen sind, so fort die Gassen besetzen, und nicht weit vom Feuer, wo es sich schicket und Raum vorhanden (welchen ihm der Bürgermeister anweisen wird,) ein Commando von 6 Mann nebst einem tüchtigen Unterofficier stellen, und müssen die geretteten Effecten allezeit durch Wachen an solchen Ort begleitet werden;

Es muß derselbe auch Kinder und loses Gesindel nicht weiter durch passieren lassen, weil solche bey dem Feuer nur hinderlich sind;

Der zweyte Capitain stellet sich bey denen zu erst ankommenden Wasserkuppen, machet daseibst eine Ordnung von zwey Reihen bis zur ersten Sprütze, dergestalt, daß die eine Reihe die angefüllte Eimer einander bis zur Sprütze zu, und die andere Reihe die ledigen eben so bis zum Kuppen wieder zurück reicher. Wenn die Gefahr so beschaffen ist, daß mehr Sprützen appliciret, und gebraucht werden, so beachtet der 3te und 4te Capitain bey solchen eben dasselbe.

Der 5te Capitain nebst dem Lieutenant und Fähndrich von der zweyten Compagnie, geben auf die an der Erde liegende Schlangen acht, damit solche nicht durch die hin und wieder gehende zertreten und beschädiget werden, siehet auch dahin daß ein Platz offen bleibe, wo die Feuereimer, losgerissene Materialien und anders, herunter geworfen werden kan, ohne daß dadurch jemand Schaden leide.

No. 3. Eine jede grosse in der Stadt befindliche Brandsprütze wird durch 12 von denen Bürger-Capitains quartaliter besonders dazu anzuordnenden und Magistratui mittelst einer einzureichenden Liste bekandt zu machenden Leuten zum Feuer gezogen, die zugleich, als Arbeiter zum Pumpen gebraucht werden, und führet dabey die Direction ein des Endes a Magistratu zu benennender Sprützenmeister, welchem von der Schustergilde ein Schuhmacher zugegeben wird,

der die nöthigen Geräthschaften bey sich führen muß, um, wann in der Schlange etwas schadhaftes entsteht, solches sofort zu verbessern. Und da überhaupt so viel Sprüzen vorhanden sind, daß dieselben nur selten zusammen angebracht werden können; So wird der dirigirende Bürgermeister, wenn 2 oder 3 Sprüzen nach Beschaffenheit der Umstände bey dem Feuer sind, ordiniren, ob noch mehrere herbey zu schaffen nöthig sind oder nicht.

Im letztern Falle bleibet bloß der Sprüzenmeister bey seiner angewiesenen Sprüze stehen, und hält das Behältnis offen, die übrige dazu angewiesene Leute aber, gehen auf erhaltene Ordre ab, und begeben sich an den Ort hin, wo die Gefahr ist, da sie denn zu denen erforderlichen Berrichtungen angewiesen werden sollen.

No. 4. Zu einem jeden in der Stadt vorhandenen Wasserkuven werden quartaliter a Magistratu zwey Eingeseffene benandt, welche selbige mit ihren Pferden an Ort und Stelle bringen müssen, und wird die Einrichtung denen dazu benandten jedesmal bekant gemacht.

No. 5. Zu denen Feuerhacken, welche sämtlich bey dem Rathhause befindlich sind, und wozu die beyden Stadtbothen, jeder einen Schlüssel haben, werden die sämtliche Portiers bestellet.

No. 6. Die Anordnung der, zur Herbeybringung der Brandleitern und derer Eimer vom Rathhause erforderlichen Mannschaft wird von denen Bürger-Capitains quartaliter reguliret, und Magistratui davon Nachricht gegeben.

No. 7. Die Bürgerkinder, so erwachsen, imgleichen das Gesinde müssen bey jedem Brunnen, wozu die Bürgerhäuser gehören, in die ankommende Kuvn Wasser ziehen und selbige damit anfüllen.

No. 8. Die Stadtofficiers, als Lieutenants und Fähndrichs müssen sich bey dem Feuer gleichfals einfinden, und die, von der 2ten und 3ten Compagnie, denen Stadts-Capitains helfen, die Leute in Ordnung stellen, im übrigen aber sich in ihre Cantons dergestalt vertheilen und zusehen, daß es wegen Anfüllung der Wasserkuven an nichts fehle, sie gehen auch die Gassen auf und nieder, zu attendiren auf das etwanige Flockfeuer.

No. 9. Diejenige Bürger, so zu obigen Berrichtungen nicht specialiter angewiesen sind, eilen zum Feuer mit ihren Ei-

mern und Handsprüngen und stellen sich in die ihnen von denen Capitains anzuweisende Ordnungen.

No. 10. Die Meister und Gesellen vom Zimmerhandwerk, imgleichen von denen Maurern finden sich mit ihren Handwerkszeugen beym Feuer ein, um, wo sie angewiesen werden, das Niederreißen zu besorgen.

No. 11. Der Schornsteinfeger mit seinen Leuten, oder, wenn derselbe abwesend seyn sollte, an seiner statt ein zu ernennender Leyendeckermeister, eilet gleichfalls zum Feuer, besteigt den Schornstein, und besorget daß die Decken, wenn es nöthig und dienlich ist, recht employret werden.

No. 12. Der zeitliche Wagenmeister soll die, über der Mittelpforte befindliche Brandglocke, und die auf dem großen Markt der zunächst der Glocke wohnende Bürger jedoch nicht eher bis er dazu von dem Bürgermeister Ordre erhält anziehen.

No. 13. Jedes Mannskloster schicket so fort zwei ihres Mittels zum Feuer, welche mit Handsprüngen und Feuereimern versehen sind, und dasjenige, wozu sie angewiesen werden, verrichten.

No. 14. Da die, nach der, quartaliter gemachten Einrichtung benandte und zu gewissen Berichtigungen angewiesene Leute, theils oft sterben, theils wegziehen, und dadurch der Numerus incomplett wird, so sollen die 6 Stadt-Capitains fleißig vigiliren, und wenn einer oder der andere ausfällt diesen Defect alsofort suppliren und Magistratui davon Nachricht geben.

Urkundlich haben Wir diese Feuer- und Brand-Ordnung Höchstseigenhändig unterschrieben und mit Unserm Königl. Justiegel bedrucken lassen.

Bemerk. Die königl. Kriegs- und Domainen-Kammer zu Cleve hat unterm 8. Nov. 1774 einen Auszug der vorstehenden Brand-Ordnung, welcher die jedem Bürger aufgelegten Verpflichtungen, in Beziehung auf Verhütung und resp. Löschung der Brandunglücke, umfaßt, wiederholt verkündet, wovon jedem Hauswirthem ein Exemplar zugestellt werden soll.

Sodann ist auch sub dato Berlin den 20. April 1773 (s. n. Nyl. Bd. V, c, pag. 87) eine Feuer- und Brand-Ordnung für die Stadt Hamm und die übrigen

Städte der Grafschaft Mark gleichmäßig erlassen, welche die oben aufgeführten Bestimmungen der Feuer- und Brand-Ordnung für die Stadt Cleve, unter folgenden Zusätzen und Abweichungen, fast wörtlich wiederholt, nämlich:

Tit. I. §. 3. ist zusätzlich verboten, Feuer oder glühende Kohlen in offenen Geschirren über die Straße zu tragen, bei Strafe von 2 Rthlr. oder 8 Tage Gefängniß. — §. 7. ist zusätzlich bestimmt, daß die Schieber in denjenigen Kaminen, in welche Ofenpfeifen geführt sind, ganz von Eisenblech oder damit belegt sein müssen. — Nach §. 17. ist die Einquartierung zur Beachtung der Feuerordnung besonders verpflichtet. — Der Schluß des §. 19. ist auch auf das Schießpulver angewendet. — Im §. 20. ist abweichend das, sub. Nro. 2036 d. S. aufgeführte, Edikt und dessen Strafbestimmung allegirt.

Tit. II. §. 1. sind sämtliche Thurm- und Nachtwächter gleichmäßig, jedoch um 1 Stunde früher, zur Wachsamkeit; sodann auch §. 2. zum Lärmmachen, mittelst Ziehung der Brandglocken und Blasen des Horns, verpflichtet.

Tit. III. Die Schlußbestimmung des §. 4. ist auch auf diejenigen Kamine angewendet, in welche nur Ofenpfeifen geführt sind.

Tit. IV. §. 2. ist abweichend bestimmt, daß die Kämmerer-Kassen die Reparaturkosten vor allen andern Ausgaben entrichten sollen; desgleichen §. 3. daß jeder Einwohner eine verschließbare Laterne, eine Feuerstürze, einen Feuereimer, so wie eine, und die bemittelten Bürger zwey, hölzerne Handsprizen besitzen müssen. Im §. 4. sind die publicen Feuerlöschgeräthschaften in der Stadt Hamm und deren Aufbewahrungsorte bezeichnet.

Tit. V. enthält den Zusatz, daß bei den Feuervisitationen auch darauf zu sehen ist, ob die Ofen mit eisernen Thüren versehen, und die Brunnen in gutem und reinlichem Stande sind.

Tit. VI. Die Bestimmung im §. 2. findet Platz, wo die Brandwache nicht von der Garnison gestellt wird; im §. 4. wird dem Militair das Schlagen der Bürger verboten; §. 7. wird auch auf den Fall angewendet, wenn in der Nacht Gewitter entsteht.

Außer den vorstehenden Modificationen ist noch in zwei Titeln VII. u. VIII. bestimmt, was nach der Löschung eines Brandes zu thun ist, und wie und von wem die Feuerlöschgeräthschaften zu handhaben sind.

2067. Cleve den 17. August 1772.

Königl. Regierung und Kriegs- und
Domainen-Kammer.

Zufolge höherer Bestimmung d. d. Berlin den 22. v. M., sollen die seitherigen Subhastations-Termine von 9 Monaten, bei nothwendigen Verkäufen, von rustikal- und städtischen Grundstücken und Nahrungen, nur dann beibehalten werden, wenn Letztere deductis deducendis auf 5000 Rthlr. und darüber taxirt worden sind, bei Subhastationen solcher Grundstücke aber, deren Taxen über 2000 Rthlr. und resp. unter 2000 Rthlr. betragen, sollen die Termine auf 6 Monate, und resp. auf 3 Monate beschränkt werden.

2068. Cleve den 12. Dezember 1772.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Zur Nachricht und Achtung der sämtlichen Land-Räthe, Receptoren, Creiß-Schreiber und der Contribuenten wird (rückichtlich der neuen Steuerquittungs-Bücher) nachfolgendes eröffnet und verordnet, wie

Erstlich dieses Quittungs-Buch deshalb eingeführt worden, damit ein jeder Contribuent seine sämtliche Abgaben, auf einmal übersehen, imgleichen damit das Cammer-Collegium und der Land-Rath sich jährlich durch die zugleich mit verordnete Revision der Quittungs-Bücher, überzeugen könne!, daß mit denen Contribuenten richtig abgerechnet, und von keinem mehr exigiret worden, als was er zu bezahlen schuldig gewesen.

Zweitens, Dieserhalb muß der Creiß-Schreiber, nach Maassgabe der ihm sub dato Berlin den 10. April 1753. ertheilten Instruction §. 3. auf der dazu bestimmten Seite, mit richtiger Bemerkung der Num. des Hauses des Hebeszettels und der Contribuablen-Parcelen in die dazu gehörige Rubriquen deutlich und ordentlich einschreiben, was ein jeder Contribuent, theils an Resten aus dem vorigen Jahre,

nach einer angelegten richtigen Berechnung, theils aber auch an currenten Abgaben bezahlen solle, und verstehet es sich von selbst, daß diese einzuschreibende Abgaben sich überall, auf richtige Heeb = Zettel und individual Designationes, gründen müssen. Der Creiß = Schreiber erhält dafür, bey der jeto einigermaßen vermehrten Arbeit, statt des ihm in der Instruction bewilligten Douceurs von zwey Stüber, von jeglichem Contribuenten, überhaupt für das Einschreiben aller Positionen, zwey und einen halben Stüber, muß aber die Einschreibung gleich nach gehaltenen Erben = Tagen verrichten, und längstens ultimo Julii jeden Jahres damit fertig seyn, sonst er für jedes Buch worinnen die Einschreibung nicht ordentlich geschehen in zwanzig Stüber Strafe verfällt.

Drittens, Solte ein oder der andere Contribuent verschiedene contribuable - Parcelen haben; so ist eben dazu für jedes Jahr eine besondere Seite gelassen, damit die Nummern nach einander aufgeföhret, und die auf jedes Parcel treffende Abgaben specificc eingeschrieben werden können.

Viertens, Zuletzt muß der Creiß = Schreiber sämtliche unter gehörige Rubriquen verzeichnete Abgaben summiren, und die Seite, auf welcher er die Einschreibung verrichtet, unterschreiben.

Fünftens, So bald der Creiß = Schreiber mit der Einschreibung fertig, muß der Receptor die nemliche Summen unter die erforderliche Positiones auf die zweyte Seite dergestalt übertragen, daß die Münzsorten, worinnen die Abgaben bezahlt werden müssen, in denen dazu vorgeschriebenen Rubriquen, marquiret werden.

Sechstens, Auf der dritten Seite, muß der Receptor den Contribuenten, bey Strafe vierfacher Ersehung, des Empfangenen, die entrichtete Abgaben sogleich einschreiben, den Tag wenn die Zahlung geschehen, genau verzeichnen, und das Quittungs = Buch so fort retradiren, damit der Contribuent, wenn er des Lesens und Schreibens unerfahren, solches von andern lesen lassen könne. Jedoch ist es nicht nöthig auf der dritten Seite die Abgaben noch einmal zu distinguiren, weil solches auf denen beiden ersten Seiten schon hinlänglich geschehen, und wie viel der Contribuent in Summa zu bezahlen, auch in was für Münzsorten solches geschehen müsse, daselbstens dergestalt richtig und ordentlich marquiret seyn muß, daß beym Ende des Jahres ein förmlicher Abschluß formiret werden kann.

Da auch angemerket worden, daß die Receptores den Steuer Reglements de 1687. §. 22 et 23. und de 1764. §. 8 (Nro. 399 u. 1822. d. C.) zuwider, sich von denen Contribuenten, Getreide, Futter und andere Bedürfnisse auf Rechnung geben lassen, und dagegen denen armen Contribuenten Nachsicht ertheilen, hieraus aber nichts anders als verworrene Gegenrechnungen, wobey die Eingeseffene immer leiden, entstehen müssen: so wird hierdurch wiederhohsentlich festgesetzt, daß der Receptor sich alles eigennützigem Verkehr, mit denen Contribuenten um so mehr enthalten solle, da er Gelegenheit genug hat, seine Bedürfnisse von solchen Leuten zu nehmen, mit welchen er in keiner Verbindung stehet. Solte sich indessen in der Folge ergeben, daß ein Receptor von Contribuablen Eingeseffenen seines Districts sich Sachen, ohne Bezahlung oder auf Abrechnung geben ließe, oder auch die Contribuenten, im Preise der von ihnen erkauften Sachen laediret; so soll derselbe ohne Nachsicht zur Cassation angezeigt, und wegen solcher Plackerey nach Vorschrift des Steuer Reglements verfahren werden.

Siebentens, Weilen aus dem im Quittungs-Buche formirten Abschluß nun hervorgehet, wie viel der Contribuent in Summa restiret; so verstehet es sich von selber, daß wenn am Ende des Jahres das ausgemittelte Rest-Quantum ganz oder zum theil inexigibel befunden werden sollte, die Contribution, Kunde-Morgen und Richterdienst-Gelder vorgehen, und die inexigible Reste, bloß auf die Toback-Fabrications-Werbe- und Artillerie-Recruten-Gelder proportionirlich abgeschrieben werden.

Achtens, Damit aber auch, in Ansehung dieser Gelder keine inexigible Dienste, welche der Totalitaet immer zur Last fallen ungebührlich angegeben werden; so wird ein für allemal festgesetzt, daß ein jeder Receptor seinem vorgesezten Land-Rath die Designation von denenjenigen Resten, aus dem abgelaufenen Jahr, welche er als inexigibel anerkennt, noch ehe die Erben-Tage angehen, einsenden soll.

Diese Designation leget der Landrath auf dem Erben-tage, denen Deputirten und Geerbten, so die Contribuenten am besten kennen müssen, ad examinandum vor, und wenn alsdenn Deputirte und Geerbte, die Inexigibilitaet anerkennen, der Land-Rath auch nichts zu erinnern findet, vielmehr beyde die Rest-Designationes attestiren, so wird alsdann die Abschreibung kein Bedenken finden. Wann aber der Receptor dergleichen Designation dem Land-Rath, vor

dem Erben = Tage einzuliefern versäumt; so soll er damit nicht gehöret werden, sondern das inexigible Rest = Quantum zur Last des Receptoris bleiben.

Neuntens, Die inexigible Rest = Designationes werden, wann sie vorgeschriebener maßen attestiret worden, von denen Tobackß = Fabrications- und Artillerie- Recruten- Gelder, der Cammer und von denen Werbe = Geldern, denen Land = Ständen, eingesendet, und damit die Cammer hierunter einmal in Ordnung kommen, und des vielen excitirens überhoben sein könne: so wird ein für allemal festgesetzt, daß ein jeder Land = Rath die attestirte Rest = Designationes aus seinem ganzen Creyße, mit Beyfügung einer von ihm Nemter = Weise gefertigten und in triplo einzusendenden General Designation vor dem ersten October jeden Jahres bey der Cammer einsenden soll. Im Fall der Land = Rath dieses versäumt; so sollen die inexigible Reste ihm zu Schulden kommen, und bleiben, wogegen er zu quaeruliren um so weniger Ursache hat, da er nach geendigten Erben = Tagen noch Zeit genug behält die General-Designation auszuarbeiten, und alles complett einzureichen, wie denn auch keine Designationes weiter stückweise von einzelnen Nemtern angenommen werden, sondern von dem Land = Rath, aus dem ganzen Creyße auf einmal abgeliefert werden müssen.

Zehntens, Die Cammer wird auf die von denen Land = Rätthen einzusendende Designationes, die Abschreibung decretiren, auch ein Exemplar der General-Designation cum Decreto remittiren, worauf denn der Land = Rath einem jeden Receptoris das abgeschriebene Quantum notificiren muß, dann muß der Receptor einem jeden Contribuenten das niedergeschlagene Quantum, in denen Quittungs = Bücher abschreiben, bey Revision derselben dem Land = Rath, das solches geschehen, ordentlich nachweisen, da denn der Land = Rath nicht allein zur Justification des Receptoris, daß die Abschreibung gehörig geschehen, unter die Special = Nemter = Designationes attestiret, sondern auch die General-Designation mit einem Attest, daß die Abschreibung in allen Nemtern, und Jurisdictionen seines Creyßes richtig geschehen, und solches bey Revision der Quittungs = Bücher nachgewiesen worden, längstens den ersten December jeden Jahres bey Fünf Rthlr. Strafe, zur Cammer einsendet, als welche attestirte General-Designation von der Obersteuer = Casse der Haupt = Tobackß = Fabrications- Gel-

der Rechnung zur Justification der denen Contribuenten wirklich angebliebenen inexigiblen Reste beygefüget werden soll.

Elftens, Es sollen alle und jede Contribuenten, auch diejenige welche bloß Tobackß = Fabrications = Werbe = und Artillerie = Recruten = Gelder entrichten, mit diesem geordneten Quittungs = Buche versehen werden, und verstehet es sich von selbst, daß wenn ein Colonus, zu einer oder der andern Abgabe nicht pflichtig ist, solche als cessirend in dem Quittungs = Buch angemercket werden muß.

Der Greiß = Schreiber aber soll von denenjenigen, welche bloß Tobackß = Fabrications = Werbe = und Artillerie = Recruten = Gelder bezahlen nicht mehr als einen Stüber, für das Einschreiben aller dieser Positionen nehmen.

Zwölftens, Der Receptor muß zwar, nach Vorschrift der Steuer = Reglements, im Junio und Julio, die Contribuenten zur Zahlung nicht anhalten, sondern zur Befriedigung der Ober = Steuer = Casse selbst in diesen beyden Monaten den Vorschuß thun, sonst aber durch eine unzeitige Nachsicht die Contribuenten nicht verwöhnen sondern vielmehr mit Ernst darauf halten, daß ein jeder in denen im Steuer = Reglement de 1764. (Nro. 1822. d. S.) festgesetzten Terminis, die Abgaben entrichte, und keine Reste aufschwellen. Sollte indessen bey außerordentlichen Unglücksfällen, und andern besondern Umständen, einem und dem andern Nachsicht gegeben werden müssen; so wird es sich aus der Rest = Designation, die aus der geordneten Tabelle sich ergiebet, zeigen, ob der Receptor Vorschrift = und Reglements = mäßig zu Werke gegangen. Und wird die in dem Executions Edict d. d. Wesel den 9ten April 1683. (Nro. 365. d. S.) §. 17. enthaltene Verordnung:

daß die Receptores der Reste verlustig gehen sollen, wenn sie solche ohne auf denen Erben Tagen designiret zu haben, und ohne ganz gegründete Ursache Jahr und Tag anstehen lassen,

hierdurch zugleich erneuret.

Dreizehntens, Wenn der Receptor mit der Zahlung zur Ober = Steuer = Casse zurück bleibet und selbige genöthiget wird, das Rest = Quantum auf die Regimenter zu assigniren; so ist der Receptor nicht befugt, das Executions = Commando zu verlegen, sondern es bleibt auf seine alleinigen Kosten, so lange bis das Rest = Quantum abgeführt worden, liegen. Dagegen muß der Receptor, unter Direc-

tion des Land-Raths, durch Civil-Execution und durch den Gebrauch der im Steuer-Reglement de 1764. §. 6. geordneten Mittel, die säumigen Contribuenten zur Zahlung anhalten.

Eine militairische Execution aber soll wieder die Eingefessene, wegen rückständiger Abgaben nicht eher verfügt werden, als bis der Receptor mit Anführung erheblicher Umständen, solche bey dem Land-Rath nachgesuchet, und dieser die erkannte Nothwendigkeit bey der Cammer pflichtmäßig angezeigt hat.

Vierzehntens, Bey denen Contribuenten muß bey der schweresten Verantwortung nach Maasgabe des Steuer-Reglements und der Executions-Ordnung verfahren, und die Eingefessene mit übertriebenen Executions-Gebühren nicht gedrückt werden, weshalb dann auch nach Maasgabe des Steuer-Reglements de 1687. (Nro. 399. d. S.) §. 10. in denen Quittungs-Büchern eingeschrieben werden muß, was für Executions-Gebühren die Contribuenten zahlen müssen, damit der Land-Rath, ob irgend worinnen zu weit gegangen, beurtheilen könne. Fürnemlich aber bleibt es schlechterdings bey der unterm 21. August 1771. erlassenen Verordnung, (Conf. Nro. 2062 d. S.) nach welchen denen Eingefessenen die Früchte auf dem Felde, unter keinerley Vorwand, verkauft werden müssen, sondern es müssen, wie das Steuer-Reglement es deutlich vorschreibt, die Früchte eingeschouret und durch vereidete Dröschler ausgedroschen, überhaupt auch, nach Vorschrift des Reglements de 1687. §. 12. bey der Execution verfahren werden.

Fünfzehntens, Der Receptor muß gleich nach Ablauf des ersten Julii die Quittungs-Bücher ordentlich abschließen und die Tabelle von allen Abgaben aus jedem Amte, nach dem geordneten Schemate, dergestalt anfertigen, daß selbige ultimo Julii völig abgeschlossen, und vollständig dem Land-Rath eingesendet werden können.

Sechszehntens, Ein jeder Land-Rath muß nach der ihm ertheilten Instruction die Receptor - Cassen öftters und unvermuthet visitiren und dabey um sich von der Richtigkeit der Casse zu überzeugen, einige Quittungs-Bücher der Contribuenten adhibiren. Bey der im Herbst jeden Jahres vorzunehmenden Vereisung seines Creyses aber soll derselbe alsdenn zugleich sämtliche Quittungs-Bücher, mit der gefertigten Tabelle conferiren, und zu dem Ende dem

Receptor den festgesetzten Termin in Zeiten bekannt machen, damit dieser die Quittungs-Bücher von allen Contribuenten seines Receptor-Districts, durch die Emonitores oder Amts-Bothen, abholen lassen kann. Bey der Revision der Quittungs-Bücher, welche der Receptor nach der Ordnung, wie sie in der Tabelle aufgeführt worden, rangiren muß, hat der Land-Rath bloß darauf zu attendiren, ob die in der Tabelle bey einem jeden Contribuenten angemerkte Abgaben, imgleichen dasjenige, was er wirklich entrichtet und noch restiret, mit dem Quittungs-Buch stimmen, da denn wenn solches richtig befunden, die Revision im Quittungs-Buche attestiret wird: wann nun solchergestalt diese Tabelle mit denen Quittungs-Büchern sämtlicher Contribuenten conferiret worden; so hat der Land-Rath annoch da diese Tabelle zur Controlle aller Einnahme des Receptoris dienst, zu examiniren, ob die Summa aller Abgaben, mit dem Steuer-Ausschlage, Kunden-Morgen-Register, Richter-Dienst-Gelder-Designation, Tobackß- und Werbe- und Recruten-Gelder-Rechnung stimmt, und das Attest in der vorgeschriebenen Art, zu ertheilen, die attestirte Tabellen auch aus allen Aemtern und Jurisdictionen seines Creyses, bey Einsendung des Bereisungs-Protocolls, der Cammer einzuliefern.

Siebenzehntens, Solten indessen bey der Revision einige wenige Quittungs-Bücher fehlen, wie solches wegen Abwesenheit, und sonstiger Behinderungen eines und des andern Contribuenten, wohl sich zutragen kann; so darf deswegen die Revision nicht aufgehalten werden, sondern es sind solche Bücher nur als fehlend in der Tabelle zu marquiren, und kann die Revision in dem folgenden Jahr geschehen.

Achtzehntens, Wenn solcherhalb gehörig und ordentlich zu Werke gegangen wird; so kann der Land-Rath und das Cammer-Collegium sich jederzeit mit Gewisheit überzeugen, daß mit einem jeden Contribuenten richtig abgerechnet worden, daß der Receptor nicht mehr an Abgaben aus denen Aemtern gezogen, als er wirklich in Einnahme gesetzt, wie hoch die Resten sich in jedem Amte belaufen, und wie überhaupt der Zustand der Casse sich befinde.

Neunzehntens, Nach geendigter Revision muß der Receptor gleich bey dem Empfangs-Termin denen Contribuenten die Quittungs-Bücher wieder einliefern.

Zwanzigstens, Verstehet es sich von selbst, daß diese Ein-

richtung eben so gut in denen Jurisdictionen-Districten, als in denen Aemtern gemacht werden müsse.

Ein und zwanzigtens, Da diese Einrichtung nicht eher füglich, als vom ersten Junii 1773. ihren Anfang nehmen kann, so haben Receptores bis dahin Zeit, mit einem jeden Contribueanten eine richtige Abrechnung anzulegen. Als denn aber muß durchaus, bey der schweresten Verantwortung, kein Mangel erscheinen, damit der Creiß-Schreiber mit Eintragung der Reste aus dem vorigen Jahr, nicht gehindert werde, und wird deshalb festgesetzt, daß derjenige Receptor welcher bis zum ersten Junii 1773. mit einem jeden Contribu-enten nicht ein ordentliches Liquidum in Ansehung der Reste constituiret haben wird, mit einer Rest-Forderung nicht weiter gehöret werden soll.

Nach dieser bestimmten Vorschrift, welche denen Quittungs-Büchern beygedruckt werden soll, haben sich sämtliche Land-Räthe, Inspectores, Creiß-Schreiber, und Contribu-enten auf das genaueste zu achten.

Bemerk. Das Quittungs-Buch hat folgenden Titel, und nachstehende (tabellarisch aufgeführte) Haupt- und Special-Kubriken:

„Quittungs-Buch

„über entrichtete Abgaben des Coloni N. aus dem Amte
„N. Dorfschaft N.“

Nro. . . des Heeb-Zettels.

- A. 1. Nro. des Hauses; 2. Nro. des Hebezettels; 3. Benennung des Parzels; 4. Namen des Colonus; 5. derselbe soll zahlen a) an Resten aus dem vorigen Jahr, b) an Contribution, c) an Richter-Dienstgelder, d) an Runden-Morgen-Gelder, e) an Werbe-Gelder, f) an Artillerie-Rekruten-Gelder, g) an Tabacks-Gelder, h) in Summa.
- B. Der Colonus soll bezahlen, auf jede der von a) bis g) genannten Schuldigkeiten, und zwar a) in Golde, b) in berliner Courant, c) in Scheide-Münze, d) in Summa. — Derselbe hat darauf gezahlet, — mithin restiret noch. —
- C. Der Colonus hat gezahlet pro 17. . und zwar nach der obigen Distinktion der Münzgattungen, a) Baar, (mit

Angabe des Tages) und b) mittelst Vorspanns = Vergütung. — c) in Summa.

2069. Cleve den 11. Januar 1773.

Königl. Regierung.

Publikation eines königl. zu Berlin, am 30 November v. J. erlassenen Reglements, wodurch die Cognitions = Gränzen der Militair = und Civil = Gerichte, so wie die Anwendung der Provinzial = Rechte, in denjenigen Fällen bestimmt werden, wo, nach dem Absterben eines Militair = Bedienten, dessen Nachlaß, Erbfolge und Schulden, so wie die Bevormundung seiner Kinder zu reguliren sind. (Conf. n. Nyl. Bd. V, b, pag. 611.)

2070. Cleve den 23. Februar 1773.

Städtische Steuer = Commission.

Zur Deckung der jährlichen Ausfälle bei der Accise = Fixation, zur Umgehung der erforderlichen nachträglichen Zuschüsse, und um den Landmann, in Rücksicht des ihm durch den Verkehr mit der Stadt zuwachsenden Nutzens, einigermaßen zu den städtischen Lasten, in Mitbeitrag zu ziehen, auch die wirkliche Consumption eines jeden Stadt = Bewohners, möglichst richtig zu besteuern; wird, mit allerhöchster Genehmigung, die vormalige sogenannte kleine Thor = Accise zu Cleve wieder eingeführt, und der desfallsige Tarif der Accise = Abgabe, zur allgemeinen Beachtung publicirt. Durch den Letztern wird auf die Einfuhr der gedroschenen und ungedroschenen Früchte, auf Heu, Stroh, Bau = und Brennholz und anderes Brennmaterial außer den Steinkohlen, auf Lebensmittel jeder Art, als Fleisch, Brod, Fische, Wildpret, Gemüse, Vieh, Vögel, ic. und auf andre Lebensbedürfnisse, eine mäßige Abgabe gesetzt, deren Defraudation mit Confiskation der Gegenstände, und andern willkürlichen Strafen an Gelde oder am Leibe belegt werden soll.

2071. Cleve den 8. März 1773.

Königl. Regierung.

Publikation eines königl. zu Berlin am 28. Januar d. J. erlassenen allgem. Ediktes, wodurch bestimmt wird, daß die dritten Weinachts-, Ostern-, und Pfingst-Feiertage, der grüne Donnerstag, der Christi-Himmelfahrts-Lag und die vierteljährigen Buß- und Bet-Lage nicht mehr als Feiertage gehalten und künftig außer den Sonntagen nur noch der Neujahrstag, der erste und zweite Lag von Weihnach-ten, Ostern und Pfingsten, der Charfreitag und ein auf den Mittwoch nach Jubilate zu haltender allgemeiner Betttag, und mit Enthaltung von aller Arbeit, in den evangelischen Kirchen öffentlich gefeiert werden sollen. Die zu persönlichen Diensten verpflichteten Unterthanen sollen durch diese Vermehrung der Werkstage nicht benachtheiligt werden und werden die Termine zur Abhaltung der vierteljährigen Kirchen-Collecte für die Freitische der Studirenden zu Halle festgesetzt. (Conf. n. Nyl. Bd. V, e, pag. 47.)

2072. Cleve den 11. März. 1773.

Königl. Regierung und Kriegs- und Domainen-Kammer.

Der Collateral-Erbschafts-Stempel soll nur in denjenigen Fällen nicht erhoben werden, wenn Capital- oder Zinsen-Beträge zu Gunsten der Armuth, zur wirklichen Vertheilung an einzelne Individuen, legirt, oder wenn die Erbes-Einsetzung auf solche öffentliche Anstalten gehet, welche zur Verpflegung wirklicher Armen und Waisen bestimmt sind. (Conf. n. Nyl. Bd. V, c, pag. 51.)

2073. Hamm den 17. März 1773.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer
Deputations-Collegium.

Das königl. Edikt vom 17. Novb. 1744 (Nro. 1466 d. S.), die Verminderung der schädlichen Vögel betreffend, wird, zur genauern Beobachtung in Erinnerung gebracht.

2074. Cleve den 26. März 1773.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Zur Verminderung der Ursachen vielfältiger Holzdiebereien wird bestimmt, daß Niemand Bestellungen von Holzlieferungen und besonders von jungen Pflänzlingen, an geringe Tagelöhner oder arme Eingeseffene, welche bekanntlich keine Gebüsch besitzen oder keinen Holz- und Pflanzenhandel treiben, machen soll; fernere Entgegenhandlungen dieser Vorschrift sollen, im Entdeckungs-Fall der dadurch veranlaßten Holzdiebereien, dadurch bestrafet werden, daß die Besteller für Schadens-Ersatz und Strafe subsidiarisch haften.

2075. Berlin den 7. April 1773.

Friedrich, König ic.

Privilegium und Gülde-Brief für die, als geschlossenes Handwerk bisher noch bestandene, Strumpf-Würker-Zunft in der Grafschaft Mark, insonderheit in den Städten südlich der Ruhr. (Conf. n. Nyl. Bd. V, c, pag. 67.)

Bemerk. Dem combinirten Glaser- und Anstreicher-Gewerk in den, nördlich der Ruhr gelegenen, 10 Städten in der Grafschaft Mark, namentlich Hamm, Lünen, Unna, Bochum, Camen, Schwerte, Herde, Westhofen, Castrop, und Wattenscheid, ist sub dato Berlin den 31. März 1777, ein königl. Privilegium und Gülde-Brief gleichmäßig verliehen worden. (Conf. l. c. Bd. VI, pag. 418.)

2076. Cleve den 8. April 1773.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Zur ferneren Verhütung mancherlei Inconvenienzen und zur Schützung der Mahlgäste gegen die etwaige Haabsucht geiziger Müller, wird verordnet: „daß jeder einheimische Mahlgenosse das zur Mühle zu bringende Getraide nach dem im Mühlen-Reglement vom 18. Febr. v. J. (Nro. 2059, d. S.) vorgeschriebenen gestrichenen Maaß, nicht aber, wie bisher üblich war, in gehäuften Scheffeln, zur Mühle

„bringen soll.“ Jede Contravention soll zum erstenmale mit 8 Ggr., zum zweitemale mit 16 Ggr. und zum drittemale mit 1 Rthlr. 8 Ggr. Strafe belegt werden.

2077. Cleve den 17. Mai 1773.

Königl. Regierung.

Die Beschädigung und Ausrottung, der in und aufferhalb der Forsten an den Wegen gepflanzten jungen Bäume, wird wiederholt bei empfindlicher Strafe verboten. (Conf. n. Myl. Bd. V, c, pag. 129.)

2078. Cleve den 2. Juni 1773.

Königl. Regierung.

Um die Entdeckung der Verbrecher zu befördern und um die Beschreibung gestohlener Sachen und der desfalls verdächtigen Personen in Intelligenzblatt verfügen zu können wird, unter Erneuerung der Vorschrift, daß bei dergleichen Vorfällen die darüber abzufassenden Protocolle an die beiden Criminalgerichte und an die königl. Regierung übersandt werden müssen, weiter verordnet, daß Diebstähle, Einbrüche, und andere grobe Criminal-Verbrechen, sobald sie zu jemandes Wissenschaft gelangen, von diesen, mit allen Umständen und mit Bemerkung der gestohlenen Sachen und der, der That verdächtigen, Personen, bei den Ortsgerichten und in deren Ermangelung bei den Lokalbehörden, bei Vermeidung willkürlicher Brüchtenstrafe, angezeigt werden müssen. In diesen und allen sonst zur Kenntniß der Civil-Gerichte kommenden Fällen, müssen Letztere ex officio die Lokaluntersuchungen vornehmen, die Personen welche die Anzeige unterlassen haben bemerken, und die aufgenommenen Protocolle mit der ersten Post an die Criminal-Gerichte zu Wesel und Altena, zu deren Information, einsenden; Unterlassungen und Saumseligkeiten werden mit 5 Rthlr. Brüchtenstrafe belegt.

Um den Criminalgerichten Gewisheit darüber zu verschaffen, in welchen Gerichtsbezirken die von den Inquisiten oft angegeben werdenden Orte und Lokalitäten situiert sind, werden die sämmtlichen Justizbehörden zugleich ange-

wiesen, ein zuverlässiges und vollständiges Verzeichniß aller in ihren Gerichtsbezirken gelegenen Städte, Flecken, Dörfer, Bauerschaften, Rittersitze u. s. w. an die königl. Regierung einzusenden.

2079. Cleve den 6. Juli 1773.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Publikation eines königl. zu Berlin am 6. Juli c. a. erlassenen Ediktes, wodurch, mit Bezugnahme der frühern Vorschriften, Behufs der Entwässerung sumpfiger Länder, die den Eigenthümern derselben, so wie den angrenzenden, und in der Richtung des Wasser-Abzugs gelegenen, Grundbesitzern obliegenden Verpflichtungen zur Anlage neuer, und zur Räumung der vorhandenen Gräben, zur Reinigung der Gräben und Flussbette und zur Abholzung ihrer Ufer festgesetzt, die Verbindlichkeiten zur Verschaffung der Vorfluth durch Abzugsgräben ausführlich bestimmt, und die Obliegenheiten der Müller, Fischer und Hirten, so wie des gesammten Publikums, zur Einrichtung und Erhaltung der Entwässerungs-Anstalten vorgeschrieben werden. (Conf. n. Nyl. Bd. V, c, pag. 371.)

2080. Cleve den 25. Juli 1773.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

So landesväterlich und heilsam die Entschlicfung war, nach welcher Seine königl. Majestät den hiesigen Provinzen auf ihr dringendes Anhalten per Rescriptum vom 21ten Januar 1767. die jezige Städte-Steuer-Einrichtung mittelst eines fixirten Beitrags zugestanden haben: so ungerne bemerken Höchstdieselben, daß die Commissarii locorum und Magistrate, denen Sie die Aufsicht und Sorge für das Wohl Dero Städte anvertrauet haben, die Bestimmung des Beytrags der einzelnen Bürger nicht mit der gewissenhaften Sorgfalt und Vorsicht verrichten, welche diese wichtige Landes-Angelegenheit erfordert, und daß die dazu angestellten Bediente, nicht immer ernstlich genug erwägen, daß sie dem Armen das Leben erschweren, den Einwohner von mittelmäßigem Auskommen nach und nach zur Ohnmacht entkräften, und dem industriösen Theil der Stadt

Muth und Kräfte benehmen, wenn sie ohne reife Ueberlegung oder mit Partheilichkeit verfahren, und den Vermögenden und Unvermögenden nicht in dem gehörigen Verhältniß anschlagen.

Damit nun künftig in diesem Stücke zweckmäßiger verfahren werde; so haben Seine Königl. Majestät nöthig erachtet, den Steuer-Räthen und Magisträten nicht nur die bisher ergangenen Vorschriften in Erinnerung zu bringen, sondern ihnen auch eine nähere Verhaltens-Maasse und Anweisung zu ertheilen.

§. 1. Das ganze Fixirungs-Geschäfte geschieht fernerhin unter der Direction der Steuer-Räthe, deren Amt besonders hierin wichtig ist. Die Besorgung der Rechnungen und die vorschriftmäßige Herbeyschaffung und Abführung der Landesherrlichen Gelder ist ihnen, und den Rendanten, durch die ohnlangst wegen Wahrnehmung des Casse-Besens bey den Städte-Steuer-Cassen erlassne Instruction eingeschränkt; sie ist aber noch lange nicht der beträchtlichste Theil ihrer Obliegenheiten. Sie sind Seiner Königl. Majestät und dem Lande verpflichtet, und wenn sie das Königl. Interesse besorgen müssen, so sollen sie solches auf dem Wohlstande der ihrer Aufsicht anvertrauten Städte gründen, die sie deshalb nach allen ihren Nahrungsarten, Mängeln und Vorzügen kennen, und unablässig bemühet seyn müssen, empor zu bringen.

Der sicherste Weg, den Unterthanen die Abgaben zu erleichtern, ist die Vermehrung ihres Erwerbes, und die Proportionirung der Steuerpflichtigen unter sich, worauf es hauptsächlich bey der Classification ankömmt.

§. 2. In jeder einzelnen Stadt liegt den Magisträten unter Aufsicht des Steuer-Raths dasjenige ob, was der Commissarius loci in Ansehung des ganzen Creises zu besorgen hat. Als Väter der Bürgerschaft müssen sie die Umstände der Einwohner kennen, das Verhältniß der einzelnen Familien und Contribuenten ausmitteln, und ohne Leidenschaft und Partheilichkeit einem jeden den Antheil in der allgemeinen Abgabe zuschreiben, den der Etat und die Proportion seines Erwerbes gegen seine Mitbürger erfordern. Ob nun gleich der ganze Magistrat für die ordnungsmäßige Betreibung des Fixirungs-Geschäftes einstehen muß, und Seine Königl. Majestät von ihm für alle üble Folgen, sowohl in Ansehung Dero Cassen als des bürgerlichen Wohls die strengste Rechenschaft fordern: so sollen je-

doch zwey Mitglieder desselben *specialem curam* haben, unter deren *Direction* das ganze *Classifications*-Wesen *projectiret* werden soll, wie unten näher verordnet wird.

§. 3. Die Bürger-Hauptleute und Bürger-Deputirte, werden zwar fernerhin bey der *Revision* der *Classification*-Register hinzugezogen; da aber bey der *Reparatition* der Steuern alles darauf ankommt, daß bey der *Veranschlagung* der verschiedenen *Classen* der *Bürgerschaft* das *Sentiment* derjenigen erfordert werde, die die *Consumtion*, *Nahrung* und *Gewerbe* eines jeden *Standes* näher, und so viel als möglich aus eigener *Erfahrung* beurtheilen können, wovon die *Bürger-Capitains*, welche gewöhnlich nur aus einer *Classe* der *Bürgerschaft* sind, nicht allemal die nöthige *Kenntniß* besitzen, und folglich dem *Magistrat* nicht das erforderliche *Detail* an Hand geben können, wornach die *Repartition* eingerichtet werden muß: so hat man nöthig gefunden, die folgende neue *Einrichtung* zu treffen, von der *Sr. Königlichen Majestät* sich die *Hebung* des größten *Theils* der bisherigen *Mängel* der *Classificationen* versprechen.

§. 4. Es sollen nemlich von der ganzen *Bürgerschaft*, aus den *Honoratioribus*, der *Kaufmanschaft* und dem geringeren *Stand*, in kleinen *Städten*, aus jeder *Classe* *Einer*, in grösseren *Städten* aber nach *Verhältniß* zwey oder mehrere *ehrliebende*, *kundige* und *ansehnliche* *Bürger* gewählt, und durch den anliegenden *Eyd* sub *B.* zu den *Berrichtungen* besonders verpflichtet werden, welche in den nachstehenden *§§.* vorgeschrieben sind.

Von diesen *Vorstehern* und *Repraesentanten* der *Bürgerschaft* soll künftig mit *Zuziehung* der *Bürgerhauptleute*, und unter *Direction* der §. 2. angeordneten zwey *Magistrats-Glieder* die *Steuer-Anlage* zuerst entworfen werden, und wie ihnen diese *Berrichtung*, worauf künftig das meiste ankommen wird, einen *gegründeten Anspruch* auf die *Achtung* ihrer *Mitbürger* giebt: So verordnen auch *Seine Königl. Majestät* hiermit, daß sie während der *Zeit* ihres *patriotischen Amtes*, welches, wosfern sie nicht von neuem gewählt werden, nur zwey *Jahre* dauern soll, bey allen *rathhäuslichen Versammlungen*, bey denen sie zur *Zeit* der *Classification* erscheinen müssen, oder sonst gegenwärtig zu seyn nöthig finden, in *Accise* und anderen dahin einschlagenden *öffentlichen Angelegenheiten* gleich den *Magistrats-Glie-*

bern Sitz und freye Stimme haben, und ihre Vorstellungen jederzeit mit freundschaftlicher Theilnehmung angenommen werden sollen.

Solte auch einer oder der andere von ihnen bey hienächst entstehenden Vacanzen eine Scheffen = Stelle oder andere Bedienung, wozu sie die nöthige Fähigkeit haben, zu erhalten wünschen: So können sie sich versichert halten, daß man auf sie, dem Wahl = Recht der Magistrate jedoch unbeschadet, hauptsächlich Reflexion nehmen wird.

Ueberhaupt aber wird man dahin sehen, daß ihnen, so lange sie ihr Amt gewissenhaft wahrnehmen, überall mit der verdienten Achtung begegnet werde; und sollen alle ungegründete Vorwürfe und Chicanen, die ihnen von übelgesinnten Leuten wider Verhoffen gemacht werden möchten, auf das strengste geahnet werden.

Seine Königl. Majestät hegen übrigens das Vertrauen, daß sich in Dero hiesigen Städten nicht leicht Bürger finden werden, welche sich weigern solten, zum Besten ihrer Mitbürger eine kurze Bemühung zu übernehmen, die sie ohne Abbruch ihrer eigenen Geschäfte nur wenige Tage im Jahre beschäftigen wird, und welche lediglich und allein dahin abzweckt, die möglichste Proportionirung der Abgaben zu bewirken.

§. 5. Vorjehö haben die Steuer = Råthe sofort die Wahl der Bürger = Vorsteher zu veranstalten, und nach Verlauf von 6 Wochen mit Einsendung der Wahl = Protocolle darüber zu berichten. Künftig aber sollen die Wahlen erst mit Anfang des Monats Januar vorgenommen, und alle Jahr, mithin pro 1775. zum ersten Male in den grösseren Städten drey, in den kleinen Städten aber Ein oder Zwey neue Vorsteher gewählt, und dem Commissario loci zur Approbation angezeigt werden, damit theils immer einige Vorsteher, so bey dem Classifications = Wesen schon gebraucht worden, bleiben; theils aber auch andere ehrliche und gewissenhafte Bürger zu diesem gemeinnützigen Geschäfte gelangen können. Findet sich nun dabey nichts zu erinnern, so muß sofort ein Termin zur Vereidung angesetzt, und bey der Bekanntmachung desselben den Citandis diese Instruction zur vorläufigen Erwegung zugestellet werden. Vor der Ableistung des Eydes, welche jederzeit in pleno Magistratus geschieht, ist den Vorstehern die Absicht und Wichtigkeit ihrer Ernennung umständlich vorzu-

halten, nachher aber den Repraesentanten aus der Classe der Honoratioren und der Kaufmannschaft durch eine förmliche Introduction von dem präsidirenden Bürgermeister der Maß in consessu Magistratus anzuweisen, den sie künftig, so oft es nöthig ist, während ihres zweyjährigen Amtes einnehmen können.

Nach dem vorgeschriebenen Eyde sollen ebenfalls die bisherigen Bürger-Capitains und Deputirte ein für allemal verpflichtet werden.

§. 6. Damit ein jeder wisse, wovon er sich näher zu unterrichten hat, so soll jede Stadt in besondere Quartiere abgetheilet, und jedem Vorsteher und Bürger-Capitaine ein Quartier zur besonderen Wahrnehmung und genaueren Erkundigung von dem Umfange des Gewerbes, welches die Contribuenten treiben, angewiesen werden.

Es verstehet sich von selbst, daß den Vorstehern sämtliche Stadt-Steuer-Etats und Rechnungen unweigerlich vorgezeigt, und alle zur Sache gehörige Nachrichten, die sie verlangen, oder die zu ihrer umständlichen Belehrung vom Fixirungs-Wesen im ganzen, und im Detail nöthig seyn möchten, an Hand gegeben werden müssen.

§. 7. Gegen die Mitte des Monats Januarii tritt im Beyseyn des Magistrats die jetzt angeordnete Classificirungs-Commission das erste mal zusammen, um sich wegen des vorzunehmenden Fixations-Geschäftes gemeinschaftlich zu berathschlagen.

In dieser Conferenz werden die Art und Weise wie die Aufbringung und Repartition der Steuern am besten zu bewerkstelligen, die Mängel der vorherigen Steuer-Anlagen und Classificationen, und die Mittel, wie solche nach Beschaffenheit des Nahrungs-Standes der Bürgerschaft und der besonderen Lage des Ortes am zuträglichsten einzurichten, in sorgfältige Erwägung gezogen.

Ueber den gefaßten Schluß wird vom Magistrat und der Classificirungs-Commission ein umständlicher raisonnirter Bericht an den Commissarium loci erstattet, welches jedoch zeitig vor Ausgang des Monats Januarii geschehen muß, damit die Commission vor dem 1ten Merz, da die wirkliche Classification ihren Anfang nimmt, beschieden werden könne.

§. 8. Wenn die einzelnen Berichte bey dem Steuer-Rath aus den sämtlichen Städten seines Crenses eingekommen sind, hat dieser vor der Mitte Februarii einen generalen raisonnirten Bericht über das ganze Steuer-Wesen in seinem District abzustatten, und der Krieges- und Domainen-Kammer diejenigen Punkte, wobey eine Aenderung vorzunehmen nöthig ist, zur finalen Entscheidung vorzutragen.

Durch diesen Bericht wird der Steuer-Rath Beweise seiner Einsicht, und seines rechtschaffenen Diensteifers darlegen können. Denn, da die jetzige Steuer-Einrichtung als ein Surrogatum der vormaligen Accise nebst der Aufbringung der Landesherrlichen Einkünfte, hauptsächlich die Direction der inneren Gewerbe, und deren mehrere Aufnahme zum Zweck hat: so erwartet man darinn nicht nur wohlgeprüfte Anzeigen und Vorschläge von der jetzigen und vormaligen Beschaffenheit, den Ursachen des Verfalls oder Wachsthums, dem Interesse und den Verbindungen der jeder Stadt vorzüglich eigenen Gewerbe, und wie solche nach Beschaffenheit des Orts und anderer Umstände empor zu bringen seyn werden, sondern es müssen auch darin die Verhältnisse der einzelnen Städte zu dem platten Lande, der Städte seines Kreises unter sich und zu andern benachbarten einländischen und ausländischen Orten in sorgfältige Erwägung gezogen, und darüber pertinente Vorschläge gethan werden.

Die beständigen Wiederholungen von der Größe der Abgaben, und dem Verfall der Commerciens sind theils ein ganz unfruchtbarer Behelf der Inactivitaet im Dienst, theils ein überflüssiges nichts fruchtendes und oft ungegründetes Schreibwerk, indem es auf werththätige Bemühungen und Anstalten zur Aufhelfung der bereits vorhandenen Gewerbe ankömmt, deren Ressorts nur aufgesucht, und durch die hülfsreiche Hand der Obrigkeit in Bewegung gesetzt und erhalten werden müssen. Und auf diese Art werden sich die Abgaben zum Theil von selbst erleichtern.

§. 9. Mit dem 1ten März nimmt die Projectirung des neuen Classifications-Registers ihren Anfang, und muß ohne fehlbar in eben dem Monat völlig zu Stande gebracht werden. Die Classifications-Commission aus Vorstehern, Bürger-Hauptleuten und den dirigirenden Magistrats-Gliedern muß sich zu dem Ende wöchentlich zwey mal, oder nach Erfordern noch öfter zusammen thun, das vorjährige Classifications-Register Nummer für Nummer durchgehen, die

Umstände eines jeden Contribuenten sorgfältig prüfen, in dem dabey abzuhaltenden Protocolle, die Ursachen der Erhöhung oder Verminderung des Ansazes, wenn solcher gegen das letzte Register zu verändern nöthig erachtet wird, anmerken, und wenn man sich über den einen oder den andern nicht vereinigen kann, die streitige Frage in pleno Magistratus vortragen, und durch die mehresten Stimmen der frey votirenden Magistrats = Glieder, Vorsteher und Bürger = Capitaines zur Entscheidung bringen.

Die nachstehenden Grundsätze können bey dem ganzen Classifications - Geschäfte zur Direction dienen.

§. 10. Zum Städte = Steuer = Beytrag sind ausser den Stiftern, Capituln, Klöstern, Geistlichen und Eximirten, in so fern selbige von je her im völligen Besitz der Accise = Freyheit gestanden haben, ohne Ansehen der Person und des Characters alle und jede Eingeseffene der Städte, und alle dazu gehörigen Aussenwirthe verpflichtet, von deren Consumption, Gewerbe, Handlung und Berkehr die Einnahme der vormaligen Accise hergetommen ist, und welche vom Beytrag nicht wirklich eximiret sind.

Bey Fremden, welche die Wohlthaten der Neuangezogenen genießen, wird nach Vorschrift der Anweisung vom 11ten Merz a. p. die Comsumtions - Steuer gegen die Accise = Freyheits = Gelder compensiret. Treiben sie neben zu noch besondere Gewerbe und Handlung, so werden sie zwar deshalb besonders angeschlagen, jedoch mit solcher Billigkeit und Vorsicht, daß der Stadt nicht dadutch ein nützlicher Bürger wieder entzogen werde.

Die Veranschlagung wegen der neben zu Igetriebenen bürgerlichen Gewerbe betrifft auch alle andere, die sonst für ihre Personen eximirt sind. Zum Exempel, wenn Klöster, Geistliche, und Universitäts = Verwandte Pensionnaires halten, oder sonst ein städtisches Berkehr treiben.

§. 11. Der Etat, welcher den Magisträten jedesmal zeitig zugefertiget werden wird, bestimmt das Quantum, welches auf die contribuable Bürgerschaft vertheilet werden muß, und verstehet es sich von selbst, das ehe die Classifications = Register angefertiget werden, die vorkommenden Zuwächse, Abgänge und nöthig gewordenen Vermehrungen der Etats = Summe in Erwägung gezogen werden müssen, damit man überlegen könne, ob eine Verhöhung im Ganzen erforderlich ist.

Daß, zu Deckung etwa vorkommender Ausfälle, jederzeit, wie hiemit verordnet wird, ein verhältnißmäßiges Quantum mit ausgeschlagen werden muß, ist keine wirkliche Verhöhung des Etats, da solches den Contribuenten zu gute kommt, und bloß die Verhinderung der schädlichen Nachschläge und die Vorbeugung der daraus entstehenden Unordnungen bey der Cassé zur Absicht hat.

Den Magisträten und der Classificirungs-Commission bleibt es zwar unbenommen, wegen der aufzubringenden Summen gehörige Vorstellung zu thun. Da aber Seine Königliche Majestät per Rescripta vom 6ten Febr. 1768. und 7ten Junii 1770 declariret haben, daß es bey Einrichtung der Fixirung der Accisen gar nicht mehr auf Eruirung des eigentlichen Ertrages de. 17 $\frac{2}{3}$ angekommen, sondern der Ertrag, wie er auf den Etat für die Französischen Regisseurs gebracht gewesen, beygehalten, desgleichen die 10 Procent, welche die gedachte Regie über das Etats-Quantum in der Folge liefern zu können sich getrauet hat, haben zugesetzt werden müssen, wenn anders die Westphälischen Provinzen von der Einrichtung der französischen Regie eximiret werden solten; da folglich die ganze Provinz für das festgesetzte Quantum einstehen, und jede Stadt ihren Etat sammt den Ausfällen decken und erfüllen muß, wofern nicht Seiner Königlichen Majestät Höchste Person eine besondere Remission verwilligen: So hat die Classificirungs-Commission, wenn ihr der approbirte Etat zugestellt worden ist, sich der Repartition des darin festgesetzten Quantums weigerlich, und bey Zwanzig Reichsthaler Strafe zu unterziehen, damit die Berichtigung der special und Haupt-Cassen nicht durch fruchtlose Difficultaeten zurück gehalten werde.

§. 12. Der Fixations-Beitrag ist eine mit gleichen Schultern zu tragende Abgabe eines gewissen proportionirten Theils der reinen Einkünfte und des Gewinnstes durch Nahrung und Gewerbe der Bürger. Das jährlich aufzubringende Etats-Quantum bestimmt die Größe dieser Antheile, und bey Städten, die nicht generaliter fixiret sind, ist das zu repartirende Quantum die Summe, welche nach Abzug desjenigen, was durch die naturelle Besteuerung aufgefunden ist, übrig bleibt.

§. 13. Die jetzige Fixirung ist ein Surrogatum der Accise, folglich kömmt es bey Bestimmung des Beytrages auf einen ohngefähren Ueberschlag an, wie viel eines Theils

ein Contribuent nach den vormaligen Accise = Sätzen beytragen mußte, und wie viel er gegenwärtig nach eben dem Verhältniß zur festen Etats = Summe beytragen muß.

Man hat zwar bey der jetzigen Einrichtung die vormaligen Ertrags = Register nicht mehr; jedoch läßt sich aus der Vergleichung der Gewerbtreibenden von einer Art unter sich und gegen andere, aus ihrer Anzahl, ihrer Vermehrung oder Verminderung gegen eine andere Art, die mit dieser in Ansehung der ferneren Verarbeitung oder Abnahme in Verbindung stehet, der Anzahl der Gesellen und Arbeitsleute, aus den größtentheils ziemlich bekannten Einkünften und andern Umständen, welche der Aufmerksamkeit derjenigen, die die Gewerbart kennen, nicht leicht entgehen können, ein ziemlich zuverlässiger Schluß ziehen. Im ganzen bleibt das vorjährige Classifications - Register die Grundlage, dessen Sätze ohne erhebliche, und im Protocoll allezeit anzumerkende Ursachen nicht verändert werden müssen.

§. 14. So bald nach Maasgabe dieser Anleitung die Classifications - Register nach dem anliegenden Schema sub A. mit Separation der Quartal und monatlichen Praenumeranten projectiret, und dem Magistrat unterschrieben übergeben worden, muß der Steuer = Rath sich bey 10. Rthlr. unnachlässiger Strafe in loco selbst einfinden, die erste rathshäusliche Versammlung mit Vorlesung dieser Instruction eröffnen, sodann das Classifications - Register in Gegenwart des Magistrats, der Vorsteher und Bürger = Hauptleute, nochmals genau revidiren, über die vorkommenden Veränderungen Aller Meynung vernehmen, wenn sich nichts weiter dabey zu erinnern findet, solches nebst dem Magistrat mit unterzeichnen, und sodann das Classifications - Register ohnfehlbar vor Ende Aprilis bey 5 Rthlr. Strafe zur Approbation der Kriegs = und Domainen = Cammer einsenden.

Bey dieser Gelegenheit muß der Steuer = Rath das ganze Verfahren der Classificirungs - Commission, und ob diese Instruction überall befolgt worden, genau untersuchen, vorsehliche Fehler zur Bestrafung anzeigen, den übrigen Mängel abhelfen, und wo es nöthig ist, die fehlenden und unersfahrnen zurechte weisen, und belehren, überhaupt aber sich dem Geschäfte selbst auf eine rechtschaffene Art mit unterziehen.

§. 15. Damit auch aller Anschein der Partheilichkeit vermieden werde, so soll die Veranschlagung der Magistrats = Glieder, und der Bürger = Vorsteher und Hauptleute erst bey

dieser Gelegenheit von dem Commissario loci vorgenommen, und veranstaltet werden, zu welchem Ende die Magistrats-Personen so lange abtreten müssen, bis die Vorsteher und Hauptleute sich über den Beytrag derselben in Gegenwart des Steuer-Raths vereinigt haben, und ein gleiches soll hiernächst in Ansehung der Vorsteher und Hauptleute durch die Magistrats-Glieder geschehen.

Von dem Ansatz beyder Theile, und aus welchen Gründen solcher geschehen, ist hiernächst dem Classifications-Register ein Extract beyzufügen.

§. 16. Was schlüsslich die vorkommenden Praegravations-Beschwerden über den Ansatz im Fixo anbetrifft; so sollen solche von dem Steuer-Rath gesammelt, und bey einer jeden Bereisung der Städte, mit Zuziehung des Magistrats, der Vorsteher, und Bürger-Hauptleute in loco ganz genau untersucht, und, dem Befinden nach, darüber Bericht erstattet werden.

Jedoch sind solche nur in so fern für gegründet zu achten, wenn der Querulant überzeugend nachweist, daß ein anderer, der mit ihm gleich starke Nahrung und Verkehr hat, niedriger ange-setzt ist als er, oder, daß sich seine Nahrung und Erwerb seit der Zeit des Anschlages merklich vermindert hat.

Die wirkliche Abschreibung am Fixo geschieht aber so dann, wenn der Krieges- und Domainen-Cammer Approbation erfolgt ist, erst mit dem folgenden Quartale.

Seine Königliche Majestät befehlen Dero Steuer-Räthen, Magisträten, Vorstehern und Bürger-Hauptleuten, sich nach dieser Instruction auf das allereigentlichste zu achten. Höchstdieselbe enthalten sich, die Drohungen der gerechtesten Ahndung für Pflichtvergesene, nachlässige, und unwirksame Bediente hinzuzusetzen, da der jetzige verfallene Zustand der Städte jene, wenn sie ehrliche Männer sind, schon eben so stark zur Beobachtung ihrer Pflicht, als Befehl und Drohungen bewegen kann: vielmehr hegen Seine Königliche Majestät das gnädigste Zutrauen, daß die Vorgesetzte der Städte und der Bürgerschaft aus eigenem edeln Trieb diese Instruction in reifliche Erwägung ziehen, den Inhalt derselben ganz eigentlich befolgen, und sich durch die strengste Beobachtung ihrer Schuldigkeit die Königliche Gnade und den Beyfall ihres eigenen Gewissens verschern werden.

Bemerk. Die der obigen Instruktion beigefügten Anlagen, sind folgenden Inhalts:

Die Beilage A. führt den Titel:

Classifications-Register zur generalen (partialen) Accise-Fixation der Stadt N. N. a 1mo Julii 1773 bis ultimo May 1774.

sodann die tabellarisch aufgestellten Rubriken:

1) Nro. der Häuser; 2) Namen der Eingefessenen, welche fixirt sind; 3) derselben Handthierung und Gewerbe; 4) haben pro $17\frac{3}{4}$ beigetragen; 5) sind pro $17\frac{3}{4}$ fixirt auf; 6) folglich Plus; — Minus; 7) Ursachen der Zuwächse oder Abgänge.

Die Beilage B, ist ein Formular zu demjenigen Eide, welchen die, zur Veranschlagung ihrer Mitbürger committirten Einwohner der Städte ausschwören müssen, und enthält das Versprechen, die Umstände, Consumtion, Nahrung, Gewinn und Gewerbe eines Jeden, bei der Fixation seiner Quote, nach bestem Gewissen und ohne Partheilichkeit ic. zu berücksichtigen.

2081. Berlin den 31. Juli 1773.

Friedrich, König ic.

Das für Cleve und Mark erlassene Baufreiheits-Reglement vom 24. Sept. 1768 (Nro. 2001 d. S.) wird in Ansehung der Provinz Cleve dahin abgeändert, daß fernerhin, um den Baulustigen die Beihülfe schneller und vervielfältigt leisten zu können, nur 10 pSt. Baugelder und zwar für jeden Bau nur bis zur Summe von 100 Rthlr. vergütet werden sollen; daß die Baufreiheits-Gelder nur bei Neubauten und Hauptreparaturen gewährt werden; und daß nicht nur die öffentlichen geistlichen und weltlichen Gebäude, sondern auch die Juden-Häuser von der Baugeld-Bergütung ausgeschlossen sein sollen. (Conf. n. Nyl. Bd. V, c, p. 491.)

2082. Berlin den 17. August 1773.

Königl. General-Direktorium.

Nachdem Wir höchstmißfällig durch verschiedentlich geführte Klagen in Erfahrung gebracht haben, daß Unserer

allergnädigsten Landesväterlichen Verordnung zu wider, wornach jedermänniglich bekannt, wie die gemeinschaftliche Holzungen und Waldemey-Gründe, so wohl zu Beförderung des Nutzens des Publici, als eines jeden Privat-Vorthells, vertheilet, und aus einander gesezet werden sollen, und dann dieses Geschäfte der Theilung, mit gutem Nutzen bey vielen gemeinschaftlichen Praediis gediehen ist, dergestalt, daß Wir die Theilungs-Plane höchst eigenhändig zu bestätigen geruhet haben, dennoch die unrechtmäßige Unzufriedenheit, viele Interessenten so weit verleitet, daß sie sich diesen, dem Lande so vortheilhaften Anordnungen öffentlich zu widersetzen, in ihrer Bosheit so weit gehen, heimlich, bey Nacht und Unzeiten, die, denen Anordnungen gemäß, in Zuschlag und Schronung gelegte private Districte, durch Beschädigung und Zuwerffung der Auswürffe, Graben und Hecken, Abhaunng der Bäume, Anzündung des Holzes oder sonsten, Schaden zufügen;

So wird hierdurch aller boshafter Frevel dieser Art, aufs ernsthafteste untersaget, und die Baumschänderen bey arbiträrer Gefängniß- und Zucht-Haus-Strafe, nach Beschaffenheit der Umstände und des Facti auffer der Ersezung des Schadens, die bössliche Berrückung und Verdunkelung derer Grenz-Steine und Mahle, aber bey noch schwererer Leibes- und Festungs-Strafe, verbotthen. Gleicher gestalt, und diesem gemäß wird mit ebenmäßigen Ernst allen und jeden, wes Standes er ist, untersaget, keine Hecken, Zäune, Graben oder Auswürffe, zu beschädigen, nieder zu reißen, oder zu vergraben, auch nachdrücklichst verordnet, sich aller groben und unzeitigen Raisonnements und Drohungen die hierauf abzwecken, zu Aufwiegelungen Anlaß geben, und wodurch arbeitsame und fleißige Unterthanen abgeschreckt werden, zu enthalten, widrigenfalls dergleichen Freveler, und bey Ereignung eines wiederseßlichen Ungehorsams, gewiß zu gewärtigen haben, daß sie, im Fall sie überführet werden, zu Ersezung des verursachten Schadens, mithin zu wieder in Standsezung des zu Grunde gerichteten angehalten, und zu Büßung ihrer Bosheit jeder mit Fünfzehen Reichsthaler irremissibler-Strafe beleet, oder statt dieser bey einer offenbahren Unvermögenheit, wenigstens auf Sechs Wochen bey Wasser und Brod, auf eigene Kosten, in öffentlicher Haft gesezet werden sollen.

Ferner, und wenn wieder alles Vermuthen, dergleichen ähnliche Beschädigungen bey Nacht und Unzeiten fübrihin

vorgenommen werden sollten, wovon der oder die böshafte Thäter nicht auszufündigen, also dieser Unserer Verordnung gemäß nicht bestrafet werden können: So wird in diesem Fall verordnet und festgesetzt, daß die ganze Societaet dafür einstehen, und schuldig seyn soll, den Schaden sofort auf allgemeine Kosten zu ersetzen, und alles in dem Stande bey den Graben und Auswürffen wie auch Hecken, wieder herzustellen, in welchem solches, vor verübter Frevelthat gewesen ist, und dieses zwar deshalb, damit dadurch jedermann desto eher bewogen werde, auf seine etwa verdächtige Nachbahren desto genauer Acht zu haben, mithin auf Entdeckung der Frevelthäter sorgfältig zu vigiliren.

So geschärft Wir also, wie hiedurch geschieht, alle eigen richterliche frevelhafte Bosheit untersagen, und verbiethen, so gnädig Landesväterlich geben Wir Unsern getreuen Unterthanen nach, bey Einleitung der Arrangements des Theilungs-Geschäftes, ihr habendes Recht und Interesse bey denen von Uns angeordneten Local-Commissarien vorzustellen, und wollen Wir nicht zweifeln, daß diese nicht überall nach Recht und Billigkeit verfahren, wann aber von diesen die Einleitungen nicht mit allgemeiner Zufriedenheit zu treffen sind, so haben der oder die Unzufriedene ihre Beschwerden, bey denen Landes-Collegiis ein und auszuführen, und alle rechtliche Remedur zu gewärtigen.

Damit nun diese unsere Verordnung zu jedermanns Wissenschaft komme, so soll solche überall bey versammelten Gemeinden von denen Canzeln publiciret auch gehörig affigiret werden.

2083. Cleve den 31. August 1773.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Das bereits im Jahre 1747 (Nro. 1511 d. S.) erlassene und auch später erneuerte Verbot des, den Forsten höchst nachtheiligen, Abhauens der sogenannten Maibaume von allerlei Holzgattungen, wird dahin erneuert: „daß sich Niemand, wer es auch sei, unterfangen soll, junge Bäume weder öffentlich noch heimlich, sowohl in Sr. königl. Majestät, als auch in den Holzungen der Privatorum, abzuhaue[n], zu entwenden, und, bey was für Gelegenheit und Vorfällen es auch seyn möge, vor die Thüre zu setzen. Und damit diesem Uebel um desto zuverlässiger gesteuert werden könne, so setzen und verordnen Se. königl. Majestät aus-

„drücklich, und wollen, daß nicht allein der oder diejenige,
 „welche nach vorgedachtem Mißbrauch einen jungen Baum
 „setzen, mit arbitrarier doch schwerer Geld- oder Leibes-
 „Strafe beieget, sondern auch ein jeder Eingeseffener vor
 „dessen Hause und Wohnung ein dergleichen Baum ange-
 „troffen wird, dafür 10 Rthlr. in Golde an irremißibler
 „Strafe, wovon dem Denuncianten die Hälfte gereichet
 „wird, erlegen soll.“

2084. Cleve den 4. September 1773.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

„Ohngeachtet bereits im Anfange der, in Anno 1766,
 „statt der naturellen Accise-Erhebung in den cleve-mörs- u.
 „märkischen Provinzen, eingeführten Accise-Fixation,
 „zugleich mit festgesetzt und verordnet worden, in welcher Art
 „der fremde Rhein- und Franz-Brantwein sowohl, als der
 „einländische Landfusel, imgleichen alles fremde Bier und
 „Essig, zum Besten der städtischen Nahrung, bey deren Ein-
 „gang in die Städte, mit einem bestimmten Impost beieget
 „werden sollen: so ist doch solches theils aus Mangel hin-
 „länglicher Aufsicht, theils aus andern Ursachen bishero nicht
 „gehörig befolget worden.

„Da aber diese Einrichtung, zur Beförderung der Nah-
 „rung und des Verkehrs in den Städten der Provinz
 „Cleve und Mörs durchaus nöthig ist;“ so werden, un-
 „ter ausdrücklicher Erneuerung der deshalb ergangenen Ver-
 „ordnungen folgende Punkte zu jedermanns Nachachtung fest-
 „gesetzt:

1. Die Einfuhr alles fremden Fusels oder Kornbrantweins, der Franz- und Rhein-Brantwein allein ausgenommen, ist durchaus verboten und darf derselbe nur zur Durchfuhr eingelassen werden; 2. aller aus den cleve-mörs- und märkischen Städten kommende, in eine andere Stadt eingeführt werdende Brantwein, zahlt an Accise 1 Stüber per Kanne oder 2 Rthlr. per Dhm. 3. Aller aus den Brennereien des platten Landes eingeführt werdende Brantwein zahlt 10 Rthlr. Impost per Dhm. 4. Der in die Städte eingebracht werdende Rhein- und Franz-Brantwein zahlt per Dhm 10 Rthlr. Accise. 5. Von jeder aus einländischen Städten kommenden Dhm

Essig müssen 15 Stüber, von jeder Ohm fremden Biers und Wein- oder Bier-Essigs aber 2 Rthlr bezahlt werden.

Zur Verhütung von Unterschleifen bei der Einfuhr, dem innern Verkehr und bei der Durchfuhr der vorbezeichneten Gegenstände wird, nebst ausführlichen Vorschriften wegen den desfalligen Förmlichkeiten, unter andern festgesetzt, daß die Einfuhr in die Städte in nicht geringern Quantitäten, als ¼ Ohm geschehen darf, daß die städtischen Brauer und Brenner sich eidlich vor dem Protokoll verpflichten müssen, nur die von ihnen selbst fabricirten Gegenstände bei der Ausfuhr als solche zu deklariren, und daß der Transit der fremden Brantweine nur gegen Hinterlegung bei der Einfuhr-Accise-Casse, einer, bei der Ausfuhr zu erstattenden Caution, von 10 Rthlr. per Ohm, geschehen darf. Contraventionen werden mit Confiskation der eingeschmwarzten Gegenstände und mit Erlegung des vierfachen Betrages ihres Werthes bestraft.

2085. Cleve den 16. September 1773.

Königl. Regierung.

Mit Bezug auf die den Beamten von jeher ertheilte Instruktion, daß sie ohne vorher erhaltene landesherrliche Genehmigung keine päpstliche Bullen oder Breven sollen circuliren lassen, und bei dem gefaßten Beschlusse, daß die neuerlich, wegen Aufhebung des Jesuiten-Ordens, erlassene päpstliche Bulle in den sämtlichen königl. Staaten nicht publicirt werden soll, wird den Beamten befohlen, es den römisch-katholischen Geistlichen bey schwerer Strafe zu untersagen, die vorgedachte päpstliche Bulle zu verkündigen, und genau darauf zu wachen, daß dieselbe durch keine fremde geistliche Obern insinuiert werde; in diesem Falle jedoch, sofortige Anzeige darüber zu erstatten.

2086. Cleve den 8. November 1773.

Königl. Regierung.

Den Justizbehörden wird die nachstehende zu Berlin am 28. Juli d. J. für Cleve und Mark erlassene königl. Verordnung zur Publikation und genauesten Beachtung mitgetheilt.

Friedrich, König ꝛc.

Nachdem uns von Unsern getreuen Landes-Ständen des Herzogthums Cleve und der Graffschaft Mark allerunterthänigst angezeigt worden, was massen die Erfahrung bezeuge, daß der Ruin der contribuablen Landgüter, sonderlich in der Graffschaft Mark mehrentheils mit daher entstehe:

1. Daß die Pächter derselben, sie mögen von zwölf zu zwölf Jahren, oder auf lebenslang gewinnen, hin und wieder Geld aufnehmen, deren Weiber und Töchter von den Kaufleuten und Krämern, an Waaren, Kleidungs-Stücken, Thee und Caffee so viel borgen, daß daraus große Schulden erwachsen, welche sie hernach zu bezahlen nicht im Stande sind.

2. Daß die Eltern und abgehende Pächter, sich nicht allein eine übermäßige Leibzucht, von dem zur neuen Pacht zugelassenem Sohne oder nachfolgenden Colono ausbedingen, sondern auch

3. ihren Kindern an Brautschaf, Ausrüstung und andern Mitgiften, mehr versprechen lassen, und dem neuen Colono aufdringen, als er jemahlen praestiren kann; wovon die Folgen sind, daß der neue Colonus eingeklagt, und weil er nicht bezahlen kann, die Execution auf die Korn-Früchte, Pferde und Kühe gerichtet, mithin derselbe nothwendig ruiniret, und zu Abführung der publicquen Lasten und Hofes-Pächte untüchtig gemacht werde; Als haben wir nöthig zu seyn erachtet, solche Maaßregeln zu ergreifen, wodurch diesem Uebel abgeholfen, die Bauern-Güter so wohl conserviret, als auch die Pächter im Stande gehalten werden mögen, die Contribution Amts- und Nachbarlasten, Hofes-Pächte und Dienste abzuführen.

Wir verordnen demnach hiemit; daß keinem Pächter der contribuablen Landgüter, mit Einschluß Unserer Pachtleute von Domainen-Bauer-Gütern und Höfen, erlaubet seyn soll, ohne Vorbewußt und Einwilligung des Gutsherrn, zum Beschwer des Hofes und der Fortfährung, Schulden zu contrahiren, Leibzucht zu bestimmen, noch sich oder seinen Nachfolger in der Pacht, zu Bezalung einiger Braut-Schätze und Ausrüstungen zu verbinden, sondern alle dergleichen Verbindungen, Contracts und Schuld-Verschreibungen, sind und bleiben in Ansehung des Pachtguts, und darauf befindlichen Mobilien und Moventien unträftig, in so ferne beyde zur Acker-Wirthschaft und unumgänglich erforderlichen

Viehucht und Geräthe gehören, dafern aber diese in salvo bleiben, können zwar des Pächters übrige Mobilien und Moventien, auch für die ohne des Gutsherrn Consens, contrahirte Schulden angegriffen werden, doch allemahl dessen stillschweigenden Pfand- und Vorzugs-Rechtes, wegen seiner Pacht-Forderungen vorbehaltenlich; dahingegen, wann bey unverhofften Unglücks-Fällen, ein Pächter etwa zu Anschaffung nöthiger Pferde und Kühe, Geldes benöthiget ist, so muß er solches dem Gutsherrn anzeigen, und um dessen Consens ersuchen und wann die abgehenden Kinder verhey-rathet worden, alsdann muß er sein eigenthümliches Vermögen, dem Gutsherrn anzeigen, damit nach dessen Verhältnis die Abgütung reguliret, das Pacht-Guth hingegen keinesweges beschweret, vielweniger Pertinentien davon verpfändet werden, es wäre dann, daß ein Pächter den Brautschatz und die Ausrüstung, gleich mit eigenen baarem Gelde, oder Activ-Forderungen zahle und praestire, dahingegen wegen einiger Verschreibung und Auslobung für die Kinder, ohne Bewilligung des Gutsherrn, zum Beschwer des Pacht-Guts und dessen Pertinentien, auch um darauf wider den Pächter und auch dessen Vieh, Korn-Früchte und Acker-Wirthschafts-Geräthe zu verfahren unkräftig seyn solle, dafern auch zwischen Unsern Domainen-Pächtern und Gläubigern, wegen Privat-Schulden und Auslobungen, Streitigkeiten entstehen, soll deren Entscheidung denen ordentlichen Gerichten des Orts überlassen werden, jedoch daß das Vorzugs-Recht des Fiscii, in Ansehung seiner Pacht-Forderungen, dabey in alle Wege rechtlich in Obacht genommen werde. In so fern aber die Pächter derer Domainen-Güter, mit der Pacht zurückbleiben, gehöret die Untersuchung, Entscheidung und Exmission, zum Ressort der Cleveschen Krieges- und Domainen-Kammer und Märkischen Krieges- und Domainen-Kammer-Deputation.

Wir befehlen auch denen sämmtlichen Land- und andern Gerichten alles Ernstes, darauf zu halten, daß obigem nicht entgegen gehandelt werde, in vorkommenden Fällen aber, wegen dergleichen in consentirter Schulden und Verschreibungen, auf die Früchte, den nöthigen Vieh-Stand und Acker-Wirthschafts-Geräthe, keine Execution zu veranlassen, und wann der Pächter ohne Unglücks-Fälle, zwey Jahre mit denen Pächten und Contribution (mit deren Zahlung und Beytreibung es inzwischen bey dem Steuer-Reglement belassen wird) zurück bleibet, und der Contract nicht eine andere Frist, zu des Pächters Vertreibung, ausdrücklich festsetzet,

denselben nach einem summarischen Verfahren, bey einem mündlichen Verhör, der Pacht vor verlustig zu erklären, und zu depossidiren, auch zu Beschleunigung der Sache, wenn der Eigenthümer wegen Räumung des Hofes mit dem Pächter in contestation geräth, einen kurzen Terminum praecusivum, zu dem summarischen Verhör, von höchstens 14 Tagen anzusetzen, jedoch muß solches niemalen in der Erndte und Bestellungszeit geschehen, und hat dieses verkürzte Verfahren auch nur alsdann Statt, wenn die Pachtqualitaet derer Güter von denen beklagten eingestanden, und nicht darüber selbst richterliche Entscheidung nötig wird, als in welchem Falle es bey den sonstigen Fristen und Verfahren belassen werden muß.

Und damit niemand sich mit der Unwissenheit entschuldigen möge, so soll diese Verordnung von denen Kanzeln publiciret, und öffentlich an denen Gerichts-Stuben angeschlagen werden. Urkundlich unter Unserer höchstehändigen Unterschrift und beygedruckten Königl. Insiegels.

2087. Cleve den 28. November 1773.

Königl. Regierung.

Damit den Gerichtsbehörden die Fälle bekannt werden, wo Vormundschaften angeordnet, oder von Erben die Collateral-Stempel-Gebühren entrichtet werden müssen, werden die sämmtlichen Pfarrgeistlichen angewiesen, künftig den Gerichten monatliche Verzeichnisse aller verstorbenen Personen einzureichen.

2088. Cleve den 13. Dezember 1773.

Königl. Regierung.

Ueber die in den Stiftern und Klöstern vorhandenen Ordensgeistliche wird von den Beamten eine, nach einem beigefügten Muster zu fertigende, summarische Nachweise erfordert.

2089. Cleve den 24. Dezember 1773.

Königl. Kriegs- und Domainen-Kammer.

Zur Begünstigung der inländischen Huth- und Filz-Fabrikanten wird die Ausfuhr der rohen Haasen- und Kaninchen-Felle, bei Strafe der Confiskation und 1 Rthlr. Geldstrafe für jedes Stück, oder 6 wöchentlichem Arrest, verboten; bei gleicher Geldstrafe ist es jedem, der sich nicht durch einen besondern, von den Zunftmeistern gratis zu ertheilenden Paß, als Mitglied oder Commissionär, der cleve- oder wesselschen Hutmacher-Innung auszuweisen vermag, untersagt, Haasen- und Kaninchen-Felle in den cleve-mörsischen Landen aufzukaufen, und darf kein Eigenthümer, bei $\frac{1}{2}$ Rthlr. Geldstrafe für jedes Fell, dergleichen an andere als an vorschriftsmäßig sich legitimirende Ankäufer verkaufen. Die Hutmacher sind dagegen verpflichtet, die ihnen zum Kauf angebotenen Felle insgesammt, gegen baare Zahlung des Marktpreises, zu übernehmen, und sollen sich aller Vereinträchtigungen des Publikums, bei Verlust der gegenwärtigen Concession, enthalten.

2090. Cleve den 30. Dezember 1773.

Königl. Regierung und königl. Pupillen-Collegium.

Zur Deklaration des Reglements vom 30. Nov. v. J. (Nro. 2069 d. S.) wird festgesetzt: daß, in Ansehung des Mobilar-Nachlasses verstorbener Soldaten und Unteroffiziere und der mit diesen rangirenden Militairpersonen, daß statutarische Recht des Ortes, wo sie ihr Standquartier hatten, gelten soll, daß aber, rücksichtlich der Mobilar-Nachlassenschaft der unter den Vorbezeichneten befindlichen Adlichen, so wie der sämmtlichen Ober-Offiziere und mit diesen rangirenden Militair-Personen, die Rechte derjenigen Provinz, in welcher sie ihr Standquartier hatten, zur Anwendung kommen sollen. Nach eben diesem Unterschied ist auch die Bevormundung der von Militair-Personen hinterlassenen Kinder eine Zuständigkeit der Lokal-Obrigkeit des Ortes, oder der Obrigkeit der Provinz, wo das Standquartier des Verstorbenen gewesen. (Conf. n. Nyl. Bd. V, c, p. 2491.)

2091. Cleve den 20. Januar 1774.

Königl. Regierung.

Die vorschriftsmäßigen Ediktal-Citationen der ausgetretenen Cantonisten sollen künftig nicht mehr auswärts affigirt, sondern, wenn ihr Aufenthalt im Auslande bekannt ist, auf die Post gegeben und dieses von dem Gerichtsdienere attestirt werden. Wenn hiernach der Geladene ausbleibt, soll in Contumaciam erkannt werden, wobei jedoch bestimmt wird, „daß wenn ein Mensch, wider den ein Confiskations-Urtheil in Contumaciam ergangen, demnächst zurück ammen und eidlich erhärten möchte, daß er von der Citation nicht „zeitig genug Kenntniß erlanget, um in Termino seine „Nothdurft wahrnehmen zu können, mit Aufhebung des „Confiskations-Erkenntnißes, ihm sein Vermögen aus der „Invalidenkasse sofort zurückgegeben werden solle.“ (Conf. n. Nyl. Bd. V, d, pag. 15.)

2092. Cleve den 20. Januar 1774.

Königl. Regierung.

Die nach Vorschrift der Verordnung vom 27. October 1763 (Nro. 1810 d. S.) erfolgenden gerichtlichen Todes-Erklärungen abwesender Ehegatten, trennen gleich dem natürlichen Tode die Ehe, und bedarf es daher in solchen Fällen keiner besonderer Ehescheidungs-Prozesse; selbst die Rückkunft eines todt erklärten Ehegatten, kann keinen Einfluß auf die Eherechte haben und bleibt das Band der Ehe durch die richterliche Erklärung pro mortuo ein vor allemal getrennt. (Conf. n. Nyl. Bd. V, d, pag. 13.)

2093. Cleve den 7. Februar 1774.

Königl. Regierung.

Wegen des überhand nehmenden Diebes-Gesindels werden die Beamten angewiesen, an den Grenzen alle nur mögliche Vorkehrungen zu treffen und, durch wechselseitige vertraute Correspondenz und Hülfeleistung, für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit zu sorgen.

2094. Cleve den 7. Februar 1774.

Königl. Regierung.

Die den reformirten Armen = Diakonien gebührenden, und von den Bruchtfälligen zu entrichtenden Beträge von einem jeden Goldgulden oder Reichsthaler der verhängten Strafen, müssen von den Justizbehörden, bei Strafe des doppelten Ersatzes aus eigenen Mitteln, pünktlich erhoben und überwiesen werden.

2095. Cleve den 28. Februar 1774.

Königl. Regierung.

Die Beamten sollen genaue und ausführliche Anzeige darüber erstatten ob auswärtige Jesuiten, liegende Gründe oder andere Besitzungen in den hiesigen Provinzen haben und worin dieselben bestehen, wobei sie die Hypothekens Bücher nachsehen und die Steuer = Empfänger zuziehen sollen.

2096. Cleve den 2. Mai 1774.

Königl. Regierung.

An dem, zufolge des Ediktes vom 28. Januar v. J. (Nro. 2071 d. S.) mit Enthaltung von aller Arbeit zu feiernden Charfreitage und an dem auf den Mittwoch nach Jubilate jährlich zu haltenden allgem. Buß- und Betttage, darf, wie an Sonntagen weder Markt gehalten, noch auch die Eröffnung von Kaufläden und Werkstätten zugelassen werden.

Die katholischen Glaubensgenossen sollen zur gleichmäßigen Feierung dieser beiden neuen Festtage verpflichtet sein.

2097. Berlin den 19. Mai 1774.

Friedrich, König ic.

Nachdem Seine Königl. Majestät von Preussen unser allergnädigster Herr, verschiedentlich angemerkt haben, daß

in Ansehung der, bey den Eingefessenen des Herzogthums Cleve, sich ereignenden Unglücksfällen, keine feste Principia obwalten, wornach einestheils die Untersuchung des Schadens angestellt, anderntheils die Remissiones ertheilet werden sollen: Als verordnen Höchst dieselbe hierdurch ein für allemahl, was massen es hierunter pro futuro folgendergestalt gehalten werden solle.

§. 1. Unter den Unglücksfällen, welche sich zur Remission qualificiren, gehören:

A. Mißwachs, B. Hagenschlag, C. Mäuse, Schnecken und Elften-Fras, D. Frost-Schaden, E. Ueberschwemmungen und Wasserschaden, F. Abbruch und Befandung, G. Brandschaden, H. Viehsterben.

§. 2. Bleibt es bei dem Herkommen, daß, wenn keine ganze Kirchspiele, Dörfer, Bauerschaften oder grosse Districte mit den im §. 1. bemerkten Unglücks-Fällen betroffen worden, so dann vom platten Lande kein Nachlaß gefordert, sondern derselbe bey den Geerbten des Amts oder Gerichts, worinnen die beschädigte Stücke belegen, gesucht werden müsse; Fals aber ein ganzes Kirchspiel, Dorf, Bauerschaft oder ein so großer District, daß die Remission dem übrigen Theile viel zu schwer fiele, mit den vorhin bemeldeten Unglücksfällen heimgesuchet werden solte: So kan sich das platte Land nicht entziehen, diesen Schaden zu übertragen, zu welchem Ende, bey dem nächsten Landtage, um eine gemeine Landes-Remission angestanden werden muß.

Damit indessen desto zuverlässiger jedesmahl constire, wann das gemeine Land, die Remission pro rata matriculari übernehmen muß; so wird hierdurch festgesetzt, daß, wenn das Taxatum des Schadens, den zehnten Theil des jährlichen Contributions-Quantum des Amts oder Gerichts berührt, oder übersteiget, daß ganze platte Land derselben Provinz die Remission übernehmen; wenn aber das Taxatum unter dem 10ten Theil ist, das Amt oder Gericht allein solche Remission tragen müssen, wovon aber in beyden Fällen die Adelige und sonstige Schatzfreye Gründe, gänzlich ausgeschlossen bleiben.

§. 3. So bald nun ein dergleichen Unglück entsteht, müssen die Contribuenten, welche damit betroffen worden, solches sofort, dem ihnen vorgesezten Landrath anzeigen, als welcher schuldig ist, selbiges der Krieger- und Domai-

nen - Kammer vorläufig zu melden. In beyden Fällen, wenn der Schade so groß ist, daß das platte Land darunter beyzutreten gemüßiget seyn möchte, oder aber, wenn der Schade nicht von solcher Importantz ist, sondern von dem Amte, Gerichte oder Jurisdiction, worinnen die beschädigte Stücke belegen, übertragen werden muß, liegt dem Landrath des Kreises ob, den durch Mißwachs, Hagelschlag, Mäuse, Schnecken und Elften-Fraß, oder schädliche Ueberschwemmung sich ereigneten Schaden, durch drey verpflichtete Scheffen, so jedoch aus andern Aemtern zu choisiren, gehörig taxiren zu lassen, und damit hierunter in allen Kreisen, auf einen egalen Fuß procediret werde: so wird intuitu der vorzunehmenden Untersuchung des Feldschadens folgendes festgesetzt:

- a) Weilen hier zu Lande die Contribution, entweder nach der Morgenzahl, oder nach ganzen und halben Höfen und Kotten repartiret und aufgebracht wird; So hat der Landrath, oder derjenige, welchem in dessen Abwesenheit, von der Krieges und Domainen - Kammer, die Aufnahme committiret wird, sich vorher die ungefährlie Grösse der beschädigten Höfe und Kotten geben zu lassen, und siehet nach, wie viel Bau- und wie viel Weideland, wie nicht weniger Holzungen und Waldungen dazu gehören, gibt acht, ob auch Schatzfreye Stücke darunter sortiren, oder dergleichen bey dem Hofe oder Kotten gebauet oder cultiviret werden, separiret dieselbe von den Contribuablen Ländereien, und untersuchet hiernächst, ob letztere alle oder nur einige davon, von dem Mißwachs, Hagelschlage, u. s. w. berührt worden.
- b) Findet es sich, daß alle oder doch der mehreste Theil davon beschädiget worden, so examiniret der aufnehmende Landrath ferner, ob auf den beschädigten Aeckern
 - 1) etwa alles verlohren gegangen, so daß der Contribuente nichts davon einärnten werde, oder ob
 - 2) derselbe nur drey viertel, oder
 - 3) die Hälfte, oder auch
 - 4) nur gar ein drittel von dem Ertrage der Aecker eingeüßet und verloren habe, da sodann im erstern Fall, dem verunglückten Contribuenten, eines ganzen Jahres Contribution, im zweiten Fall, neun Monathe, in dem dritten die Halbscheid, und in dem

letzten Fall vier Manathe, von der auf solchen Aekern haftenden Contribution, gut gethan werden soll. Zu dem Ende muß

- c) der Landrath, sich die Amts- oder Gerichts- Steuer- Matricul, des Jahres, darinnen der Schade geschehen, vorweisen lassen, und wie viel per Morgen die Contribution gedachten Jahres von den beschädigten Stücken beträgt, extrahiren, und darnach das Quantum remittendum wie lit. e. vorgeschrieben wird, reguliren.
- d) Auf den Fall es sich aber zutragen sollte, daß von einem Hofe, worunter 12, 15, 20 und mehr Morgen, Bauland gehören, zwey bis drey Morgen ganz oder 5. bis 6 Morgen zur Halbscheid, oder auch nur zum dritten und vierten Theil beschädiget worden, wird davon gar keine Remission in Vorschlag gebracht, auch nicht einmahl eine Taxe vorgenommen, sondern der Contribuente so fort abgewiesen.
- e) Die Aestimation des Schadens soll nach Ausfaat und der Körner zahl, welche in gemeinen Jahren, von den Stücken gewonnen zu werden pfleget, und der Aufschlag in Gelde nach der Cammertaxe, geschehen.

§. 4. Bey dem Wasserschaden kommt hauptsächlich zu bemerken vor, daß bekauntermaßen im Slevischen nicht alle Ueberschwemmungen, und in specie nicht diejenige, welche zu Winterszeiten, ohne Durchbruch der Deiche und Dämme vorgehen, und wovon das Wasser nur 3. à 4. Wochen in den so genannten Polders stehen bleibt, sondern nur diejenige für schädliche angesehen werden müssen, die entweder zur Sommerzeit im May oder Junio oder in der Zeit nachher, wann der Grund, nachdem er schon einmahl trocken geworden, durch erhaltene Beschlickung verdorben, und das Gras darauf unnützlich dadurch gemacht wird, eintreffen, und über die Sommer-Dämme hergehen, oder die in Winterszeiten so lange anhalten, daß die Winter-Früchte dadurch ganz verdorben werden. In solchem Fall nun, procediret der Landrath mit der Aufnahme des Schadens auf eben denselben Fuß wie hier oben vorgeschrieben worden, jedoch mit dem Unterschiede, daß von den Aekern, worauf das Winter-Korn verlohren gegangen, in dem Fall, wann diese Aecker so früh wieder trocken werden, daß selbige in demselben Jahre annoch so zeitig mit Sommer-Getreyde zu besaamen, daß dasselbe gerathen könne, die Remission we-

gen des verlohren gegangenen Winter = Korn, cessiren müsse, indem der Ertrag des ersteren, das letztere bisweilen übersteiget. Wenn aber zu Sommers = Zeiten Ueberschwemmungen vorkommen, die so lange stehen bleiben, daß nicht nur Winter und Sommer = Korn dadurch verlohren gehen, sondern auch die Weyden unbrauchbar gemacht werden; so muß es zwar wegen Aufnahme des Schadens am Geträyde gleichfalls nach obigem Fuß gehalten, in Ansehung der Weyde = Gründe aber, das Remissions Quantum so wohl nach der Zeit, als so lange das Wasser darauf gestanden, als auch diejenige Zeit welche erfordert wird, daß sie wieder trocken werden ehe das Vieh wieder aufgetrieben werden kann proportioniret, mithin pro rata solcher Zeit, 1, 2 oder drittelhalb Monathen, zum Nachlaß an der Schatzung in der Tabelle angesetzt werden.

§. 5. Da es sich auch verschiedentlich zuträgt, daß die am Rhein auch an grossen Strömen belegene Ländereyen, durch Abbruch und Befandung sehr beschädigt werden können: So verordnen seine Königl. Majestät, und setzen hierdurch ein für allemahl fest, daß, in dem Fall der Abbruch und die Befandung von einer solchen Importances ist, daß das Amt oder Jurisdiction, worunter die abgebrochene und befandigte Ländereyen belegen, die dadurch cessirende Schatzung alleine zu übertragen auffer Stande ist, welches alsdann anzunehmen steht, wenn das Amt, ohne auf seine Größe und Umfang zu sehen, an seinem zur Matricul gehörigen Grunde, den zwanzigsten Theil verlohren; solcher Ausfall der Billigkeit nach, von dem ganzen Lande getragen; Falls aber ein dergleichen Schade, nur einige Individua in einem Amte oder Jurisdiction betrifft, selbiger sodann auch von dem concernirenden Amte oder Herrlichkeit alleine übernommen und die davon betragende Schatzung den individuis abgeschrieben werden solle.

§. 6. Was den Brandschaden anbetriß; so cessiren dafür pro futuro alle ehemals gebräuchlich gewesene Remissiones an der Schatzung, nicht minder die Lieferung des Strohs von den Kirchspiels Nachbarn zum Dache und soll es hierunter lediglich nach dem für das platte Land des Herzogthums Cleve emanirten Feuer = Societaets = Reglemente 1767. (Nro. 1969 d. C.) gehalten werden.

§. 7. Für den Wieder = Aufbau eines verfallenen oder Altershalber eingestürzten Hauses oder andern Gebäudes

wird nichts bonificiret, sondern es muß der Eigener diesen Aufbau ex propriis allein besorgen.

Falls aber einige von den Eigenern für die Schätzung daran gegebenen Güter mit dem onere Contributionis und darauf haftenden Zinsen, von andern wieder angenommen werden, und auf solchen Hofe sich verfallene Gebäude befinden, so soll dieserhalb so wol, als auch wegen der etwa einzubedingenden Frey-Jahre, zwischen denen Beerbten und dem neuen Annehmer das Nöthige, auf dem nächsten Erbens-Tage reguliret, und der dieserhalb zu entwerfende Contract ad approbandum zur Krieges- und Domainen-Kammer eingesandt werden, welche so dann nach Befinden der Umstände das Nöthige darunter verfügen wird.

§. 8. Anlangend das Viehsterben, so wird es damit wie §. 2. bestimmet worden, dergestalt gehalten, daß, da nemlich die Contribuablen Unterthanen zu der Remission alleine beytragen, das Vieh, so auf adlich freyen Gründen, und dasjenige so die Contribuenten nicht zur Wirthschaft, sondern, zum Handel und Fettweiden haben, zur Remission nicht qualificiret sein, sondern der Eigener den Schaden davon tragen soll; sonst ist hierunter, gleich wie bey den übrigen Unglücksfällen und Feidschäden ein Unterschied zu machen, ob es

- a) ein totales Viehsterben sey, so die ganze Provinz betrifft, oder
- b) ob nur ein und das andere Amt und Jurisdiction, oder
- c) ob einige Particuliers und Beerbte in den Aemtern und Herrlichkeiten damit heimgesuchet werden.

Im ersten Fall, verstehet es sich von selbst, daß wegen dieser Landes Calamität von dem Lande, keine Remission übernommen oder ausgeschlagen werden könne, in mehreren Betracht die verunglückte Contribuenten eben so viel, wüßten aufbringen müssen, als ihr eigenes Remissions-Quantum betrüge, sondern es behalten sich seine Königl. Majestät vor, nach Beschaffenheit und Befinden der Umstände dem verunglückten Lande einige Hülfe zufließen zu lassen. Im zweiten Fall hingegen ist das ganze Land, den durch das Viehsterben die einzelnen Aemtern und Jurisdictionen betroffenen Schaden, gleich wie Letztere den hierdurch erlittenen Verlust der Individuorum und Eingefessenen über sich zu nehmen schuldig.

§. 9. Damit aber bey Untersuchung des sich geäußerten Viehsterbens auch der dieserhalb zu ertheilenden Remission, nicht willkührlich oder obenhin verfahren werde, zumalen es nicht darauf angesehen, daß, wann einem oder dem andern vermögenden Eingefessenen des Winters, oder im Frühjahre ein Rindvieh oder Pferd umfallen, oder ein Pferd crepiren mögte, dieser dafür sofort befugt sein solte, von dem Amte oder Gerichte eine Remission zu praetendiren: So setzen und ordnen Seine Königliche Majestät hiedurch, daß, wenn der Contribuent, über die Hälfte des zu dem Gute erforderlichen Viehes (worunter jedoch solches nicht zu rechnen, so er zu seinem Gewinn und Handel hat) verlohren, oder wenn der Verlust einen ganz geringen Rötter, der höchstens nur 2 Stück hält, betrifft, als denn eine Remission statt haben soll, wobey jedoch der Verlust jähriger Kälber oder Schweine und Schaafviehes gar nicht in Attention kömmt. Gleichergestalt soll es bey grassirender Viehseuche, wodurch entweder alles Vieh, oder auch nur der größte Theil von den Höfen hinweggeraffet wird, mit dem an der Seuche crepirten Vieh gehalten, und nur dasjenige Vieh, was über die Hälfte, des zur cultur des Hofes gehörigen Viehstandes von der Seuche verlohren gegangen, vergütet werden.

Die verificirung des sowohl an der Seuche als auch sonst crepirten Viehes, soll aber durch die resp. Dorffschafft's Vorsteher und Scheffen, mittelst Besichtigung und darüber zu erteilenden pflichtmäßigen Attestes geschehen, und sothanens Attest dem Kreis-Einnehmer des Orts, zur weitem Besorgung eingereicht werden.

§. 10. Wenn bey der eruirung des an der Seuche oder sonst crepirten Viehes, weiter kein Zweifel obwaltet, so soll dem Contribuenten den solches betroffen, der vierte Theil des Werths, in nachfolgenden Säzen zu kommen, und zwar

a) in der Niedrigung

Ein dreijähriger Dohse oder große Kuh,	•	•	35	Rthlr.
Ein zweijähriger Stier oder Dohse zu	•	•	25	—
Eine zweijährige Kuh oder Mahle	•	•	20	—
Ein Einwinter zu	•	•	15	—

b) auf der Höhe

Ein dreijähriger Dohse oder Kuh zu	•	•	25	—
Ein zweijähriger Stier zu	•	•	20	—
Eine zweijährige Kuh oder Mahle zu	•	•	15	—
Ein Einwinter zu	•	•	8	—

gestalten alleine durch diese Festsetzung der Bedenklichkeit und Ungewißheit, so allemahl eine Taxation mit sich führet, am ersten vorgebeuet wird, und niemand eine Praegravation zu befürchten hat. Das betragende Remissions-Quantum aber, muß auf dem nächsten Erben-Tage in dem Steuer-Ausschlag mit beygeschlagen, und auf diese Weise, von dem ganzen Amte oder Jurisdiction übertragen werden. Und damit die Remissiones nicht aus einem Jahre in das andere verschleppet werden; so wird ausdrücklich festgesetzt, daß solche in dem nehmlichen Jahre, in welchem der Schade sich zugetragen, nachgesuchet werden müssen, widrigenfalls nach Ablauf des Jahres, keine Remission statt findet.

§. 11. Bey einem sich ereignenden Pferdesterben oder, falls ein und anderer contribuabler Unterthan, einen ungewöhnlichen Abgang an Pferden hat, muß von dem Landrath des Kreyses wohl examiniret werden, ob die umgefallene Pferde, Alters halber crepiret, oder wohl gar verwahrloset worden, als in welchen beyden Fällen, keine Remission statt findet, wenn aber ein Pferd an einer außerordentlichen Krankheit und Unglücksfall, oder in herrschaftlichen Diensten verlobren gehet, so soll mit Beistimmung der Geerbtten, in den Aemtern, wo starke Pferde zum Ackerbau erfordert werden, für jedes auf letztbeschriebene weise umgefallene Pferd Acht Rthlr. und wo kleine Pferde gebraucht werden, Fünf Rthlr., pro Remissione in dem Steuer-Ausschlags-Protocoll angesetzt, dabey aber die Umstände deutlich angeführet werden, damit man sehen könne, ob der Contribuent solchen Nachlasses bedürfe, oder eine Remission zu praetendiren befugt sey.

§. 12. Schließlich wird annoch bemercket, daß, da dieses Remissions-Reglement bloß die Contribuenten, in Ansehung der contribuablen Gründe, und nicht die Domainen-Pächter, ratione der schatzbaren Domainen-Ländereyen concerniret (gestalten Seine Königliche Majestät den Domainen-Pächtern, in vorkommenden Unglücksfällen, die Remission an ihrem Pacht-Quanto, aus höchst dero Casse, ohne Concurrentz der Particulier contribuablen Unterthanen angebeihen lassen) es sich auch von selbst versteht, daß die contribuablen Domainen-Gründe, zu Aufbringung des Remissions-Quantum, bey sich ereignenden Unglücksfällen, den contribuablen Eingefessenen, nach diesem Reglement angebeihen wird, nicht zu concurriren schuldig, dahingegen aber die Domainen-Pächter bey vorkommenden Unglücks-

fällen vom Lande oder den Aemtern und Jurisdictionen keine Vergütung praetendiren, mithin, wann nach Beschaffenheit der Umstände dergleichen Remissionen accordiret werden, diese Domainen = Pächter auch davon nichts participiren können. Wornach sich also die Krieges = und Domainen = Kammer desgleichen die sämtliche Land = und Steuer = Ráthe, Landes = Deputirte, Amts = und Gerichts = Gerichte, auch sonst jedermänniglich allergehorsamst zu achten hat.

2098. Cleve den 26. Mai 1774.

Königl. Regierung und Kriegs = und
Domainen = Kammer.

Seine Königliche Majestát von Preußen ic. haben, so wie, in Absicht aller Feldvermessungen überhaupt, bereits geschehen, also auch in Ansehung derjenigen Vermessungen, welche bey Theilung und Auseinandersezung der Gemeinheiten vorkommen, zur Verhütung aller Unrichtigkeiten, welche durch das Ziehen und Abnutzen der Messketten, bey deren öfterem Gebrauch zu entstehen pflegen, die nöthige Vorkehrungen zu treffen, nöthig gefunden, und sub dato Berlin den 18ten m. p. allergnädigst verordnet:

1. Daß nicht nur jeder Feldmesser, der bey der Auseinandersezung sich gebrauchen läßt, neben seinen übrigen Instrumenten, auch ein, von dem Ober = Bau = Departement zu Berlin gestempeltes Probe = Maasß (dergleichen der Mechanicus Ring zu Berlin verfertiget) welches Fünf Fuß in die Länge hält, auf der einen Seite in Fünf Decimal = auf der andern hingegen in Sechs Duodecimal = Fuß eingetheilet ist, bey sich führen; sondern auch
2. Daß die Commissarii jedesmahl in Gegenwart der Interessenten, ehe sie die Feldmesser anstellen, dieses Probe = Maasß sich vorzeigen, und auf einer unwandelbaren Wand, z. E. an der Kirch = Mauer, damit eine Länge von Fünf Ruthen, mit gleichmäßigen unwandelbaren Zeichen bemerken, ingleichen, daß solches geschehen, zum Protocoll nehmen lassen; und endlich
3. Daß hiernächst jeder Feldmesser, bey Vermeidung einer Strafe von Zehen Rthlr. für jeden Unterlassungs = Fall, schuldig und gehalten seyn soll, in Gegenwart der Inte-

ressenten, oder, wenn diese nicht erscheinen, des Richters des Orts, wenn er in loco wohnet, sonst aber im Beyseyn der Dorfs = Vorsteher, seine Messkette alle vierzehn Tage, auch öfter, wenn es die Interessenten verlangen, mit diesem Probe = Maass zu vergleichen und nöthigen Falls zu rectificiren; wogegen aber der Feldmesser sich jedesmahl, daß solches geschehen, die Kette richtig befunden, oder doch rectificiret worden, von dem anwesenden Justitiario, oder, in dessen Abwesenheit, von den Dorfs = Vorstehern attestiren lassen soll. Höchstgedachte Seine Königl. Majestät lassen dahero solches dem Publico hierdurch bekannt machen, und befehlen den Commissarien so wohl als auch den Feld = Messern, sich hiernach allerunterthänigst und ganz eigentlich zu achten.

2099. Cleve den 6. August 1774.

Königl. Regierung und Kriegs- und Domainen = Kammer.

Publikation einer königl. zu Berlin am 6. August c. a. erlassenen Deklaration des Accise = Zoll = und Gerichts = Reglements vom 11. Juni 1772 (Nro. 2065 d. S.), wodurch, zur Ausführung der jüngern Bestimmungen: „daß die Denunciationen in Accise = und Zoll = Vergehungen nicht eher vor Gericht gebracht werden sollen, als wenn die Vorgesetzten der Accise = und Zoll = Officianten das Factum einer gerichtlichen Untersuchung und Entscheidung werth finden; und daß unschuldig Befundene mit dem Kosten = Erlass verschont werden sollen,“ ausführliche Vorschriften über die desfalls zu beobachtende Verfahrungs = Art (in 9 §§.) ertheilt werden. (Conf. n. Nyl. Bd. V, d, pag. 973.)

2100. Cleve den 15. August 1774.

Königl. Regierung.

Die päpstliche Bulle vom 24. Juni 1772, nebst dem darauf sich beziehenden, von dem Weihbischof von Breslau erlassenen Hirtenbrief, wegen der Verminderung der katholischen Feiertage, soll auf Betrieb der Beamten aufs vollständigste, auch in den Provinzen Cleve und Mark, publicirt werden.